

Migrationsstädte ermächtigen

Ergebnisse des EMPOWER Projekt

Gefördert durch
Joint Programming Initiative (JPI)
Urban Europe

*Christiane Falge
David Johannes Berchem*



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



HS Gesundheit
BOCHUM

URBAN EUROPE



BOCHUM



Kommunales
Integrationszentrum
Bochum

IFAK e.v.
VEREIN FÜR MULTIKULTURELLE
KINDER- UND JUGENDHILFE -
MIGRATIONSARBEIT

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	5
2. Das Projekt PARTSINT: Ziele und Intentionen.....	7
3. Theoretische Perspektivierungen: Integration und ethnische Segregation.....	10
4. Die Bochumer Quartiere: Uni-Center und Hustadt.....	13
5. Methodische Reflexionen: Das kollaborative Design der Studie.....	16
5.1 Die kollaborative Methode.....	16
5.2 Die DiPS-Methode.....	20
6. Die Ergebnisse der Interviewanalyse.....	23
6.1 Die beiden Stadtquartiere: Kontexte und Motive der Ansiedlung.....	23
6.1.1 Die Perspektive der Bewohner*innen.....	23
6.1.2 Die Perspektive der Stakeholder*innen.....	28
6.1.3 Vergleichsperspektive.....	31
6.2 Herausforderungen im Bereich Wohnbedingungen und Unterkunft.....	32
6.2.1 Die Perspektive der Bewohner*innen.....	32
6.2.2 Die Perspektive der Stakeholder*innen.....	35
6.2.3 Vergleichsperspektive.....	42
6.3 Engagement, Beteiligung und Empowerment in den beiden Quartieren.....	42
6.3.1 Die Perspektive der Bewohner*innen.....	42
6.3.2 Die Perspektive der Stakeholder*innen.....	46
6.3.3 Vergleichsperspektive.....	50
6.4 Pandemischer Alltag: Erfahrungen mit COVID-19.....	51
6.4.1 Die Perspektive der Bewohner*innen.....	51
6.4.2 Die Perspektive der Stakeholder*innen.....	54
6.4.3 Vergleichsperspektive.....	55
6.5 Integrationserfahrungen: Ankunftsquartiere zwischen Segregation und Teilhabe.....	56
6.5.1 Die Perspektive der Bewohner*innen.....	56
6.5.2 Die Perspektive der Stakeholder*innen.....	58
6.5.3 Vergleichsperspektive.....	64
7. Analyse und Handlungsempfehlungen.....	65
7.1 Infopoint Integration & Beratung erreichbar machen (digital, diversitätssensibel, antidiskriminierend).....	65
7.2 Community Sprachrohr & Partizipation.....	66
7.3 Ämter- & organisationsübergreifende Zusammenarbeit.....	67
7.4 Verbesserung der Miet- und Wohnverhältnisse durch eine kontinuierliche juristische Beratung & Stärkung eines „Willens des Aufbegehrens“.....	67
7.5 Empowerment beim Integrationsprozess von Frauen.....	68

7.6 Sozialer Status vs. ethnisch etikettierte Urbanprobleme der Segregation.....	69
7.7 Strategien zur Beteiligung von vermeintlich „schwererreichbaren“ Migrant*innen.....	70
8. Fazit & Ausblick.....	71
9. Literaturverzeichnis.....	74
10. Anhang.....	79

Das Bochumer Team



**Dorothea
Neugebauer**
Stadtteolforscherin



Nahera Ahmad
Stadtteolforscherin



Christiane Falge
Projektleitung



Deeqa Ismail
Stadtteolforscherin



David Berchem
wissenschaftlicher
Mitarbeiter



Ibtisam Ahmed
Stadtteolforscherin



**Naci
Koyluusaginaci**
Projektmitarbeiterin



Daniel Simon
DiPS Umfrage



**Marina
Ignatieva**
Stadtteolforscherin



Martin Nyoni
studentische
Hilfskraft



**Friederike
Müller**
Projektmitarbeiterin



Lina Sparla
studentische
Hilfskraft



Fabio Zanolli
studentische
Hilfskraft



Heike Köckler
DiPS Umfrage



**Sandra
Hinzmann**
Projektmitarbeiterin

„Um den strukturellen Rassismus zu bekämpfen, das ist auch der nächste Schritt, dass Menschen mit Migrationshintergrund, ob es bei Behörden und Verwaltungen oder Krankenhäusern, überall in allen gesellschaftlichen Bereichen beteiligt sind. Wir leben in einer heterogenen Gesellschaft, wir begegnen uns beim Sport oder im Krankenhaus, genauso wie auf der Arbeit und auch in Behörden. Bei den Behörden müssen wir anfangen. Die aktuelle Zeit zeigt, wie dringend das ist. Die Verwaltung muss sich interkulturell öffnen und an Trainings teilnehmen. Dies würde ihnen die Arbeit erleichtern, die Kommunikation verbessern und die ganze Stadt ändern.“ (Dimitri Kasparow, Stadt Bochum Integrationsrat, 2022)

1. Einleitung

In diesem Bericht werden die ersten Ergebnisse des PARTSINT-Forschungsprojekts vorgestellt. Er bietet neue, geschlechtsspezifische Einblicke in die Integrationsherausforderungen und -chancen – und in die Wohnsituation – von Menschen in der Bochumer Hustadt und dem Uni-Center und somit Stadtteilen, die eine zunehmende Bevölkerungsvielfalt widerspiegeln. Dabei zeigt die Studie auf, wie die Bewohner*innen vor Ort befähigt werden können, mit denjenigen zusammenzuarbeiten, die an der Verwaltung von Nachbarschafts- und Wohnungsdienstleistungen beteiligt sind, um angemessene und integrative Antworten zu finden, die Engagement und Empowerment fördern.

Frühere Ansätze zur Konsultation, zum Engagement und zur Ermächtigung der Bürger*innen haben häufig das Integrationsmanagement untergraben, das im weitesten Sinne als „der Prozess, durch den Zuwanderer in die Gesellschaft aufgenommen werden“ (Penninx 2005: 1) definiert wird. Darüber hinaus wurde in den letzten Jahren allgemein anerkannt, dass in einer Zeit zunehmender Bevölkerungsvielfalt alle Einwohner*innen – einschließlich Frauen mit Migrationshintergrund – in die Gestaltung des Dienstleistungsangebots einbezogen werden müssen. Dennoch wurden aus der Geschlechterperspektive bisher nur wenige Fortschritte erzielt (Phillimore 2015; Jenkinson et al., 2017).

Daher befasst sich das PARTSINT-Projekt mit dieser Wissenslücke. Die Annahme einer geschlechtsspezifischen Perspektive ist besonders wichtig, da sie einen Blickwinkel bietet, durch den soziale Normen und Machtstrukturen untersucht werden können, die sich erheblich auf die Niederlassungserfahrungen von Migrantinnen¹ auswirken. Migrantinnen können von der sozi-

¹ Das Projekt fokussierte auf das Thema Wohnen und Integration aus der Geschlechterperspektive. Die von den Stadtteilforscher*innen geführten Interviews wurden daher ausschließlich mit Frauen geführt. Sowohl die Stakeholder als auch der

alträumlichen Verdrängung stärker betroffen sein und sind anfälliger für sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt. Außerdem sind sie eher von Isolation und schlechtem Zugang zu Dienstleistungen betroffen. Darüber hinaus hat der Mangel an Möglichkeiten, positive soziale Netzwerke und soziokulturelles Kapital aufzubauen, erhebliche Auswirkungen auf die sozialräumliche Integration und das bürgerschaftliche Engagement (Elgenius et al. 2022; Goodson & Phillimore 2008).

Die in diesem Bericht vorgestellten Forschungsarbeiten werden daher zu einem besseren Verständnis der geschlechtsspezifischen Integrations- und Wohnbedürfnisse von Menschen beitragen, die in den oben genannten Stadtvierteln leben. Zudem werden die Ergebnisse aufzeigen, wie die Probleme der Bewohner*innen durch neue Wege der Zusammenarbeit mit den wichtigsten Akteur*innen der Stadt Bochum angegangen werden können. Das PARTSINT-Projekt stützt sich auf Modelle der Rekrutierung, Schulung, Weiterbildung und gemeinsamen Wissensproduktion mit „Stadtteilforscher*innen“ (STF) aus der Hustadt und dem Uni-Center. Ein Hauptziel der Forschung war es, mit den Anwohner*innen zusammenzuarbeiten und die Stadtteilforscher*innen in der Methodenausbildung zu schulen, Forschungsinstrumente mitzugestalten und gemeinsam mit anderen Akteur*innen neues Wissen zu schaffen. Insbesondere wurde untersucht, wie verschiedene Gemeinschaften in zunehmend unterschiedlichen Gebieten verschiedener Städte in Bochum an der Schaffung einer nachhaltigeren und lebenswerteren Zukunft mitwirken. Ein solcher Ansatz beinhaltet die Verwendung eines Diversity-Fokus, um herauszufinden, wie die Schnittmenge von Themen wie Rechtsstatus, Geburtsland, Geschlecht, Beschäftigungsstatus und Dauer der Zugehörigkeit zum Stadtteil und zum Land zur Gestaltung der Integrations- und Wohnherausforderungen beitragen kann und wie die Herausforderungen und Hindernisse durch ko-kreative Ansätze über sektorübergreifende Stakeholder-Partnerschaften überwunden werden können.

Die Einbindung von Stadtteilforscher*innen von Beginn des Projekts an war ein wesentlicher Faktor für den Erfolg des [Stadtteilforscher*innen Ansatzes](#), der dem PARTSINT-Projekt zugrunde liegt. Die Forschung umfasst Interviews mit Migrant*innen und eine Umfrage unter allen Bewohner*innen des Forschungsfeldes sowie Interviews mit Akteur*innen, die an lokalen Wohnungs-, Integrations- und Stadtteilentwicklungsaktivitäten beteiligt sind (siehe Kapitel 5). Die Ergebnisse der Interviewanalyse des PARTSINT-Projekts werden in Kapitel 6 und 7 detailliert dargestellt. In Kapitel 6 wird jeweils die Perspektive der Bewohner*innen, der Stake-

Survey hingegen wurden mit allen Geschlechtern geführt. Zur Unterscheidung verwenden wir für letztere den Gender *. Wenn von Migrantinnen oder Bewohnerinnen die Rede ist verweisen wir auf Menschen, die sich als Frauen identifizieren.

holder*innen und eine Vergleichsperspektive dargestellt. Dabei werden eine Reihe von Schlüsselthemen hervorgehoben und diskutiert, darunter die Bedeutung von Praktiken der Ortsgestaltung für die Erleichterung der Integration und Ansiedlung von Migrant*innen. In diesem Zusammenhang werden die zeitlichen und räumlichen Dimensionen der Integration und Ansiedlung sowie die Rolle von wichtigen Bezugspersonen – wie Freunden, Familie und Verwandten – sowie der bestehenden Bevölkerung und lokalen Organisationen bei der Gestaltung solcher Prozesse hervorgehoben. Die Forschungsarbeiten machen auch auf die Bedeutung rassistischer und diskriminierender Praktiken aufmerksam, die den Zugang zu Wohnraum und die Erfahrungen damit beeinflussen. Dazu gehören die Maßnahmen einiger börsendotierter Wohnungsunternehmen sowie die Beziehungen zwischen Nachbar*innen (einschließlich der Bedeutung der Vielfalt der Nachbarschaft) bei der Gestaltung der Integration. Dies ist insofern wichtig, als die Erfahrungen mit gezielten Kontakten zwischen den Bewohner*innen zwar konvivial zu sein schienen, die Ergebnisse aber auch zeigen, dass solche Erfahrungen sehr unterschiedlich sein können. Dies wiederum hat Auswirkungen auf die Integrationsstrategien und die Bedeutung von Sprache, Kultur und Ort als Schlüsselfaktoren für die Integration.

In diesem Bericht wird auch deutlich, dass es innerhalb der Wohnungs- und Stadtentwicklungsstrukturen (einschließlich der Konsultation, des Engagements und/oder der Umsetzung) häufig an der Befähigung fehlt. Dies kann mit verschiedenen Problemen zusammenhängen, z. B. mit einer fehlenden Einladung zur Teilnahme, mit Schwierigkeiten, die Anwohner*innen zu erreichen, mit Zeitmangel für die Teilnahme, mit mangelndem Selbstvertrauen, das die Teilnahme einiger Personen untergräbt, und mit der Notwendigkeit, sich auf die Bereitstellung der grundlegenden Dinge des täglichen Lebens zu konzentrieren (z. B. die Sicherung von Unterkunft und Nahrung) als Vorstufe zur Teilnahme. Nichtsdestotrotz engagierten sich viele Bewohner*innen sowohl in formellen als auch in informellen Aktivitäten wie der Unterstützung von religiösen Einrichtungen, nicht-institutioneller Unterstützung und Organisationen des Ehrenamtsektors. Darüber hinaus wurde deutlich, dass der Ehrenamtsektors oft entscheidend dazu beiträgt, Lücken zu schließen und die Integration von Migrant*innen in der Hustadt und im Uni-Center zu unterstützen.

Es gab auch einige Hinweise darauf, dass sich die COVID-19 Pandemie insofern nachteilig auf die integrierte Stadtentwicklung ausgewirkt hat, als sie sich auf den Rückzug sozialer Einrichtungen, die Untergrabung des Ortssinns der Menschen und die Herausforderungen bei der Instandhaltung von Wohnraum auswirkte.

2. Allgemeine Ziele des PARTSINT-Projekts und damit verbundene Forschungsziele

Übergeordnetes Ziel: Entwicklung neuer Methoden zur Befähigung der Bürger*innen und zur gemeinsamen Schaffung von Wissen für eine geschlechtsbewusste Integration in Gebieten mit zunehmender Bevölkerungsvielfalt.

Ziele des Forschungsprojekts:

Ziel 1: Rekrutierung, Qualifizierung und Befähigung von Stadtteilmforscherinnen, um mit Migrantinnen und Aufnahmegemeinschaften in Gebieten mit zunehmender Bevölkerungsvielfalt in Kontakt zu treten und gemeinsam neues Wissen über die Wohnbedürfnisse der oft als sogenannte „Schwer Erreichbar“ definierten Gruppen zu schaffen.

Ziel 2: Durch einen gemeinschaftsweiten Ansatz partizipatorische und geschlechtsspezifische Einblicke in die Herausforderungen im Wohnungswesen, die für lokale Gemeinschaften von Bedeutung sind, zu entwickeln und dadurch sozialräumliche Segregation und Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt in Gebieten mit Bevölkerungsvielfalt anzugehen.

Ziel 3: Ein breiteres Stakeholder-Engagement und damit ein Beitrag zur Befähigung von Anwohner*innen und Stakeholder*innen, mit Fachleuten aus den Bereichen Wohnungsbau und Stadtplanung zusammenzuarbeiten, um geschlechterbewusste Wohnungsstrategien und -politiken zu entwickeln, die Probleme der Erschwinglichkeit von Wohnraum, Segregation und Diskriminierung in Gebieten mit zunehmender Bevölkerungsvielfalt angehen.

Ziel 4: Entwicklung einer geschlechtsspezifischen Perspektive für die Auswirkungen von COVID-19 auf die sozialräumliche Integration und Fragen der Wohnungspolitik.

In Kapitel 6 (Ergebnisse der Interviewanalyse) werden diese Forschungsziele näher betrachtet und die wichtigsten Forschungsergebnisse zu den beiden Bochumer Quartieren dargestellt. Die Resultate der Forschung werden in den Kontext von fünf spezifischen Ergebnissen eingebettet, die sich aus den kollaborativ generierten empirischen Quellen ergeben haben und die im Kontext des internationalen EMPOWER Projektes zur Umsetzung einer Theorie des Wandels für die Integration von Migrant*innen und deren Befähigung verwendet werden. Darüber hinaus

enthält der Rahmen auch Einzelheiten zu den gewünschten Auswirkungen, Ergebnissen und Aktivitäten, die für die Integration und die Stärkung der Handlungskompetenz erforderlich sind. Während dieser Bericht eine detaillierte Zusammenfassung der Schlüsselthemen liefert, die sich aus der Forschung ergeben haben, und der Arten von Maßnahmen, die von den Interessenvertreter*innen in Zusammenarbeit mit den Anwohner*innen durchgeführt werden könnten, sei darauf hinzuweisen, dass die Forschungsdaten, die durch das PARTSINT-Projekt generiert wurden, zu gegebener Zeit weiter verarbeitet und analysiert werden. Dies wird in die Erstellung weiterer Forschungsartikel einfließen, die sich mit einer Reihe wichtiger Themen befassen, darunter neue Modelle des bürgerschaftlichen und kommunalen Engagements, einer Community-Health Perspektive auf Wohnen, Ortsgestaltung, lokale Mobilisierung sowie räumliche und soziale Gerechtigkeit. Einige erste Beobachtungen in Bezug auf jeden dieser Bereiche werden in Kapitel 4 des internationalen Berichts des Verbundprojektes EMPOWER vorgestellt.

Im Rahmen des Projektes PARTSINT führte die Hochschule für Gesundheit in Bochum gemeinsam mit der IFAK e.V. und dem Kommunalen Integrationszentrum Bochum von April 2021 – Dezember 2022 ein Forschungsprojekt durch, in dessen Rahmen Daten rund um migrantisches Wohnen und Integration in Bochum erfasst wurden. Das Ziel bestand darin, Möglichkeiten zu finden, wie Bewohner*innen sich ermächtigen können, gemeinsam mit verschiedenen Akteur*innen wie NGOs und kommunalen Strukturen für die Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse einzustehen. Die Befragungen wurden im Bochumer Uni-Center und in der Hustadt durchgeführt und zwar nicht in den Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaft VBW, sondern mit Bewohnerinnen, die in den Wohnungen der zwei börsennotierten Immobilienunternehmen Peach Property und Grand City Property, im Folgenden als Problemimmobilien bezeichnet, wohnen. Die Ermächtigung von Bewohner*innen auf der Basis bestehender und weiter zu entwickelnder Forschungen wurde hier als eine Grundlage kollaborativer Entwicklungsprozesse gesehen. In dem im Projekt angewandten [Stadtteilmforscher*innen Ansatz](#) arbeiteten Bochumer*innen, die selber am Forschungsort wohnen und die an der Entwicklung des Forschungsdesigns beteiligt waren. Ausgestattet mit qualitativen Forschungsmethoden gestalteten sie als Expert*innen ihrer Lebenswelt das Design der Untersuchung und die Forschung aktiv mit. Ziel dieses Ansatzes war es, [universitäres Wissen zu dezentrieren](#), indem gesellschaftliches Wissen in die Wissenschaft eingebracht wird. Neben 20 kollaborativen und leitfadengestützten Interviews, die ausschließlich mit Frauen geführt wurden, stellten Bewohner*innen aller Geschlechter ihr Wissen in über 100 digitale Befragungen der Wissenschaft zur Verfügung, die mit dem [DiPS Lab \(Lab für digitale Methoden der partizipativen Sozialraumanalyse\)](#) des Department of Community Health der Hochschule für Gesundheit in Bochum *face to face* durch

Stadtteilmforscher*innen umgesetzt wurden. Ein zum Ende des Projektes durchgeführtes Policy Café stellte den Bochumer Stakeholder*innen die zentralen Ergebnisse des Projektes vor. Der Workshop diente der Generierung zentraler Fragen zum Themenbereich Wohnraum, Nachbarschaftsintegration und Empowerment und ermöglichte einen Austausch und Diskussionen zwischen unterschiedlichen Gruppen von Stakeholder*innen. Ziel des Workshops war die Darstellung von Herausforderungen und die Erarbeitung möglicher Lösungen.

In den nun folgenden Kapiteln beginnt der eigentliche Bericht mit theoretischen Reflexionen zu den Themenbereichen Integration und Segregation sowie einer Einführung in das Forschungsgebiet Hustadt und Uni-Center.

3. Theoretische Perspektivierungen: Integration und ethnische Segregation

„Für den Prozess der Segregation der ausländischen Bevölkerung können unterschiedliche Faktoren verantwortlich gemacht werden. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei die Frage, ob es sich um freiwillige oder erzwungene Segregation handelt. Bei der erzwungenen Segregation spielen die Mechanismen des Wohnungsmarktes und die Zuweisungspraxis für den sozialen Wohnungsbau eine Rolle. Bei der freiwilligen Segregation ist auf die Bedeutung soziale Netzwerke (u. a. für die Kettenmigration) und die den speziellen Bedürfnissen angepassten Handels-, Dienstleistungs- und sozialen Infrastruktureinrichtungen in ethnisch geprägten Vierteln hinzuweisen (Binnenmigration).“ (Horn et al. 1999: 21)

Die inflationäre Rede von den vorgeblich ethnisch segregierten Urbanquartieren sowie die Omnipräsenz der Beschwörungsformel von der vorgeblich „gescheiterten Integration“ nehmen in politischen und gesellschaftlich geführten Diskursräumen eine bedeutende Rolle ein. In diesem Differenzdiskurs über die unterschiedlichen Varianten der ethnokulturellen „Verkapselung“ werden symbolisch und ideologisch aufgeladene Zerrbilder konstruiert, mit denen das kulturell Eigene vor dem fremden Anderen bewahrt und verteidigt werden soll (Kaschuba 2007: 65). Besonders die als „sozialen Brennpunkte“ verschrienen Nachbarschaften mit ihrer kulturellen Andersartigkeit, ihrer vorgeblichen „sozialen Sprengkraft“ sowie ihrer scheinbar „parallel“ zur homogen imaginierten Mehrheitsbevölkerung konstruierten Alltagswelt (Meyer 2002) dienen unterschiedlichen Meinungs- und Deutungseliten als geeignete Projektionsfläche, um politisch motivierte Ängste vor einer unmittelbar bevorstehenden „Überflutung“ durch das/die Fremde(n) zu evozieren. Dieser Diskurs wird hauptsächlich bestimmt von einer normativen Bilder- und Symbolsprache, die mit der Lebensrealität jener Menschen, die in solchen ethnisch etikettierten Stadtvierteln leben, nur sehr wenig gemein hat (Hill 2016; Bukow et al. 2007).

Eine nüchterne, rationale und evidenzbasierte Betrachtung ist hier von Nöten, weil sich die soziale, politische, ökonomische, religiöse und kulturelle Lebenswirklichkeit in der Regel fragmentierter und komplexer darstellt. Ohne Zweifel sind diese Nachbarschaften und Quartiere zunächst als Folgeerscheinungen von vielfältigen Segregationsprozessen zu verstehen, die zur Folge haben, dass die Lebenswirklichkeiten vor Ort geprägt sind durch multikomplexen Problemlagen. Zu diesen die Lebenswelt der Menschen konstituierenden Problemlagen gehören beispielsweise:

1. Prekarität und Deprivation
2. Einkommensarmut und Management von knappen ökonomischen Ressourcen
3. Erschwerter Zugang zu Bildung und anderen gesellschaftlichen Teilbereichen
4. Ausschluss rechtlich und sozial als „nicht-deutsch“ gelesener Bewohner*innen von politischen Partizipationsmöglichkeiten
5. Hohe Arbeitslosigkeit
6. Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen
7. Erfahrung von Diskriminierung, Stigmatisierung und Rassismus
8. Infrastrukturelle und städtebauliche Mängel
9. Eingeschränkte Handlungskompetenzen bei der Zukunftsgestaltung

Über das Zustandekommen solcher verstärkt von Menschen mit internationalen Biografien bewohnten Quartieren bzw. über die Determinanten und Faktoren, die die Herausbildung von mehrfach benachteiligten Stadtvierteln bedingen und beschleunigen, ist sich die wissenschaftliche Forschung ziemlich einig (vgl. El-Mafaalani & Strohmeier 2015). Wie bereits aus dem Eingangszitat am Kapitelanfang hervorgeht, kann von einer Kombination aus Faktoren gesprochen werden, bei denen die dort lebenden Menschen eine passive oder eine aktive Entscheidungsrolle einnehmen. Der Wohnungsmarkt, der sowohl durch ökonomische und marktkapitalistische Wirkungsmechanismen als auch durch mehrheitsgesellschaftliche Exklusionsstrategien geprägt ist, nimmt eine entscheidende Scharnierfunktion bei der Entstehung segregierter Urbanräume ein. Migrant*innen oder Menschen mit Migrationshintergrund², die über geringe Finanzressourcen verfügen oder von wohlfahrtsstaatlichen Transferleistungen ein Leben be-

² Die Problematik der kategorischen Bezeichnung „Menschen mit Migrationshintergrund“ ist den Verfasser*innen durchaus bewusst. Denn sie erkennt einer recht großen Personengruppe ihr Deutschsein wieder ab und macht rassifizierende Ausschlüsse wirksam. So kritisieren Bednaschewsky und Supik, dass teilweise Personen erfasst werden, die nicht gemeint sind und dass insbesondere Deutsche of Colour, die von rassistischer Diskriminierung betroffen sind, durch die Definition unsichtbar bleiben. (Bednaschewsky, R., & Supik, L.: 2018) Der Soziologe Aladin El-Mafaalani schreibt dazu: „Mit dem Begriff werden Menschen zusammengefasst und damit homogenisiert, die – abgesehen von ihrer (familialen) Migrationserfahrung, die wiederum sehr heterogen sein kann – nicht homogenisierbar sind, da sie über unterschiedliche sozialstrukturelle Positionierungen, Diskriminierungs- und Stigmatisierungserfahrungen bzw. -risiken verfügen, die sich u.a. nach Herkunft, Milieu und Geschlecht weiter unterscheiden können.“ (El-Mafaalani 2017: 475)

streiten müssen, sind auf dem Wohnungsmarkt mit erschwerten Zugangsmöglichkeiten konfrontiert. Eine räumliche Verdichtung von sozial schwachen Bevölkerungsschichten in bestimmten Wohnquartieren wird durch die Mechanismen und Regulationsfaktoren des Wohnungsmarktes und der Wohnungspolitik gesteuert. Der Zuzug in benachteiligte Stadtteile ist hier folglich von externen Faktoren bestimmt (ebd.: 20 f.). El-Mafaalani und Strohmeier kritisieren ebenfalls die langjährige Vorgehensweise der kommunalen Wohnraumvergabepraxis, die die beiden Soziologen als „hocheffektives staatliches Segregationsförderprogramm“ (ebd.: 21) beschreiben. Sie führen diesbezüglich weiter aus:

„Infolge des zahlenmäßigen Rückgangs sozial gebundener Wohnungen heute, ihrer nach wie vor gegebenen räumlichen Ballung in Teilbereichen der Kernstädte und in Großsiedlungen und ihrer Belegung mit einer wachsenden Zahl von ‚Bedürftigen‘ ist die Segregation benachteiligter Sozialgruppen in den Städten vielfach ‚hausgemacht‘.“ (ebd.: 21).

Der hohe Anteil von Menschen mit internationaler Geschichte in diesen Stadtvierteln lässt sich aber auch auf der Ebene der selbstständig und proaktiv getroffenen Entscheidungen verorten. Ketten- und Binnenmigration sowie die damit einhergehende Ansiedlung in migrantisch geprägten bzw. migrantisch gelesenen Nachbarschaften entspringt dem Wunsch, einerseits im räumlichen Nahbereich zu ethnokulturell, sprachlich und religiös gleich sozialisierten Mitgliedern der eigenen Community zu leben. Andererseits lässt sich bei den Bewohner*innen der Beweggrund erkennen, den von Fremdheitserfahrungen, Rassismus, Stigmatisierung und Diskriminierung (vgl. El-Mafaalani 2021) charakterisierten Interaktionen mit der Dominanzgesellschaft zu entfliehen. In der sozial- und kulturwissenschaftlichen Forschung wurden die Tendenzen und Dynamiken zur Herausbildung migrantischer und diasporischer Urbanräume schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts von der *Chicago School of Sociology* analysiert. Die so genannten *natural areas* wurden bereits zur damaligen Zeit von polnischen, chinesischen, deutschen und italienischen Einwander*innen in der Millionenstadt am Lake Michigan als Ankunftsgebiete und Integrationsschleusen verstanden, in denen muttersprachliche Kommunikationsmöglichkeiten, heimatliche Esskulturen und kulturell anschiessame Netzwerk- und Solidaritätsstrukturen vorherrschend waren (Hannerz 1980: 28; Lindner 1990: 99; Lindner 2004: 125). Somit macht es eine differenzierte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der so genannten „ethnischen Segregation“ in städtischen Milieus ungleich schwieriger, diese sozialen Formen der freiwilligen und unfreiwilligen Vergemeinschaftung aus einer hegemonialen Normalitätsperspektive zu betrachten, die nicht selten an einer Skandalisierung, Politisierung, Rassifizierung und Dämonisierung dieser urbanen und migrantisch gelabelten Phänomene beteiligt ist. Der Kulturosoziologe Wolf-Dietrich Bukow ist sich dieser Problemstellung bewusst und hält fest:

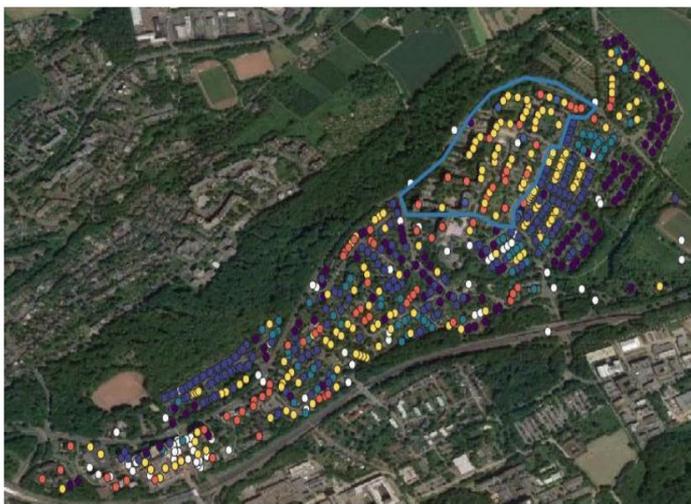
„Die Vorstellungen von *ethnischen* Quartieren und insbesondere *ethnischer* Segregation sind aus den verschiedensten Erwägungen heraus weder empirisch fundiert noch überhaupt empirisch fundierbar. Aber sie haben dennoch eine breite Verankerung im aktuellen *common sense* bis in die politische genauso wie die wissenschaftliche Debatte.“ (Bukow 2015: 277, kursiv i. Orig.)

Zurückzuführen sind diese Vorstellungen von ethnischer Verkapselung bzw. von „Parallelgesellschaften“ sowohl auf ein in Deutschland weit verbreitetes und nicht selten mit erhobenem Zeigefinger artikuliertes Integrationsimperativ (Hess et al. 2009; Mannitz und Schneider 2014: 72 f.) als auch auf „kulturalistische[] Engführungen“ (Hess 2015: 11), die nicht zuletzt den Prozess der chancengleichen Teilhabe bestimmter Bevölkerungsgruppen nachhaltig negativ beeinflussen. Richtigerweise plädiert der Ethnologe Werner Schiffauer bei der wissenschaftlichen Erforschung diese städtischen Vergesellschaftungsformen für einen „neuen Realismus“ und eine „Kultur des genauen Hinsehens“ (Schiffauer 2008: 15), die auch bei den empirischen Forschungen des Projektes PARTSINT in der beiden Bochumer Nachbarschaften handlungsleitende Maximen darstellten.

4. Die Bochumer Quartiere: Uni-Center und Hustadt

Bochum, eine Stadt im Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen, zeichnet sich durch ein hohes Maß an gesellschaftlicher Vielfalt aus, was auf die Industriegeschichte der Stadt und den Zustrom von Arbeitsmigrant*innen seit mehr als einem Jahrhundert zurückzuführen ist. In der Stadt Bochum leben 31,5 % Menschen mit Migrationshintergrund. Diese Gruppe unterteilt sich in eine alteingesessene und eine neu zugewanderte Bevölkerung mit hohem, aber unterschiedlichem Ausmaß und Art der erzwungenen und freiwilligen Migration sowie unterschiedlichem Grad gesellschaftlicher Heterogenität. Das Untersuchungsgebiet besteht aus zwei Stadtteilen: Innere Hustadt (Karte 1 blaue Umrandung) und Uni-Center (Karte 2 rote Umrandung) und ist Teil des Stadtteils Querenburg. Es liegt etwa 6 km südöstlich vom Stadtzentrum und 15 Minuten Fußweg von der Ruhr-Universität entfernt. Die ausgewählten Stadtteile weisen eine urbane Form von Hochhäusern auf, die sich entweder im Besitz der Stadt oder von privaten Eigentümer*innen befinden. In Querenburg beträgt der Anteil der Sozialwohnungen am Gesamtwohnungsbestand im Jahr 2019 19,4 % (Bochum insgesamt 6,3 %), wobei sich der größte Anteil im Uni-Center und der Hustadt befindet. Die Hochhäuser wurden in den 1960er Jahren für Universitätsangehörige und Arbeiter*innen des nahe gelegenen Opel-Werks nach dem Prinzip „Urbanität durch Dichte“ errichtet. Die Attraktivität solcher Quartiere nach diesem Prinzip erwies sich für die Bewohner*innen als weniger attraktiv als gewünscht. Daher zogen die ersten Mieter*innen aus dem Gebiet aus. In den 1990er Jahren zogen Familien mit geringem Einkommen und Migrant*innen ein. Zwischen 2007 und 2014 wurde die innere Hustadt im Rahmen des

Stadterneuerungsprogramms „Stadtumbau West“ saniert, das darauf abzielte, in benachteiligten Stadtteilen, die vom Verlust städtischer Funktionen bedroht sind, Wohnsiedlungen zu erneuern und lokale Sozialstrukturen zu verbessern oder zu schaffen. In diesen Prozess wurden jedoch nur Häuser einbezogen, die sich im Besitz der Stadt befinden. Mindestens 2-3 Häuser in der inneren Hustadt und alle Häuser im Uni-Center sind im Besitz privater Investor*innen und befinden sich aufgrund der Zurückhaltung bei Investitionen in den Wohnungsbau in einem katastrophalen Zustand.



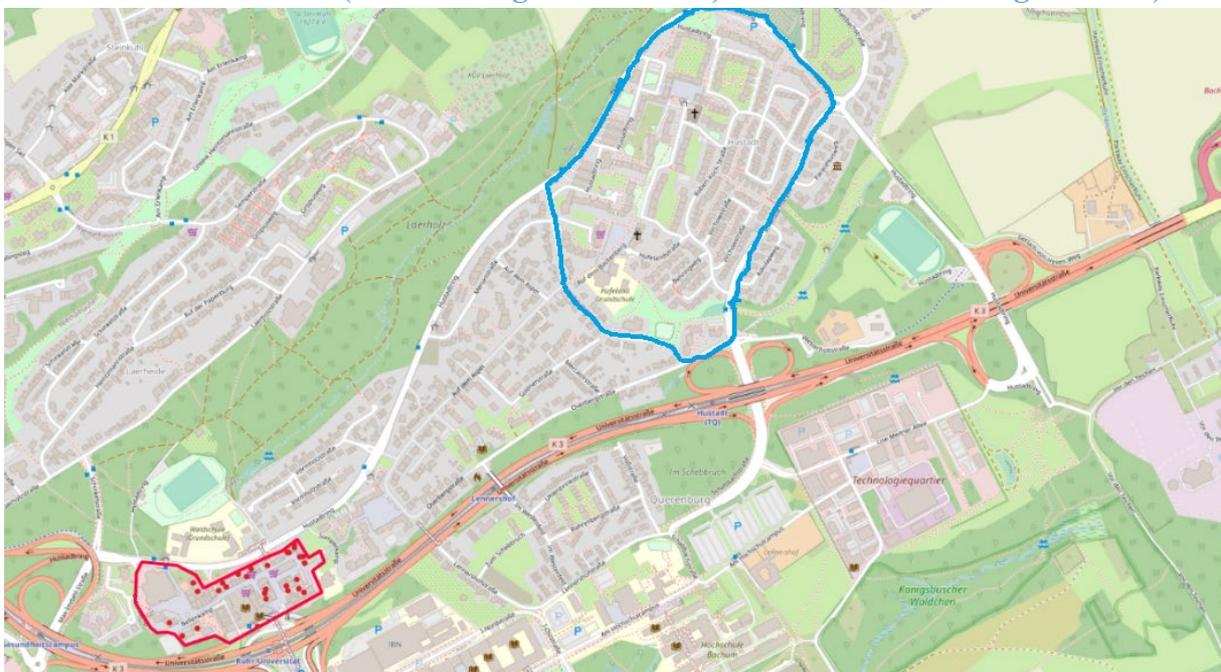
Description: predominant social class per building

Source: infas 360 Datum

Layer: Address

- upper class
- upper middle class
- middle class
- lower middle class
- lower class
- not specified

Karte 1 – Innere Hustadt (hellblau eingekreist rechts) mit dem Uni Center ganz links)



Karte 2 – Uni-Center und Hustadt (rote Punkte = Gebäude für Wohn und Mischung; Source: INFAS360 2020)

Beide Nachbarschaften (Uni-Center und Hustadt) sind stark migrantisch geprägt. Sie weisen mit Menschen aus bis zu 40 Herkunftsländern eine große nationale, ethnische und mit mindestens acht verschiedenen religiösen Identitäten (Sunnit*innen, Jesid*innen, Allevit*innen, Schiit*innen, Jüd*innen, orthodoxe Christ*innen, Protestant*innen, Katholik*innen etc.) eine religiöse Vielfalt auf. Das Uni-Center wird heute von etwa 1.552 Menschen bewohnt, laut Einwohnermeldestatistik 468 davon mit Migrationshintergrund. BOSTatIS weist in seiner Datenbank jedoch daraufhin, dass es die im Melderegister zur Verfügung stehenden Merkmale schwierig machen, die Quantitäten eindeutig zu bestimmen und konkrete Aussagen zur Qualität des Migrationshintergrundes zu machen. Die Mehrzahl der in der Statistik angegebenen Menschen mit Migrationshintergrund kommt aus Syrien gefolgt von Iraner*innen, Türk*innen, Pol*innen und Libanes*innen. Zu den anderen Herkunftsländern wurden keine Angaben gemacht. Ethnografische Feldforschung zeigt jedoch, dass der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund de facto deutlich höher ist als statistisch nachgewiesen und zwar eher bei 90%. Im Uni-Center lebt auch eine Community russischsprachiger Kontingentflüchtlinge. Darüber hinaus leben im Uni-Center internationale Studierende sowie eine deutschsprachige Minderheit (BOSTatIS 2021³, INFAS 360 2020). Die Einzelhandelsinfrastruktur ist mit einem großen Supermarkt, einem Discounter und mehreren kleinen, hauptsächlich von Migrant*innen betriebenen Geschäften als gut zu bezeichnen. Ein Sportplatz, ein Schwimmbad am Uni-Center und eine gute Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sind ebenso vorhanden wie mehrere Spielplätze. Die soziale Infrastruktur ist eher als schwach zu verzeichnen. Neben einem Kindergarten, einer Grundschule und einer Stadtbibliothek, die von den migrantischen Einwohner*innen kaum in Anspruch genommen wird ist die soziale Infrastruktur auf das Angebot des von der Stadt und der IFAK e.V. gemeinsam betriebenen Seniorenbüro Süd, eine Einrichtung der Stadt Bochum und der IFAK e.V., die sich für die sozialen Belange der Senior*innen einsetzt.

In der inneren Hustadt leben etwa 5000 Menschen in einem ausgeglichenen Geschlechterverhältnis (infas Daten 2015), 4.102 davon mit Migrationshintergrund (BOSTatIS 2021). Die Mehrzahl kommt aus Syrien, gefolgt von kurdischsprachigen Türk*innen, Iraner*innen, Iraker*innen, Italiener*innen, Pol*innen, Afghan*innen, Rumän*innen und Libanes*innen. Ethnografische Feldforschungen zeigen, dass die Mehrheit der Bewohner*innen in der inneren Hustadt ethnische Kurden der ersten und zweiten Generation aus der Türkei, Afghanistan, dem Libanon,

³ Die Stadt Bochum stellt seit 2021 erstmals über BOSTatIS kleinräumige statistische Daten über das Untersuchungsgebiet zur Verfügung.

Syrien und dem Iran sind. Im Jahr 2015 wurden 30 geflüchtete Familien aus Syrien in der inneren Hustadt angesiedelt. Außerdem stammen Menschen aus Ländern südlich der Sahara, wobei die größte Gruppe die somalische Gemeinschaft mit etwa 20 Familien ist. Somalia fehlt jedoch als Herkunftsland in der Einwohnerstatistik von BOSTatIS. Des Weiteren gibt es einzelne Familien aus verschiedenen anderen Regionen wie Südamerika, Asien und Osteuropa. Das Uni-Center und die Innere Hustadt gehören zu den jüngsten Stadtteilen Bochums und sind durch den höchsten gesundheitlichen Ungleichheitsindex der Stadt gekennzeichnet (Stadt Bochum 2017 b). Die beiden Nachbarschaften gelten als überproportional benachteiligt. Laut unserer Feldforschung sind mindestens 50 % der Bewohner*innen in der Inneren Hustadt auf Sozialleistungen angewiesen und gehören dem Unterschichts- bzw. dem unteren Mittelschichtsmilieu an (infas Daten 2015). Im Vergleich zur recht guten Einzelhandelsstruktur im Uni-Center wird die Hustadt vom Masterplan als Stadtteil mit einer unzureichenden Einzelhandelsinfrastruktur dargestellt (Stadt Bochum: 2017 a). Die Gesundheit der Menschen wird beeinträchtigt durch institutionellen Rassismus, Bewegungsmangel und die Abhängigkeit von digitalen Tools und Medien (Falge: 2021: 108, Berchem et al 2022: 331, [Zwischenbericht QUERgesund 2020](#), Abschlussbericht QUERgesund 2023). Außerdem war die innere Hustadt und das Uni-Center besonders stark von der COVID 19-Pandemie betroffen. Erste Erkenntnisse bezüglich dieser hohen Infektionszahlen verweisen auf das verdichtete Wohnen und infektionsbefördernde Arbeitsverhältnisse (siehe [Community Perspektiven auf Corona](#): 2023).

Drei Kindergärten, eine Grundschule und drei soziale Einrichtungen bieten Dienstleistungen in der inneren Hustadt an. Die beiden Kirchen in dem muslimisch geprägten Gebiet werden hauptsächlich von der russischsprachigen Gemeinde und wenigen weiß-deutschen Senior*innen besucht. Aufgrund des Mitgliedermangels wird das katholische Kirchengebäude in der Hustadt derzeit, wie viele andere Kirchen in Deutschland, umstrukturiert. Insgesamt fehlt es in beiden Nachbarschaften an Räumen zur Ausübung sozialer Praktiken dieser Gruppen für Feste wie Hochzeiten, Beerdigungen und andere Communityveranstaltungen.

Es gibt weder weitere soziale Einrichtungen, noch öffentliche Räume, die für Community Aktivitäten nutzbar sind. Einhergehend mit den schlechten Wohnbedingungen in den Problem-Immobilien des Uni-Center sind die Bedingungen hier somit schlechter als in der Hustadt.

5. Methodische Reflexionen: Das kollaborative Design der Studie

5.1 Die kollaborative Methode

Das Projekt PARTSINT verfügt in seinem Selbstverständnis über einige methodologische und forschungstheoretische Prämissen, die die Interaktions- und Untersuchungspraxen der Forscher*innen, Stadtteilmforscher*innen und der Bewohner*innen maßgeblich konstituieren. Zunächst steht das kollaborative Forschungsdesign im Fokus, bei dem die Forscher*innen und die Stadtteilmforscher*innen die beiden Bochumer Nachbarschaften als einen urbanen Möglichkeitsraum verstehen, in dem gemeinschaftliches Lernen und solidarische, reziproke und partizipative Formen der Wissensproduktion gegeben sind (Falge: 2019: 484 ff, Sprung 2016). Beim Vorhaben des kollaborativen, dialogischen und egalitären Forschens spielt das Erfahrungswissen sowohl der Bewohner*innen dieser Quartiere als auch der größtenteils vor Ort lebenden Stadtteilmforscher*innen eine herausgehobene Rolle. Diese erfahrungsbasierte Forschungspraxis „auf Augenhöhe“ birgt Chancen und Herausforderungen zugleich (Lassiter 2005: 16 ff.). Mit Rekurs auf die Herangehensweisen der Aktionsforschung (vgl. Koshy et al. 2011; Kemmis & McTaggart 2005) und der *action anthropology* (vgl. van Willigen 2002; Wulff & Fiske 1987) ist es allen Beteiligten zunächst ein prioritäres Anliegen, einen offenen Forschungsraum des gegenseitigen Austauschs und Dialogs zu schaffen, in dem wechselseitige und gleichberechtigte Wertschätzung, Deutungsoffenheit und Artikulationsfreiheit genauso wichtig sind wie ein kritischer Umgang mit sozialen Hierarchien und Machtpositionen. Insbesondere der Anspruch an „Forschung auf Augenhöhe“, der eine spezifisch solidarische, freundschaftliche, empathische und engagierte Interaktion und Kommunikation mit den Akteur*innen des Stadtteils beinhaltet, bedarf einer regelmäßigen methodischen Reflexion innerhalb des gesamten Projektteams, bei der sowohl kollektiv gewonnene Sichtweisen, Erkenntnisse und Analysen als auch die „Positioniertheit der Forschenden“ (Fontanari et al. 2014: 113) kritisch hinterfragt und durch stetige Rückkopplungen gegebenenfalls justiert werden. Von herausgehobener Bedeutung für dieses empathische und ethnografische Instrumentarium der kollaborativen Forschung wird des Weiteren die „Verschiebung von der »Subjekt-Objekt«-Beziehung hin zu einer »Subjekt-Subjekt«-Beziehung“ (ebd.: 114) betrachtet, weil durch diesen Ansatz von allen Beteiligten ein produktives und konstruktives Arbeits- und Lernumfeld geschaffen werden konnte, das das Alltagswissen der Quartierbewohner*innen erschließt. Auf diese Weise wird gesellschaftliche Diversität auf lokaler Ebene berücksichtigt und für die Bewohner*innen nutzbar gemacht.

Von den am Anfang der Forschung ausgewählten fünf Stadtteilmforscher*innen, die größtenteils in den untersuchten Quartieren ihren Lebensmittelpunkt besitzen, wurden im Zuge des Projektverlaufs insgesamt 20 muttersprachliche Interviews mit Bewohnerinnen der beiden Quartiere durchgeführt, die sich durch ein strukturiertes und leitfadengestütztes Design auszeichneten. Da die Stadtteilmforscher*innen über nahezu kein methodisches Vorwissen hinsichtlich der Konzeption und Durchführung eines Interviews besaßen, wurde dieses Know-how im Rahmen mehrerer Schulungssitzungen vom wissenschaftlichen Personal an die Stadtteilmforscher*innen weitergegeben. Diese in einfacher Sprache durchgeführten methodischen Workshops fanden sowohl an der Hochschule für Gesundheit in Bochum und in den Räumen der IFAK e.v. in einem Präsenzformat als auch in einem virtuellen Raum via Zoom statt. Inhaltlich setzten sich diese methodischen Schulungseinheiten aus folgenden Bausteinen zusammen:

1. Vorstellung und Diskussion der Projektinhalte und Ziele
2. Einführung in die Konzeption und Durchführung strukturierter Interviews
3. Kollaborative Ermittlung des Frageleitfadens in einfacher Sprache
4. Praxisnahes Einüben des Frageleitfadens in Zweiergruppen
5. Diskussion des Diversity Sample⁴
6. Herausarbeitung von Unterschieden zwischen einem „guten“ und einem „schlechten“ Interview
7. Auseinandersetzung mit ethischen Forschungsfragen
8. Erstellung und Besprechung eines Informationsblattes in leichter Sprache
9. Erstellung und Besprechung einer Einverständniserklärung in leichter Sprache
10. Besprechung der zeitlichen Rahmungen der Forschung

Nach der Fertigstellung des kollaborativ erzeugten Frageleitfadens (siehe Anhang), der ebenfalls abgestimmt wurde mit den Forschungspartner*innen in England und Schweden, wurde dieser in vier Sprachen übersetzt (Arabisch, Kurdisch, Russisch und Somali). Die Audiodateien der von den Stadtteilmforscher*innen geführten 20 muttersprachlichen Interviews wurden im Anschluss in die deutsche Sprache übersetzt und ganzheitlich transkribiert. Zudem wurden von

⁴ Mit den Projektpartner*innen aus England und Schweden wurde zunächst ein Diversity Sample vereinbart. Dementsprechend sollten die Stadtteilmforscher*innen an allen drei Standorten nicht nur mit Menschen aus ihrer eigenen ethnokulturellen und sprachlichen Community Interviews führen. Für die Stadtteilmforscher*innen in Birmingham und Göteborg stellte diese Anforderung kein Problem dar, weil diese die englische und schwedische Landessprache bereits konversationssicher ausgebildet hatten. Die Bochumer Stadtteilmforscher*innen waren sich während einer Methodenschulung schnell einig, dass diese projektinterne Maßgabe in Bochum nicht realisierbar sei. Denn ihnen fehlte eine gemeinsame sprachliche Kommunikationsebene angesichts der unterschiedlichen deutschen Sprachkenntnisse. Eine Stadtteilmforscherin aus der russlanddeutschen Community könnte beispielsweise kein Interview mit einem Mitglied der somalischen Community führen. Heterogen diskutiert wurde ebenfalls der Mehrwert dieser Sample-Strategie. Die Stadtteilmforscher*innen äußerten Kritik am Diversity Sample. Sie hinterfragten den Mehrwert eines Interviews, bei dem sich zwei Personen über die Wohnverhältnisse und die Integrationsprozesse in der Hustadt und im Uni-Center in einer Sprache austauschen müssten, die sie beide nur mit Einschränkungen beherrschten.

den Interviews Zusammenfassungen angefertigt, die ebenfalls soziodemografischen Informationen über die Befragten beinhalteten. Die Interviewtranskripte wurden unter Zuhilfenahme der Software NVIVO vom wissenschaftlichen Projektteam kodiert und analysiert.

Dass mit der kollaborativen Forschung stets Irritationen, Überraschungen und Enttäuschungen einhergehen, gehört zu den selbstverständlichen Dynamiken dieses Ansatzes. Diese Tendenzen werden dadurch verstärkt, dass oft jene Menschen den Forschungsprozess aktiv und erfahrungsbasiert mitgestalten, die im Vergleich zum wissenschaftlichen Personal über keine akademischen Qualifikationen verfügen und ein anderes Bildungsverständnis aufweisen. Dieser Gedanke leitet über zu einer kurzen methodischen Manöverkritik, bei der insbesondere die Interviewergebnisse der Stadtteilmforscher*innen im Fokus stehen, weil diese eine Diskrepanz aufwiesen zwischen dem wissenschaftlichen Anspruch und der praktischen Umsetzung in der Empirie. In der qualitativen oder ethnografisch informierten Sozial- und Kulturwissenschaft wünschen sich Wissenschaftler*innen bei der Durchführung von Interviews stets „längeres Erzählen“ (Schmidt-Lauber 2007: 179), einen „tieferen Einblick über das betreffende soziale und kulturelle Leben“ (Girtler 2001: 162) oder „Stehgreiferzählungen“ (Schütze 1983: 285). In der ethnologischen Methodenliteratur wird das qualitativ-ethnografische Interview sogar als eine Art „*speech event*“ (Spradley 1979: 55, kursiv i. Orig.) bezeichnet. Die von den Stadtteilmforscher*innen durchgeführten Befragungen entsprachen jedoch nicht den von der Wissenschaft ausformulierten methodischen und inhaltlichen Wunschvorstellungen, da die auf die Fragen gegebenen Antworten nur sehr kurz ausfielen und selten bis kaum über narrative Elemente verfügten. Auch das interessengeleitete Nachfragen, das Insistieren auf die narrative Wiedergabe von konkreten Fallbeispielen oder das Einstreuen von „verbalen Erzählanstößen“ (Schmidt-Lauber 2007: 179) konnten von den Stadtteilmforscher*innen in der Praxis nicht umgesetzt werden. Die nun in den Transkripten ersichtliche Informationsarmut war ein ausschlaggebender Faktor für eine neuerliche Auseinandersetzung mit der Praxis der Interviewführung und für eine Justierung des methodischen Selbstverständnisses. Zu Beginn der Forschung bestand die Hoffnung, dass durch die Interviewführung in der Muttersprache ein auf Reziprozität ausgelegter Redefluss in Gang gesetzt werden könnte. Der Faktor Sprache war für diese methodische Irritation jedoch weniger verantwortlich. Die von Seiten der Wissenschaft herbeigesehnten narrativen Elemente konnten sich ebenfalls nicht entfalten, weil die Stadtteilmforscher*innen die Interviewsituation eher als ein chronologisches „Abarbeiten“ des Frageleitbogens verstanden. Dennoch erhielt das Team Zugang zu Informant*innen und somit zu Daten, die den überwiegend aus der Mehrheitsgesellschaft stammenden weiß-deutschen Wissenschaftler*innen ansonsten versperrt geblieben wären.

In einem weiteren Arbeitsschritt führte das wissenschaftliche Projektteam insgesamt 13 leitfadengestützte Interviews mit lokalen Stakeholder*innen. Um dem kollaborativen Design der Studie weiterhin Rechnung zu tragen, wurde der bei diesem Arbeitsschritt zu Anwendung kommende Leitfaden ebenfalls gemeinsam mit den Stadtteilmforscher*innen entwickelt. Zu den Stakeholder*innen gehören ganz allgemein multiprofessionelle Entscheidungsträger*innen, die sich auf unterschiedlichen Ebenen mit den Themen Integration und Wohnen in der Hustadt und im Uni-Center beschäftigen. Um eine historische Langzeitentwicklung nachzeichnen zu können, wurden hierbei ebenfalls zwei Bewohner*innen befragt, die seit Ende der 1980er Jahre bzw. seit Anfang der 1990er Jahre im Uni-Center wohnhaft sind. Aus folgenden Institutionen wurden Stakeholder*innen interviewt:

1. Integrationsrat der Stadt Bochum
2. Kommunales Integrationszentrum der Stadt Bochum
3. Politiker aus dem Landtag von Nordrhein-Westfalen
4. Politiker*innen aus dem Stadtrat der Stadt Bochum
5. Bezirksbürgermeister*innen
6. Seniorenbüro Süd (IFAK e.V. und Stadt Bochum)
7. Mieterverein Bochum e.V.
8. VBW Wohnen und Bauen GmbH
9. Zweigbücherei Querenburg
10. Freundeskreis der Bücherei Querenburg

Die geführten Stakeholder*inneninterviews, bei denen das erfahrungsgesättigte Expert*innenwissen und der aus der alltäglichen Praxis herrührende „Wissensvorsprung“ (Meuser & Nagel 2018: 77) der befragten Personen im Mittelpunkt stand, wurden ganzheitlich transkribiert und mittels der Software NVIVO kodiert und analysiert. Im Zuge der Durchführung der Stakeholder*innen fiel bei der Betrachtung der Zusammensetzung des befragten Personenkreises (Sample) die zahlenmäßige Dominanz von Mitgliedern der weiß-deutschen Mehrheitsgesellschaft ins Auge, da lediglich vier Entscheidungsträger*innen in den oben aufgeführten Institutionen eine internationale Geschichte aufwiesen. Dieser Sachverhalt lässt zunächst zwei Schlussfolgerungen zu. Erstens konnte festgestellt werden, dass bei den Institutionen, die sich mit den gesellschaftsrelevanten Phänomenen Integration, Segregation und Wohnen beschäftigen, im Bereich der personellen Umsetzung und der Inwertsetzung von organisationalen Strategien des *Diversity Management* (Fereidooni & Zeioli 2016) bzw. einer diversitätsorientierten Organisationsentwicklung (siehe auch Diakonie 2019) weiterhin Nachholbedarf herrscht. Der zweite Aspekt betrifft die für das Projekt wertvollen Perspektiven und Erfahrungsberichte jener Stakeholder*innen, die über eine internationale Geschichte verfügen. Das Einbringen von empirischen Wissensbeständen und Erfahrungsressourcen, die die eigene Lebenswelt, die eigene Biografie und die eigene Alltagskultur betreffen, bildeten einen deutlichen Unterschied zu dem

Expert*innenwissen der Mitglieder aus der weiß-deutschen Mehrheitsgesellschaft. Das bei einigen Befragten aus der weiß-deutschen Mehrheitsgesellschaft zwischen den Zeilen deutlich lesbare Nicht-Wissen über die Problemkonstellationen, prekären Lebenslagen, segregierten Sozialstrukturen aber auch der eingeschränkten Handlungsspielräume der migrantischen Communities lässt sich graduell erklären durch eingeschränkte lebensweltliche Kontakte zu diesen städtischen Milieustrukturen.

5.2 Die Methode der digitalen partizipativen Sozialraumanalyse (DiPS)

Aufbauend auf und ergänzend zu den Befragungen der Stadtteilforscher*innen, sollten mit einer standardisierten Befragung Wahrnehmungen von und Informationen über die Wohnverhältnisse von mindestens 100 Einwohner*innen im Uni-Center und der Hustadt gewonnen werden. Ebenfalls je 100 Personen sollten im PARTSINT Projekt in den Stadtteilen Smethwick (Birmingham, UK) und Bergsjön (Götheburg, Schweden) erreicht werden. Diese Befragung richtet sich an Bewohner*innen unabhängig von ihrem Geschlecht.

Die Umfrage wurde mit der Infrastruktur des DiPS_Lab (Labor für digitale partizipative Sozialraumanalyse) an der HS Gesundheit in Bochum durchgeführt. Der Ansatz des DiPS_Lab ist es, Orte mit digitalen Methoden partizipativ zu analysieren, um mehr und andere Daten für die Entscheidungsfindung im Kontext der kommunalen Gesundheits-, Stadt- und Umweltplanung bereitzustellen. Der Einsatz verschiedener digitaler Geräte und Methoden zielt darauf ab, Barrieren in der Öffentlichkeitsbeteiligung und Forschung abzubauen, insbesondere für diejenigen, die mit (struktureller) Benachteiligung oder Diskriminierung konfrontiert sind und daher in Entscheidungsprozessen und Forschung unterrepräsentiert sind (Köckler & Simon 2019). Abbildung 1 zeigt den allgemeinen vereinfachten DiPS-Ansatz vom Co-Design bis zur Entscheidungsunterstützung.

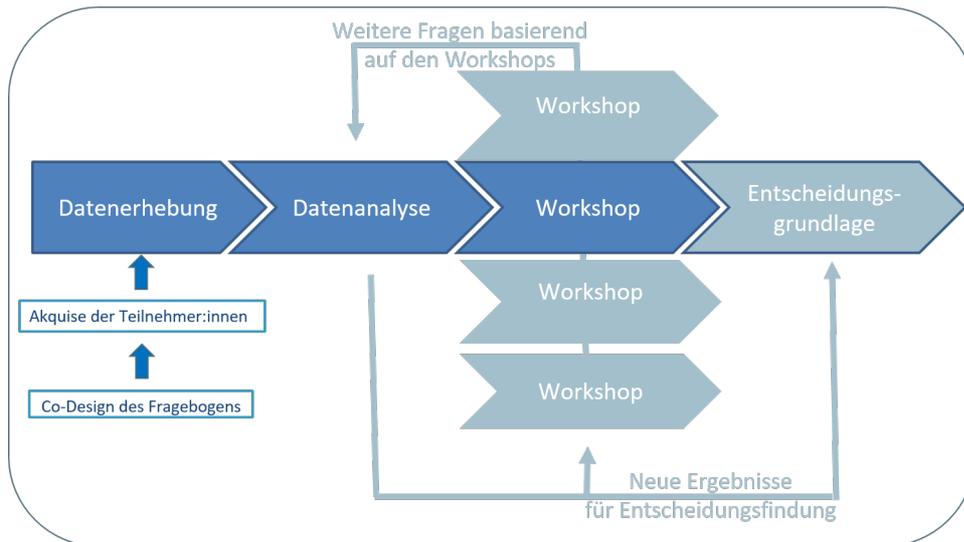


Abbildung 1: Der DiPS_Lab Ansatz im allgemeinen

Im PARTSINT Projekt wurde die Befragung im Co-Design mit Stadtteilmforscher*innen, Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen entwickelt, wie Abbildung 2 zeigt. Die Workshops wurden in Form von Policy Cafés umgesetzt, die ihrerseits zu Entscheidungen verschiedener Akteur*innen in Bochum führen können. Ergebnisse der Befragung wurden bei zwei Policy Cafés vorgestellt.

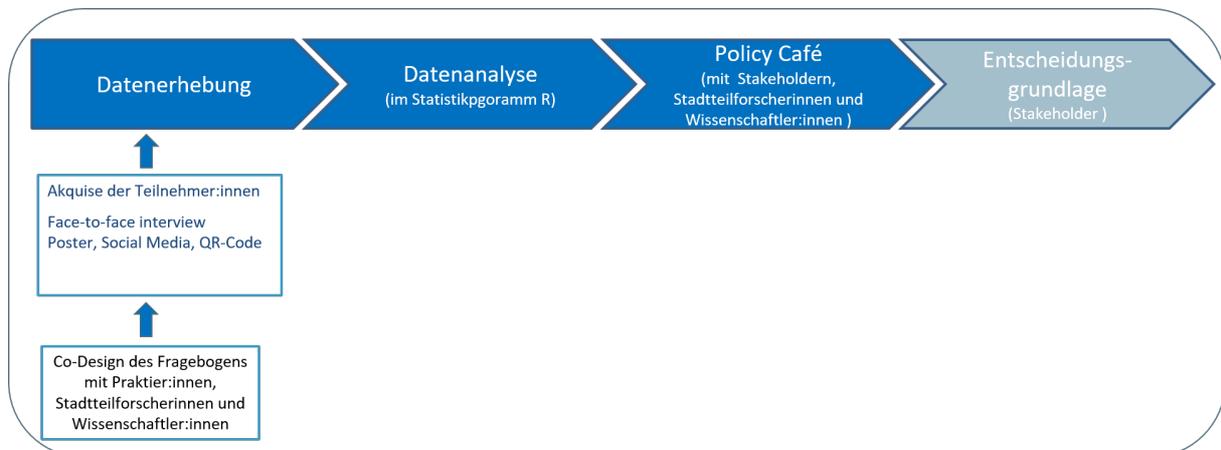


Abbildung 2: Das DiPS_Lab Vorgehen im PARTSINT Projekt

Der Fragebogen wurde von Wissenschaftler*innen, Praxispartner*innen und Stadtteilmforscher*innen aus allen drei Ländern im Co-Design entwickelt, um die verschiedenen Perspektiven so umfassend wie möglich zu erfassen. Dieser Co-Design-Prozess baute auf den Vorarbeiten und den Ergebnissen der Interviews der Stadtteilmforscher*innen auf.

Abbildung 3 zeigt den Prozess, beginnend mit den leitfadenbasierten Interviews der Stadtteilmforscherinnen durchgeführt wurden. Es wurde ein Fragebogen in englischer Sprache entwickelt,

der aus 12 Elementen besteht und in acht Sprachen übersetzt wurde (eine detaillierte Beschreibung des Fragebogens und des methodischen Vorgehens findet sich in Köckler et al. 2022 in-
 terner Forschungsbericht).

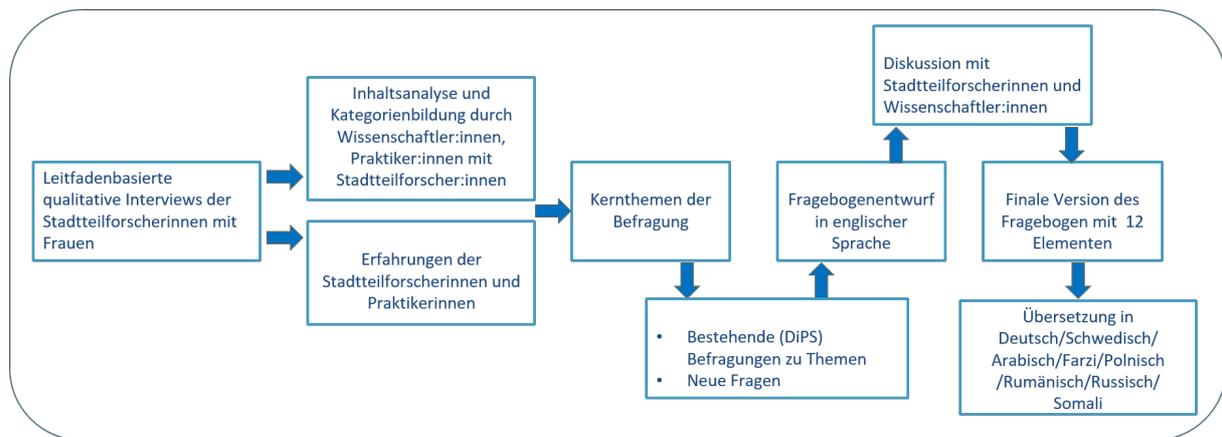


Abbildung 3: Co-Design des Fragebogens im PARTSINT Projekt

Der Fragebogen wurde als online Fragebogen implementiert und auf verschiedenen Wegen be-
 worben. Es wurden Plakate ausgehängt, über Social Media geworben (siehe Abbildung 4) und
 vor Ort zu spezifischen Zeiten Befragungen durchgeführt. Insgesamt wurden in der
 Hustadt/dem Uni-Center 117 Personen erreicht. Die Ergebnisse der Befragung sind in einer
 ersten Fassung in einem internen Forschungsbericht dokumentiert (siehe Köckler et al. 2022)
 und befinden sich **im Anhang** dieses Berichtes. Weitere Analysen folgen.



Abbildung 4: Werbematerialien für die Befragung in Bochum (Plakat und Sharepics)

6. Die Ergebnisse der Interviewanalyse

6.1 Die beiden Stadtquartiere: Kontexte und Motive der Ansied- lung

Sowohl aus der Sicht der der Bewohnerinnen als auch der Stakeholder*innen werden in den nun folgenden beiden Unterkapiteln die Erkenntnisse zu den Beweggründen und Motiven kommuniziert, die die Bewohner*innen dazu veranlassen, eine Ansiedlung in diesen beiden Bochumer Quartieren vorzunehmen. Integraler Bestandteil der Narrative sind ebenfalls die urbanen Lebensbedingungen, die positive sowie negative Seiten aufweisen. In den Fokus rücken darüber hinaus die strukturellen Determinanten und kommunalen Wirkkräfte, die eine Konzentrierung der migrantischen Bevölkerung in der Hustadt und im Uni-Center befördern.

6.1.1 Die Perspektive der Bewohner*innen

Bei der nun folgenden Analyse der empirischen Quellen wird zunächst folgende Frage im Mittelpunkt stehen: Warum ziehen die Migrant*innen in diese beiden urbanen Quartiere?

Die befragten Migrant*innen betonten, dass ihre Hauptgründe für das Wohnen in der Hustadt/im Uni-Center-Viertel vor allem in den relativ günstigen Mietpreisen und der Größe der verfügbaren Wohnungen liegen, die im Vergleich zum Rest der Stadt günstig sind. Entscheidend ist jedoch, dass sie sich auch von anderen Vierteln ausgeschlossen fühlten, und zwar aufgrund von Problemen mit der Erschwinglichkeit, die mit ihrem geringen Einkommen zusammenhängen, und aufgrund einer wahrgenommenen Diskriminierung auf dem lokalen Wohnungsmarkt. Eine Befragte drückte es so aus: "...die Deutschen leben in schönen Häusern und ruhigen Straßen.....die Mieten in anderen Vierteln werden extra teuer gemacht, damit wir nicht dorthin ziehen" (Fadoumo, Herkunftsland Somalia, 9 Jahre in der Gegend).

Die Diskriminierung bei der Auswahl von Mieter*innen beruhte auch auf wahrgenommener Armut und Sprachbarrieren. Hinzu kommt, dass es für Migrant*innen, die von Sozialleistungen abhängig sind, schwierig ist, woanders hinzuziehen, da diese Zahlungen als unzureichend angesehen werden, um die höheren Mieten in anderen Vierteln zu decken. Darüber hinaus sind die Bewohner*innen nicht in der Lage, die höheren Mietkosten zu tragen, die mit der Sicherung anderer Immobilien in anderen Stadtteilen verbunden sind.

Der Wille zur *Wohnungsvergrößerung* bzw. *Wohnungsverkleinerung* ist darüber hinaus ein wesentlicher Faktor, in die beiden Nachbarschaften zu ziehen. Die Befragten möchten aufgrund von Familiengründungen eine größere Wohnung beziehen. Größere Wohnungen für Familien sind im Stadtteil Querenburg durchaus finanziell erschwinglich. Bei Eltern war der Wunsch ausschlaggebend, dass die Kinder ein eigenes Zimmer erhalten sollen. Einige Migrant*innen strebten eine Verkleinerung der Wohnung an. Gründe dafür sind Sterbefälle in der Familie, Scheidungen und der Auszug der erwachsenen Kinder.

Ein überaus wichtiger und immer wieder erwähnter Grund in die beiden Nachbarschaften zu ziehen sind *ethnische und kulturelle Netzwerke* und die Nähe und Kontaktsuche zu der ethnischen Gruppe, die dieselbe Sprache spricht sowie Solidarität und Unterstützung bei der Bewältigung des Alltags zur Verfügung stellt. Der Aspekt Sprache ist enorm wichtig: Da die deutschen Sprachkenntnisse bei zahlreichen Bewohner*innen eingeschränkt sind, ist der Rückgriff auf den Support von den Mitgliedern der eigenen ethnischen Community von großer Bedeutung. Diese Unterstützung betrifft beispielsweise Behördengänge, Übersetzungen von Dokumenten und Briefen, Ärzt*innenbesuche etc..

Ein weiterer Faktor ist der *soziale und ökonomische Status* zahlreicher Bewohner*innen. Arbeitslosigkeit führt dazu, dass die Menschen auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen sind. Das Jobcenter weist den auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesenen Migrant*innen Wohnungen zu, die im Uni-Center oder in der Hustadt verortet sind.

Ein wesentlicher Grund ist ebenfalls der extrem überhitzte *Wohnungsmarkt* in Deutschland, der es Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen enorm schwierig macht, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Für Migrant*innen, die einem geregelten Arbeitsverhältnis nachgehen, offeriert das Uni-Center und die Hustadt bezahlbaren Wohnraum.

Ein weiteres Kriterium sind *wohnungsnahe Dienstleistungen*. Dazu gehören Einkaufsmöglichkeiten, Ärzt*innen, Kindergärten und öffentliche Verkehrsmittel, die Mobilität garantieren.

Auffällig ist ebenfalls, dass Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt nur sehr selten in den Interviews erwähnt wird. Das heißt aber nicht, dass diese von der Mehrheitsgesellschaft ausgehenden Formen von Diskriminierung in diesen benachteiligten Stadtquartieren nicht existieren. Es ist eher der Fall, dass diese Diskriminierung von den Befragten nicht erkannt wird und bei ihnen die positiven Seiten der Wohnverhältnisse in den Vordergrund rücken. Der Soziologe Aladin El-Mafaalani hält zu diesem Befund fest: „Je prekärer und benachteiligter die Lebensumstände (geringes Einkommen, geringes Bildungsniveau), desto *seltener* werden Diskriminierungserfahrungen berichtet.“ (El-Mafaalani 2021: 92, kursiv i. Orig.) Eine Erklärung für dieses teilweise Nicht-Erkennen oder Herunterspielen von Benachteiligung hat seine Ursache darin, dass die aktuellen Wohnverhältnissen der Befragten im Vergleich zu den Wohnverhältnissen in ihren Heimatländern eine Verbesserung darstellen.

Schwenken wir nun rüber zu den positiven Erfahrungen, die die Lebenswirklichkeiten im Uni-Center und in der Hustadt betreffen. Durchweg positiv werden folgende Aspekte erlebt:

Die *multikulturelle Zusammensetzung der Bevölkerung* ist eine Determinante, die das gute Verhältnis in der Nachbarschaft bzw. in der Community stark positiv beeinflusst. Das Uni-Center

und die Hustadt werden als zweite Heimat oder als globales Dorf bezeichnet. Formen des ethnischen Unternehmertums und „migrationsspezifische Alltagsformate“ (Bukow 2015: 279) kompensieren Heimwehgefühle und unterstützen Beheimatungspraxen (Brah 1996; Binder 2008; Greverus 1972). Die Befragten wünschen sich aber auch den verstärkten Zuzug von Mitgliedern der deutschen Mehrheitsbevölkerung, um mehr Chancen zu besitzen, im Alltag die deutsche Sprache zu lernen. Aus diesen Äußerungen wird ersichtlich, dass diese Quartiere aus der Perspektive der Bewohner*innen nicht uneingeschränkt als „Integrationschleusen“ (vgl. El-Mafaalani & Strohmeier 2015: 38) betrachtet werden, weil Kontakte zu Mitgliedern der deutschen Mehrheitsgesellschaft eher rar sind.

Viele der Befragten berichten über gute *nachbarschaftliche Beziehungen*, die geprägt sind von Nächstenliebe, Solidarität, Verständnis, Fürsorge, Gemeinschaftsgefühl, Kommunikation und Hilfsbereitschaft. In der unmittelbaren Nachbarschaft wohnen zudem auch die Familienangehörigen und Verwandten aus der eigenen ethnischen Gemeinschaft, so dass Netzwerke der Versorgung und Unterstützung bestehen. Diese Netzwerkressourcen mildern bestehende Ängste und dienen der Einsamkeitsprävention. Die Menschen verstehen sich zudem als Schicksalsgenoss*innen, weil sie größtenteils alle der gleichen sozialen Schicht angehören bzw. im gleichen soziokulturellen Milieu leben, das nicht selten durch Armut, Marginalisierung und prekäre Lebensverhältnisse geprägt ist. Amira Khada (Herkunftsland Afghanistan) gab im Interview zu verstehen: „Alle Menschen sind hier gleich.“

Auch die negativen Erfahrungen, die die Lebenswirklichkeiten im Uni-Center und in der Hustadt betreffen, werden in den Interviews deutlich ausgeführt. Als negativ werden folgende Aspekte erlebt:

Auffällig häufig wird von den Befragten das *fehlende Sportangebot* zur körperlichen Erholung als ein Faktor genannt, der die lokalen Lebenswirklichkeiten negativ bedingt. Ein Fitnessstudio im Uni-Center musste schon vor der Pandemie schließen. Ebenfalls fehlen Freizeit- und Sportangebote für Frauen. Auf der Wunschliste der Migrant*innen steht ein Schwimmbad, das der kulturellen Pluralität des Stadtteils Querenburg Rechnung trägt.

Ungleiche Geschlechterbeziehungen wurden von den befragten Frauen als eine der größten Herausforderungen beim Zugang zu Erholungsräumen benannt. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die Frauen den großen Teil der Care Arbeit in den oftmals kinderreichen Familien mit 4-6 Kindern übernehmen. Eine Unterstützung erhalten sie bei diesen Tätigkeiten von ihren Ehemännern kaum. Das Maß an Belastung der Frauen wird von Amira Khada als besorgniserregend im Hinblick auf die Gesundheit der Frauen beschrieben:

„Irgendwann kommt der Zeitpunkt, die Frau sagt: ‚Ok, ich kann das auch nicht mehr.‘ Dann wird sie auch kaputt und müde. Sie arbeitet die ganze Zeit für sich und ihre Kinder und vergisst sich selbst. Sie ist auch ein Mensch.“ (Amira Khada, Herkunftsland Afghanistan)

Besonders widersprüchlich beschreibt Amira die fehlende Unterstützung der durch Frauen geleisteten Care Arbeit angesichts der Situation, dass viele Männer aus ihrer Community, wie sie sagt, nicht arbeiten:

„Ich kenne viele Familien, die Frauen haben überhaupt nicht mal Zeit, dass sie für sich selbst als Person nicht normal in die Stadt gehen und Frauen Sachen machen. Beispiel, dass sie etwas Bestimmtes brauchen um zu kaufen. Sie sagt zu ihrem Mann: ‚Kannst Du mal bitte eine halbe Stunde oder eine Stunde mit den Kindern bleiben zuhause, damit ich was ich brauche, besorgen kann.‘ Er sagt: ‚Nein. Ich habe keine Zeit dafür, weil meine Freunde warten auf mich unten.‘ Was machen die Freunde? Die sitzen die ganze Zeit in Cafeteria und trinken Kaffee und labern die ganz Zeit über Sachen, die überhaupt nicht wichtig sind, also die verbringen einfach Zeit.“ (Amira Khada, Herkunftsland Afghanistan)

Eine Lösungsoption zur Veränderung der beschriebenen Geschlechterungleichheiten erscheint laut Amira nur durch externe Interventionen möglich, etwa durch staatliche Interventionen:

„Ja wenn der Jobcenter oder der neue Gesetz zeigt, dass jede Person, wirklich fast jede Person 4-6 Stunden arbeiten gehen muss. Also wenn der Mann seine Frau beim Haushalt und Kindern nicht hilft, dann sollte er arbeiten. Das ist gerechter so. Das muss nicht alles die Frau machen. Ok, wenn die Probleme bei Sprache gibt, der Mann keine Sprache kann und die Frau kann das, kann man auch wechseln. Die Frau arbeiten gehen, aber der Mann muss auch wirklich um den Haushalt und Kinder kümmern.“ (Amira Khada, Herkunftsland Afghanistan)

Im Kontext von Migration, Geschlecht und Behinderung entsteht hier angesichts fehlender aufsuchender Strukturen auf der Stadtteilebene eine mehrdimensionale Verletzbarkeit (vgl. Hutson 2010), die die prekäre Situation migrantischer Frauen, wie im folgenden Fall von Aischa Derwesch ausgeführt, noch weiter verstärkt. Aischa Derwesch ist 2015 mit ihrem tauben Mann und zwei taubstummen Kindern nach Deutschland geflüchtet und erhält bisher keine Unterstützung:

„Meine Kinder können nicht hören. Wenn ich nicht da bin und jemand die Tür kaputt machen würde, würden meine Kinder nichts mitbekommen. Ich bekomme keine Hilfe, um mir Geräte zu holen, zum Beispiel, eine Lampe, die leuchtet, wenn man bei uns klingelt. [...] Ich habe keine Möglichkeit, die Sachen zu kaufen. Mir wurde gesagt, dass ich sowas nicht bekommen darf. Aber ich weiß, dass behinderte Kinder sowas bekommen. Außerdem müsste die Mutter nicht zur Schule und zur Arbeit gehen, wenn sie ein behindertes Kind hat. [...] Ich muss zur Schule und zur Arbeit und andere Sachen machen. Ich habe drei Behinderte bei mir zuhause, nicht nur einen. Also meine Kinder können nicht hören und nicht reden. Vor ein paar Tage bin ich raus gegangen und habe den Schlüssel in der Wohnung vergessen. Ich saß eine Stunde vor der Tür. Meine Kinder waren am Schlafen und ich habe geklingelt, aber ohne Antwort. Ich habe eine Stunde gewartet, bis jemand die Tür aufgemacht hat. Ich bitte um Hilfe für meine Kinder. Sie brauchen viel Aufmerksamkeit, Geräte und andere Sachen. [...] Trotz des ganzen bekomme ich Briefe vom Jobcenter, worin steht, dass ich einen Sprachkurs besuchen muss. Als ich umgezogen bin, habe ich auch einen Brief bekommen, in dem Jobangebote waren und ich sollte einen Job wählen. Was sollen meine Kinder machen, wenn ich nicht zuhause bin?“ (Aischa Derwesch, 7 Monate in der Gegend)

Ebenfalls fehlt es an *Interaktionsräumen für Kinder und Jugendliche*. Insbesondere im Uni-Center. Die vorhandenen Spielplätze sind zu klein und nicht immer in der unmittelbaren Nähe zur eigenen Wohnung.

Aufgrund der *fehlenden Räumlichkeiten* im Uni-Center und in der Hustadt kann sich nur sehr schwer ein Gemeindeleben herausbilden, das die Gemeinschaft der lokalen Bevölkerung stärkt.

Es fehlt an öffentlich zugänglichen Treffpunkten, so dass sich die Menschen oft im Freien oder in Cafés treffen, um Gemeinschaftsbildung zu betreiben. Besonders die ethnische Gemeinschaft der Somalis ist auf der Suche nach einem großen Raum, in dem Zusammenkünfte und Feste ausgetragen werden können.

In den Interviews ist sehr oft die Rede von *überfüllten Müllcontainern* im Uni-Center, die offen herumstehen und frei zugänglich sind. Auch die Menschen, die nicht im Uni-Center wohnen, werden dort illegal ihren Müll entsorgen. Diese Müllproblematik und die damit einhergehenden unhygienischen Zustände führen zu einer Unzufriedenheit in der Nachbarschaft. Das hohe Müllaufkommen führt ebenfalls zur Erhöhung der Mietnebenkosten. Es werden zudem Lösungen für diese Problem diskutiert: Die Jugendlichen sollten von ihren Eltern besser erzogen werden. Ebenfalls soll der Gemeinschaft das Problem bewusst gemacht werden durch einen Aktionstag, bei dem die Gemeinschaft das Stadtviertel kollektiv vom Müll befreit und verschönert. Zudem wünschen sich die Bewohner*innen, dass die Eigentümer den illegalen Müllabläder*innen nachgeht und diese zur Rechenschaft zieht anstatt die Kosten auf die Bewohner*innen abzuwälzen.

Den Befragten ist sehr bewusst, dass das Uni-Center und die Hustadt in Bochum über einen eher schlechten Ruf bzw. über eine negative *territoriale Reputation* verfügen. Zunächst muss festgehalten werden, dass in den beiden Stadtteilen deutlich mehr Migrat*innen leben als Deutsche. Das Wohnen in diesen Stadtteilen ist bei einigen Befragten auch mit einem Schamgefühl besetzt. Dennoch ist beim Thema territoriale Reputation ein deutlicher Unterschied zwischen der Perspektive von außen und der Innenperspektive zu verzeichnen. Aus Sicht der Migrant*innen sind es eher die positiven Aspekte des Wohnens und des Lebens im Uni-Center und in der Hustadt, die von Außenstehenden nicht wahrgenommen werden. Bei der territorialen Reputation der Hustadt lässt sich in den letzten Jahren eine deutliche Transformation erkennen, die auf den Zuzug junger Familien und Student*innen sowie auf städte- und wohnungsbauliche Veränderungen zurückzuführen sind.

6.1.2 Die Perspektive der Stakeholder*innen

„Also die Stadt bemüht sich seit Kurzem die Leute zu vermischen, also damit es nicht zu Parallelgesellschaften beziehungsweise Segregation kommt, müssen die Menschen gemischt werden untereinander. Also die verschiedenen Ethnien, die verschiedenen Generationen, die verschiedenen Religionen, die verschiedenen Herkünfte und so weiter und so fort, um die Segregation zu vermeiden. Und da kann die Politik natürlich viel mehr ins Bewusstsein rufen, dass es zu einer Integration beziehungsweise zu dieser Durchmischung kommt.“ (Dimitri Kasparow, Stadt Bochum Integrationsrat)

„Dann, wenn wir sagen, in Bochum haben 40 % der Menschen, oder 35 % einen Migrationshintergrund. Und dann guckt: Wo sind die denn alle? Dann sind die da, wo der günstige und billige Wohnraum ist.“ (Emre Demirbay, Politiker Landtag NRW)

Die befragten Stakeholder*innen konnten in den geführten Interviews klare Determinanten artikulieren, die zur Ansiedlung der aktuellen Wohnbevölkerung in der Hustadt und im Uni-Center führten. Diese das Wohnen und die Integration betreffenden Strukturen und Muster im Kontext der Ansiedlung werden in diesem Kapitel genauer vertieft.

Die vermeintlich gegenläufigen urbanen Prozesse der *Segregation und Durchmischung* bilden eine zentrale Oberkategorie, weil es sich hierbei um zwei Dynamiken handelt, die durch diverse Stakeholder*innen zu einem gewissen Grad gesteuert werden können und müssen. Bereits in Kapitel 3 wurde darauf hingewiesen, dass die Verfügbarkeit von Wohnraum marktkapitalistischen Verwertungslogiken unterliegt, die auf dem Wohnungsmarkt für bestimmte Bevölkerungsgruppen exkludierend wirken. Somit kann es nicht verwundern, wenn in mehrheitlich gutbürgerlich geprägten Bochumer Stadtvierteln wie Weitmar, Stiepel und Ehrenfeld eine andere Bevölkerungsstruktur ansässig ist als in der Hustadt und dem Uni-Center. Migrant*innen aus den beiden Stadtquartieren weisen eine vergleichsweise hohe Abhängigkeit von wohlfahrtsstaatlichen Transferleistungen wie Grundsicherung, Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II (Bürgergeld) auf, so dass sich die Lebenswirklichkeit und der Habitus der lokalen Bevölkerung deutlich unterscheiden von Gutverdiener*innen und Menschen aus anderen Stadtteilen, die über ein ausreichendes Maß an sozialen, kulturellen und finanziellen Kapitalen verfügen. Kritik wird von den unterschiedlichen Stakeholder*innen in erster Linie an der wohnräumlichen Belegungspolitik der Stadt Bochum geübt, die in der Vergangenheit zur Verfestigung der örtlichen Bevölkerungsstruktur maßgeblich beigetragen hat. Ein auf nordrhein-westfälischer Landesebene tätiger Politiker führte dazu Nachstehendes aus:

„Und da aus der Wohnung eine Erlaubnis zu bekommen rauszuziehen, wenn sie da erst einmal wohnen, ist eigentlich so gut wie in Bochum unmöglich, weil das Amt einem solchen Umzug und Wegzug gar nicht zustimmen würde, weil der neue Wohnraum deutlich teurer ist. Sie haben einen bestimmten Mietquadratmeter, der die Stadt übernehmen würde oder die

Sozialbehörde oder das Jobcenter. Das heißt, auch wenn sie wollten, wenn sie in Transferabhängigkeit sind, kommen sie aus der Wohnumgebung gar nicht mehr raus. Das ist eigentlich unmöglich in Bochum. Gerade als Sozialhilfeempfänger, gerade die Alleinerziehenden mit Kindern sind ja auch in SGB II. Das heißt, wenn sie einmal dort wohnen, kommen sie da nicht mehr weg, weil es kaum Möglichkeiten gibt. [...] Da kommt der Betonmischer und dann werden die dann einbetoniert in ihrer Armut und in ihrer Immobilität.“ (Emre Demirbay, Politiker Landtag NRW)

Die lokale Bevölkerungsstruktur dieser Migrant*innenviertel, so waren sich alle Befragten einig, habe sich in den letzten Jahren angesichts der Belegungspolitik sehr vereinheitlicht, so dass die beiden Bochumer Nachbarschaften für andere Bevölkerungsteile angesichts ihrer territorialen Reputation, ihrer urbanen Abkapselung und ihres „armutssegregierten sozialräumlichen Milieu[s]“ (El-Mafaalani & Strohmeier 2015: 36) an Attraktivität verloren haben. Eine Reihe von Interessenvertreter*innen gab auch an, dass Vermieter im privaten Sektor Personen mit Migrationshintergrund aufgrund vermeintlicher kultureller Merkmale diskriminierten: „.....einige Vermieter, mit denen ich spreche....., sagen: 'Ich vermiete nicht an Ausländer.....sie haben andere Gewohnheiten....sie gehen alle spät ins Bett; der ganze Flur stinkt (wenn sie kochen) und die Kinder sind wirklich laut'“ (, Mitglied des Landtags, Nordrhein-Westfalen).

Auch wenn der sogenannte Speckgürtel und die Professor*innensiedlung in der äußeren Hustadt sowohl für die Bediensteten der in unmittelbarer Nähe lokalisierten hochschulischen Bildungsinstitutionen (Hochschule Bochum, Ruhr-Universität Bochum, Technologie-Quartier Bochum, Hochschule für Gesundheit) als auch für Besserverdienende und ältere Menschen komfortable Einfamilienhäuser bereithalten, übt die innere Hustadt und das Uni-Center auf potenzielle Neuzuzügler*innen aus der Mehrheitsgesellschaft eine nur geringe Anziehungskraft aus. Diesen Sachverhalt kleidet auch ein Mitarbeiter der VBW Wohnen und Bauen in Worte:

„Derjenige der Bochumer, der mit der Hustadt konfrontiert wird, der sagt: ‚Nee, da ziehe ich nicht hin, weil da bin ich in einer Minderheit‘. Insofern, wenn da kein Interesse ist, und unser System ist eben tatsächlich, das auszuschalten im Bewerbungsprozess, dann füllt sich die Hustadt auch mit anderen Personenkreisen. [...] Trotzdem ist es eine Struktur, die ziemlich in Stein, also in Beton gegossen ist.“ (Klaus Hillmann, Wohnungsbaugesellschaft)

Gerade weil diese politisch und gesellschaftlich gesteuerten städtischen Segregationsmechanismen Hand in Hand gehen mit wissenschaftlich nachgewiesenen Diskriminierungserfahrungen von migrantisch gelesene Menschen auf einem übermäßig überhitzten Wohnungsmarktes (vgl. Hinz & Auspurg 2017) und einer unverkennbaren diasporischen Kettenansiedlung⁵, existieren auf lokaler Ebene Akteur*innen und Institutionen, die mit konkreten Maßnahmen regulierend

⁵ Ein Vertreter des Mietervereines Bochum e.V. äußerte sich dazu wie folgt: „Ganz ehrlich, wenn ich einen Migrationshintergrund hätte, das ist ja auch ein internationales Phänomen. Dieses altmodische ‚Gleich zu Gleich gesellt sich gern‘, das hat ja auch was. Ich mein, das berüht berüchtigte China Town oder was es für Viertel gibt. Das ist in Deutschland ja immer verpönt gewesen. Wir reden ja immer von gesunder Durchmischung von Siedlungen. Aber das ist ja auch eine bestimmte Form des Selbstbetrugs. In Stahlhausen haben sie halt eine starke türkischstämmige Community. Da fragt man sich auch: ‚Was ist daran schlimm?‘ Außer wenn da Integration schwierig wird. Da muss man sich als nächstes fragen: ‚Was heißt denn Integration?‘“ (Hermann Claus, Mieterverein Bochum e.V.)

und steuernd gegen eine Homogenisierung der Bevölkerungsstruktur vorgehen. Insbesondere die städtische Wohnungsbaugesellschaft VBW, die in der Hustadt circa 90 % der Gebäudekomplexe bewirtschaftet, ist an einer „gesunden Durchmischung“ der Siedlungen und an einer Eindämmung segregierter Lebens- und Wohnverhältnisse interessiert. Zu fragen bleibt nun: Welche Möglichkeiten und Strategien zur praktischen Umsetzung dieser Durchmischungsambitionen stehen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft VBW zur Verfügung? Zunächst muss aber darauf hingewiesen werden, dass die VBW eine wohnräumliche „Durchmischung“ schon dann als erfolgreich umgesetzt sieht, wenn in einem Gebäudekomplex Migrant*innen aus diversen Herkunftsländern leben. Somit kann auch nicht von einer ethnischen Segregation gesprochen werden, weil die Hustadt und das Uni-Center zweifelsohne von Menschen mit multiplen Herkünften und diversen Nationalitäten besiedelt wird. Für diese beiden Nachbarschaften ist eine so genannte *Super-diversity* (vgl. Vertovec 2007) charakteristisch. Schwieriger wird das Durchmischungsvorhaben, wenn es darum geht, Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft vom Zuzug in diese beiden Quartiere zu überzeugen. Schenken wir den Aussagen der Mitarbeiter*innen der Wohnungsbaugesellschaft VBW Glauben, spielen sowohl beim Bewerbungsprozess als auch bei der Vergabeentscheidung um eine Mietwohnung Merkmale wie Herkunft, Nationalität, Sprache etc. keine Rolle. Aus den oben bereits genannten Gründen werden die bei der Wohnungsbaugesellschaft VBW nur in recht geringer Anzahl freistehenden Wohnungen nicht von Mitgliedern der deutschen Mehrheitsgesellschaft nachgefragt, so dass oft nur Nachfragen von Menschen mit internationalen Biografien übrigbleiben. Internationale Dynamiken der forcierten Migration wie beispielsweise der *long summer of migration* (Bock/Macdonald 2019) im Jahr 2015, die Aufnahme von afghanischen „Ortskräften“ im Jahr 2021 und die Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten im Jahr 2022 intensivieren diese Tendenzen. Der finale Rettungsanker der Wohnungsbaugesellschaft VBW bei der praktischen Umsetzung der Durchmischung sind Student*innen. In den 1970er Jahren wurden in der Hustadt große Wohnungen für Familien gebaut, die bis zu 140 Quadratmeter Wohnfläche aufweisen. In diesen Wohnungen leben heute zumeist „kinderreiche“ Familien mit fünf bis acht Personen. Kommt es bei diesen Wohnungen zum Auszug bzw. zu einem kurzzeitigen Leerstand, werden diese Wohneinheiten von der Wohnungsbaugesellschaft VBW nach einem finanziellen und energetischen Abwägungs- und Begutachtungsprozess kernsaniert und baulich-infrastrukturell so verändert, dass sie bei der Weitervermietung für eine studentische Wohngemeinschaft geeignet sind. Die studentischen Wohngemeinschaften sind angesichts ihrer unmittelbaren Nähe zu den akademischen Bildungseinrichtungen und aufgrund des vergleichsweise kostengünstigen Preis-Leistungs-Verhältnisses für eine Mieter*innengeneration, die sich zwischen dem 20.

und dem 30. Lebensjahr befindet und zur Erzielung höherer Bildungsabschlüsse temporär auf Wohnkomfort verzichten kann, enorm attraktiv. Inwiefern mit diesem über die gezielte Ansiedlung von studentischen Wohngemeinschaften realisierten Durchmischungsprozess gleichzeitig ein Verdrängungs- und Gentrifizierungsprozess einhergeht, wird in der Zukunft genauer beobachtet werden müssen. Auch wenn die von der Wohnungsbaugesellschaft VBW ergriffenen Maßnahmen, Strategien und die daraus hervorgehenden Erfolge zur praktischen Umsetzung einer „gesunden Durchmischung“ der Wohnsiedlungen in der Hustadt kritisch begutachtet werden können, kann der VBW dennoch zugutegehalten werden, dass sie die Belange und Interessen ihrer Mieter*innen ernst nimmt und an der Bereitstellung und Aufrechterhaltung von qualitativ hochwertigen sowie nachhaltigen Wohnverhältnissen interessiert ist.⁶ Im Vergleich zu den Hochhaussiedlungen des Uni-Centers, die allesamt von dem Wohnimmobilienunternehmen Grand City Property betrieben werden, macht die Wohnungsbaugesellschaft VBW Gebrauch von Auswahlverfahren zur Durchmischung der Wohnbevölkerung. Grand City Property, das wird in Kapitel 6.2.2 deutlich, verfolgt mit der gezielten Aufnahme von transferleistungsabhängigen Migrant*innen eigene Strategien zur Durchsetzung ihrer ausschließlich wirtschaftlichen Interessen. Dass bei Grand City Property keine Bestrebungen zur Etablierung einer durchmischten Wohnbevölkerung im Uni-Center vorliegen, gibt auch ein Lokalpolitiker in einem Interview zu verstehen: „Die Auswahl trifft aber nicht die Stadt Bochum, sondern macht Grand City Property selbst. Und die nehmen jeden, egal wer da kommt. Und das ist das Problem.“ (Hans-Peter Schmitz, Stadt Bochum)

⁶ Ein Mitarbeiter der Wohnungsbaugesellschaft VBW verwies auf die äußerlichen Unterschiede bei Wohnimmobilien in der Hustadt und im Uni-Center, an denen genau zu erkennen sei, ob der Besitzer ein privater Investor oder das städtische Wohnungsbauunternehmen ist. Die an den Balkonen von privat bewirtschafteten Hochhäusern von den Bewohner*innen angebrachten Satellitenschüsseln, so führte er weiter aus, seien auch ein Indiz für Bewohner*innen mit migrantischem Hintergrund. Hierzu führte er im Interview aus: „Allein die Anzahl der Satellitenanlagen, die bei uns sind und die an diesem einen Blog sind, ist diskriminierend. Und zwar nicht, weil ich jetzt das Recht auf Meinungsfreiheit einschränken will. Aber es ist diskriminierend, weil Satellitenanlagen an Hochhäusern immer auf eine ganz bestimmte Gruppe von Menschen hindeuten. [...] Ich sage das ganz bewusst, dass ein solches Haus von außen wahrnehmbar als ein Haus voller Migranten wahrgenommen wird. Und wenn sie an einem Haus 150 Satellitenschüsseln sehen, dann leben in diesem Haus 150 verschiedene Nationalitäten“ (Klaus Hillmann, Wohnungsbaugesellschaft). Die Ethnologin Dorle Dracklé, die sich mit der transnationalen Mediennutzung von Migrant*innen beschäftigt hat, gibt zu diesem Phänomen Folgendes zu verstehen: „Verschiedenste Metaphern werden benutzt, um jeweils zwei Pole auszumachen und die Diskussion dazwischen aufzuspannen: »Abgrenzung und Integration«, »Assimilation und Segregation«, »Inklusion und Exklusion«, »Getto und Integration«, »kulturelle Zersplitterung und virtuelle Identität, »Autonomie und Gängelung«, »Brückenschlag oder Barriere«. Die Frage, die hinter diesen Diskussionen steht, ist, ob der Gebrauch von Medien der Herkunftsländer Integration in die Einwanderungsgesellschaft ermöglicht oder verhindert.“ (Dracklé 2007: 196). Aus unserer Forschung geht hervor, dass das Vorhandensein oder Nicht-Vorhandensein von Satellitenschüsseln nicht der ausschlaggebende Faktor für das Fernbleiben der Mehrheitsgesellschaft zu sein scheint. Denn die Mehrheitsgesellschaft bleibt sowohl den Wohnungen der Problemimmobilien mit ihren Satellitenschlüsseln fern als auch denen der VBW, wo das Anbringen untersagt ist.

6.1.3 Vergleichsperspektive

Eine Auffälligkeit, die beim Vergleich der Aussagen der Bewohner*innen und der Stakeholder*innen unmittelbar ins Auge fällt, ist folgender Sachverhalt: während die Migrant*innen aus einem alltagsweltlichen Blickwinkel die Vor- und Nachteile ihre Lebensbedingungen skizzieren, beleuchten die Stakeholder*innen die makrostrukturellen Bedingungskonstellationen, die zu einer Homogenisierung der Bevölkerungszusammensetzung führen. Hierzu gehören die für Migrant*innen exkludierend wirkenden Mechanismen der kommunal und gesellschaftlich gesteuerten Ansiedlungspolitik sowie strukturelle Diskriminierungsformen auf dem Wohnungsmarkt. Auf diese Weise entstehen armutssegregierte und mit einer negativen territorialen Reputation ausgestattete sozialräumliche Quartiere erst entstehen könne, deren innere Logik eine Integration und Teilhabe an mehrheitsgesellschaftlichen Ressourcen und Gütern eher verhindern.

6.2 Herausforderungen im Bereich Wohnbedingungen und Unterkunft

In diesem Kapitel werden die zentralen Ergebnisse zu den Wohnbedingungen und den damit einhergehenden Erfahrungen vorgestellt. Eine Zentralstellung besitzen die menschenunwürdigen Wohnbedingungen, die vor dem Hintergrund einer maroden und über Jahre vernachlässigten Infrastruktur bei den Hochhaussiedlungen betrachtet werden. Turbokapitalistische und von privatwirtschaftlich betriebenen Immobilienunternehmen installierte Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnisse, die die prekäre Situation der von staatlichen Transferleistungen abhängigen Migrant*innen ausnutzen, werden ebenfalls analysiert.

6.2.1 Die Perspektive der Bewohner*innen

Wie bereits in Kapitel 4 erwähnt, unterscheiden sich die Wohnbedingungen in den beiden Nachbarschaften Uni-Center und Hustadt in Bezug auf eine höhere Anzahl sozialer Einrichtungen in der Hustadt und eine bessere Einzelhandelsinfrastruktur im Uni-Center. Diese beiden Vorteile werden auch im Rahmen der Bewohner*innenbefragung benannt. Im Uni-Center wird zudem die primärversorgende medizinische Infrastruktur mit ihren acht Ärzt*innen positiv wahrgenommen, wenn auch die Qualität der Ärzt*innen in Bezug auf fehlende Diversitätssensibilität bemängelt wird.

Die Ergebnisse zeigen zudem, dass der Zustand des Wohnraums und die Erreichbarkeit der Vermieter*innen für Reparaturen in den VBW Wohnungen der Hustadt als recht gut und im

Uni-Center hingegen überwiegend als sehr schlecht dargestellt wird. Aber auch innerhalb der Hustadt bestehen Unterschiede zwischen den VBW Wohnungen und Wohnungen im Privatbesitz. Insbesondere die Wohnungen von Peach Property sind teilweise in einem sehr schlechten Zustand mit Schimmelbefall, offenen Kellern, einem konstanten Müllproblem und überhöhten Heizkosten-Nachzahlungsforderungen. Die Befragten aus der somalischen Community nahmen den Zugang ihrer Community zu den VBW Wohnungen als erschwert wahr. Sie erwähnen in den Interviews mit den Stadtteilmforscher*innen, dass die VBW „Studierende bevorzugen würde“. Sie stellen zudem dar, dass sich trotz vieler Bemühungen um Wohnungen in der Hustadt bisher nur sehr wenige somalische Familien Zugang zu einer VBW Wohnung erhalten haben. So sagte Amir Khada in einem Interview, dass sie (die Somali Community) lediglich zu den (*Peach Property: Anmerk. der Autorin*) Wohnungen Zugang hätte, „die niemand möchte wegen schlechten Zustands. Wir Somalis nehmen sie dann.“ (Amir Khada, Herkunftsland Afghanistan)

In den Wohnungen am Hustadtring, die nicht in VBW Besitz sind, wohnen neben somalischen Familien auch alleinstehende somalische Frauen, die vor häuslicher ehelicher Gewalt geflüchtet sind. Das größte Problem in diesen Wohnungen wird von den Befragten in den erhöhten bzw. nicht nachvollziehbaren Heizkosten-Nachzahlungen von 2000 bis 7000 € erkannt. Die somalischen Mieter*innen stellen diese nicht nachvollziehbaren Nachzahlungen aus Sorge vor damit einhergehenden aufenthaltsrechtlichen Problemen in Form von Abschiebungen nicht infrage. Die Eigentümer*innen binden sie somit in jahrelange Ratenzahlungsverträge. Ist einer dieser Ratennachzahlungsverträge nach mehreren Jahren abbezahlt, wie im Falle von Fadumo Mohamed (Herkunftsland Somalia, 9 Jahre in der Gegend), wird sogleich der nächste vereinbart. Zur Ergänzung der von den Stadtteilmforscher*innen durchgeführten Interviews wurde gemeinsam mit einer Stadtteilmforscher*in und einer Ethnographin kurze ergänzende narrative Gruppen- und Einzelinterviews ohne Tonbandgerät durchgeführt. Die dabei befragten alleinstehenden somalischen Frauen waren aus gewaltvollen Ehebeziehungen geflüchtet, ein nicht seltener Fluchtgrund für somalische Frauen, die im Herkunftsland oder auch im Ankunftsland vergewaltigt und mehrfach sexuell missbraucht wurden. Letztere leben in äußerst prekären Lebenssituationen wie etwa Sophia, die eine Wohnung in der Nähe der somalischen Community suchte, jedoch statt einer Ein-Zimmer-Wunschwohnung bei der VBW nur eine Zwei-Zimmerwohnung in einer der Immobilien im Privatbesitz am Hustadtring erhielt. Hier zahlt sie von ihrem 900 € Gehalt 600 € Miete, so dass ihr 300 € für alle anderen monatlichen Kosten zur Verfügung stehen. Aus mangelndem Wissen hat Sophia weder Wohngeld noch Transferleistungen beantragt, obwohl sie rechtlich darauf Anspruch hätte. So verzichtete sie etwa auch auf

eine nicht zurückgezahlte Kaution aus einer vorherigen Wohnung. Sophias Tagesablauf sieht so aus, dass sie vormittags einen Deutschkurs besucht und im Anschluss täglich bis 20:00 als Reinigungskraft bei der Stadt Bochum arbeitet. Diese prekäre Situation entsteht aus einer Mischung aus Angst vor Abschiebung und Unkenntnis, wie Sophia erklärt:

„Am 10. des Monats kann ich mir kein Essen mehr kaufen, aber ich zahle immer alle meine Schulden, denn ich möchte keine Probleme⁷.“ (Sophia Ismail)

Auch diese Interviews mit alleinstehenden Frauen zeigen sehr deutlich, dass Frauen im Vergleich zu Männern einem hohen Maß an Vulnerabilität ausgesetzt sind (siehe auch Kapitel 6.3.2). Insgesamt bevorzugten sechs der 20 Befragten Interviewpartnerinnen ihre jetzige im Vergleich zur vorherigen Wohnung. Insbesondere die befragten kinderreichen Mütter betonen dabei die Größe der Wohnungen als vorteilhaft. Die Aufteilung der Wohnung hingegen wurde oftmals als problematisch dargestellt, etwa im Fall einer 150 m² Wohnung, die in zwei Zimmer aufgeteilt wurde und in der eine sechsköpfige Familie wohnt. Auch die gute Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel wurde insbesondere im Uni-Center positiv hervorgehoben.

In den Wohnungen, die nicht im VBW Besitz sind, kommt es neben den oben genannten unverhältnismäßig hohen Nachzahlungen von Seiten der Eigentümer auch zu einer Vernachlässigung bei Reparaturaufträgen. Insbesondere der Umgang des in Berlin ansässigen Vermieters Grand City Property wird als sehr problematisch dargestellt, wie Berfin Demir deutlich zum Ausdruck bringt:

„Muss ich fast halbe Stunde am Telefon sprechen. 10-15 Minuten, bis sie meinen Namen auf dem Computer sehen. Muss ich Namen, oder Geburtsort und so weiter. [...] Manchmal habe ich keine Mietnummer dabei, dann muss ich den Namen geben und die suchen ja fast 10-15 Minuten und die finden das nicht. [...] Ok, wenn die auch finden, Beispiel: Vor einem Monat, mein Handwaschbecken, das läuft dazwischen das Wasser. Ja, undicht. Eine Woche lang da kam kein Mitarbeiter. Ich habe jetzt selbst gemacht, ich und mein Mann. Haben wir die Handwaschbecken rausgeholt. Weil ich habe Waschmittel und sowas reingemacht und das hat nicht funktioniert. Da mussten wir die Waschbecken und alles raus und dann haben wir das Problem gelöst. Haben das selber gemacht. Also die Mitarbeiter, also wirklich um ehrlich zu sein, die sind überhaupt nicht hilfreich und trotz dass wir mehr als 12 Jahre Mieter in der Wohnung. [...] Die Vermieter sind überhaupt nicht hilfreich. Trotz, dass sie bekommen jeden Monat ihre Miete. Jeden Monat pünktlich ohne, dass ein Cent fehlt.“ (Berfin Demir, Herkunftsland Irak, 12 Jahre in der Gegend)

Migrant*innen sind hier doppelt belastet, da neben einer äußerst schweren Erreichbarkeit des Vermieters, Sprachbarrieren die Kommunikation erschweren, wie von Bahar Marf beschrieben:

„Da ich die deutsche Sprache nicht beherrsche, muss ich erst jemand anderen Bescheid sagen und das dauert meistens. Bei Problemen frage ich Freunde um Hilfe, da dies für mich viel einfacher ist und öfter schneller funktioniert, als wenn ich jemanden erst mal rufen müsste.“ (Bahar Marf, Herkunftsland Irak, 12 Jahre in der Gegend)

⁷ Ohne das Sophia hier explizit drauf hinweist meint sie mit dem Statement, dass sie keine Probleme möchte ihre Angst vor Abschiebung. Dies wurde so von der Befragenden Stadteilforscherin interpretiert.

Wohnungsprobleme werden oftmals von Kindern gelöst, die für ihre Eltern dolmetschen. Zudem werden Reparaturen in Rechnung gestellt, obwohl dies im Mietvertrag nicht vermerkt ist. Daher gehört es zur sozialen Praxis vieler Mieter*innen, Reparaturen selber vorzunehmen:

„Genau, und wenn die Verwaltung nicht weitergeholfen hat, dann haben wir uns selbst, selbst unter Freunde gefragt: Wer kann das reparieren? Dann haben wir das selbst gemacht. Es ist halt schwierig mit denen.“ (Ruba Najie, Herkunftsland Türkei, 21 Jahre in der Gegend)

Des Weiteren beschreiben die von uns Befragten, die nicht in VBW Wohnungen leben, dass die Wohnungsmiete nicht die Nutzung bzw. die Inanspruchnahme eines Kellers garantiere, weil diese extra vermietet werden und somit nicht verfügbar seien. Dies würde großen Platzmangel in den Wohnungen erzeugen und sei im Vertrag so nicht vereinbart. Nicht abschließbare Kellertüren und verschmutzte Flure mit alter Farbe werden dabei zu Angsträumen, wie Aischa Derwesch es beschreibt: „Es kommen Typen rein, ich weiß nicht, die rauchen drin, mitten in der Nacht.“ Die offenen Türen führen zudem zu Fahrraddiebstahl, wie von Aischa Derwesch, Kurdish berichtet:

„Ich habe hier Angst, weil die Haustür, Kellertür immer auf sind! Das Fahrrad war im Keller, da die Tür immer auf ist, kamen fremde Menschen, trafen sich im Keller und rauchten! Sie haben bestimmt das Fahrrad geklaut!“ (Aischa Derwesch, Syrien, 7 Monate in der Gegend)

Darüber hinaus besteht sowohl im Uni-Center als auch in den Bereichen der privaten Wohnungen in der Hustadt ein Müllproblem:

„Es ist dreckig und stinkt. Der Hausmeister muss kontrollieren, ob der Putzkraftmitarbeiter richtig putzt. Ich habe einmal darauf geachtet und gesehen, dass der Putzmann nur 2 Lappen für das ganze Gebäude benutzt, was ich nicht richtig finde.“ (Aischa Derwesch, 7 Monate in der Gegend)

6.2.2 Die Perspektive der Stakeholder*innen

„Ich habe im Laufe meines Lebens schon in mehreren Bereichen rund um Integration gearbeitet. Deswegen habe ich auch, glaube ich, viele Erkenntnisse gewinnen können, die mir auch in meiner heutigen Arbeit helfen. Und es ist in der Tat so, dass für Vermieter Menschen, die sich nicht wehren können, sage ich mal, dass diese Menschen sehr willkommen sind. Insbesondere ist auffällig, dass es Vermieter sind, die im Ausland ihre Holdings haben und die sich ohnehin nicht dafür interessieren, ob vor Ort eine Gemeinschaft gut funktioniert oder nicht.“ (Enver Kerem, Stadt Bochum).

Wie bereits im Kapitel 6.1 erwähnt wurde, unterscheiden sich die Wohnverhältnisse zwischen den durch Privatinvestoren bewirtschafteten Problemimmobilien und den von der stadteigenen

Wohnungsbaugesellschaft VBW betreuten Wohnsiedlungen in den beiden Nachbarschaften eklatant. Da die Wohnsituation in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis zu den lokalen Integrationsdynamiken steht, wird in diesem Kapitel in erster Linie ein Fokus auf die Wohnbedingungen in den Problemimmobilien gelegt, die von Grand City Property und Peach Point verwaltet werden. Um eine detaillierte Betrachtung der vor Ort lokalisierbaren Problemlagen in den Bereichen Wohnen und Integration zu gewährleisten, werden folgende Oberthemen diskutiert: *Marode Wohninfrastruktur, Kommunikation mit dem Vermieter, Fehlender Wille zum Aufbegehren* und *kapitalistischen Verwertungsinteressen*.

In einer Vielzahl der Interviews mit den Stakeholder*innen, zu denen auch Mieter*innen der Problem-Immobilien zählen, wurde die marode Infrastruktur der Liegenschaften thematisiert, die einerseits auf die veraltete Bestandsstruktur der zu Beginn der 1970er Jahre erbauten Häuser zurückzuführen ist. Andererseits werden anfallende Reparaturmaßnahmen nur dann umgesetzt, wenn sicherheitstechnische Mängel vorliegen oder wenn der Bezirksbürgermeister gemeinsam mit Vertreter*innen des Ordnungsamtes, der Polizei, der Presse und der Feuerwehr zur Ortsbegehung bittet, bei der auf die eklatantesten Missstände aufmerksam gemacht wird. Weil seitens der beiden börsennotierten Immobilien-Unternehmen jeglicher Investitionswille zur Behebung der maroden Infrastruktur fehlt, werden die lokalen Wohnverhältnisse und Lebensbedingungen charakterisiert von Verfallszuständen, die von den vor Ort unregelmäßig tätigen und nur bedingt ansprechbaren Mitarbeiter*innen des Wohnimmobilienunternehmens argumentativ mit einer Hinhaltestrategie verwaltet werden. Zu den am häufigsten monierten Missständen im Uni-Center zählen:

- Defekte Aufzüge: Dies hat zur Folge, dass immobile Menschen über Tage und Woche ihre Wohnungen nicht verlassen können. Da zumeist nur ein Aufzug intakt ist, kommt es für die Bewohner*innen zu enormen Wartezeiten. Durch eine verstärkte Nutzung des Treppenhauses wird diesem Problem begegnet. In der Hustadt berichtete eine Bewohnerin etwa, dass der 12 Monate dauernde Defekt des Fahrstuhls dazu führte, dass ihr an den Rollstuhl gefesselter 14-jähriger Sohn in der gesamten Zeit nicht zur Schule gehen konnte.
- Defekte Türen und Fenster: Die Türen und Fenster in den Wohnungen sind aufgrund ihres Alters verzogen und lassen sich deshalb nicht ganzheitlich schließen. In der Regel bestehen die Türen aus Pressspan, so dass Scharniere aufgrund der langen Nutzungsdauer ausgebrochen sind.

- Defekte Klingel- und Schließanlage Eingangstür: Die Haupteingangstür steht die meiste Zeit offen, weil der elektrisch betriebene Türöffner defekt ist. Dieser Sachverhalt führt zu einem diffusen Unsicherheitsgefühl, da auch Fremde problemlos Zugang haben. Die Entwendung von Feuerlöschern im Treppenhaus und die Nutzung der Dachfläche als Jugendlichentreff ist die Folge.
- Müllproblematik: Wie bereits in Kapitel 6.1 ausgeführt, wird im Untergeschoss des Uni-Centers und am Hustadtring bei Peach Property Häusern der Müll wahllos abgelegt, so dass es zu unhygienischen Folgeerscheinungen und Geruchsbelästigungen kommt. Die öffentlich zugänglichen Müllcontainer laden auch nicht in der Immobilie wohnende Menschen dazu ein, hier ihren Müll abzulegen.
- Defekte Wasserrohre: Beim Wasserrohrsystem in den Versorgungsschächten hat sich über die Jahrzehnte die Isolierung abgelöst. Zudem sind Wasserrohrbrüche keine Seltenheit. Darüber hinaus beklagen sich einige Mieter*innen über eine verstärkte Legionellenbelastung.
- Die Bewohner*innen berichten von einer massiven Rattenplage und von Ratten, die durch die Sanitäreanlagen in die Wohnungen kommen.

Den im Uni-Center lebenden Mieter*innen stehen für die Meldung dieser und weiterer Schäden bei der Bausubstanz nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Verfügung. Ein Großteil der Bewohner*innen verfügt über eine Telefonnummer, über die Grand City Property in Berlin eine Art Beschwerdemanagement betreibt. Am anderen Ende der Leitung sitzen geschulte Mitarbeiter*innen eines Callcenters, die die Anrufe entgegennehmen und nur bedingt über lokalspezifische Kenntnisse verfügen. Nicht selten konnten die Befragten den Eindruck gewinnen, dass sowohl die Servicemitarbeiter*innen bei der Beschwerdeline in Berlin als auch das temporär vor Ort Mieter*innensprechstunde anbietenden Personal mit der Situation insgesamt überfordert ist. Handelt es sich um bauliche Mängel, die mit einem überschaubaren Kostenaufwand behoben werden können, werden in der Regel Handwerker*innen geschickt, die jedoch die anfallenden Arbeiten nicht zur Zufriedenheit der Bewohner*innen ausführen. Kritisiert werden die nicht vorhandene und sicherlich auch zu einem gewissen Grad nicht gewollte direkte Kommunikation mit der Vermieterseite sowie eine fehlende Verlässlichkeit, die sich negativ auf das Verhältnis zwischen Mieter*innen und der Hausverwaltung auswirken. Eine engagierte Stakeholder*in, die auch seit mehreren Jahrzehnten im Uni-Center wohnt, äußerte ihre Unzufriedenheit im Interview wie folgt:

„Und als Grand City Property anfing, ging das alles nicht. Und ich habe ellenlange Briefwechsel mit dem Herrn T. gehabt und immer hat er sich neue Sachen ausgedacht, was die eigentlich gemacht hätten und so mit vielen Worten. Aber jeder wusste, dass eine neue Heizung rein musste. Aber ständig diese Lüge, dieses Hinhalte, dieses nächstes Jahr bekommen sie neue Fenster. [...] Auch die Fenster sind undicht bei mir. So, da wird eine Firma beauftragt. Als ob die willens wären, etwas zu tun. Es ist nur, die bemühen sich immer. Also Grand City Property ist das wandelnde Bemühen. Nur es passiert nichts.“ (Silke Ludwig, Bewohnerin)

Wie aus diesem Interviewausschnitt ersichtlich wird, fordert hier eine Bewohnerin, die zur deutschen Mehrheitsgesellschaft gehört und für die das Formulieren von Beschwerdebriefen in deutscher Sprache kein Problem darstellt, ihre Rechte ein, die ihr als selbstzahlende Mieterin zustehen. Beim Großteil der in Problem-Immobilien lebenden Migrant*innen, die in einer Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen wie Grundsicherung, Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II (Bürgergeld) stehen, lassen sich jedoch andere Verhaltensmuster erkennen. Bei den migrantischen Bewohner*innen dominieren bei der Kommunikation mit dem Vermieter in erster Linie Gefühlszustände wie Angst, Ohnmacht und Scham. Der Wille, gegen die vorhandenen Missstände und Varianten der Diskriminierung aufzubegehren, ist aus diversen Gründen vergleichsweise gering ausgebildet. Die fehlenden Sprachkenntnisse, eine Systemunvertrautheit sowie Vorbehalte und Beklommenheitsgefühle gegenüber bürokratisch-behördlichen Prozessen führen zu regelrechten Angstzuständen bei den Migrant*innen, wenn die Postbot*innen Briefe vom Immobilienverwaltungsunternehmen zustellen.⁸ In den Befragungen wurde dieser Sachverhalt gleich von mehreren Personen folgendermaßen ausgeführt:

„Das finde ich dann besonders frech. Und wenn ich sehe, wer bei uns im Haus wohnt, das sind Migranten, das sind Menschen, die sowieso größtenteils für die letzten Ärsche gehalten werden und irgendwie am Rande der Gesellschaft gesetzt sind. Wenn wir in Stiepel wohnten, dann würde wir nicht so behandelt werden. So, wenn ich dann so sehe, wie die auch vom Verhalten irgendwie erschreckt werden und dann überhaupt nichts mehr tun. [...] Und wenn ich diesen Ton, in dem dieser Brief geschrieben worden ist, die haben alle Angst. Ich weiß, dass die Leute Angst kriegen. [...] Und wie die Menschen sich fühlen und die hatten Angst, wenn die irgendetwas Negatives sagen, dass die sofort wieder zurückgeschickt werden oder was weiß ich. Und damit arbeiten die. Und ich fuchsteufelswild, da konnte ich heulen vor Wut.“ (Silke Ludwig, Bewohnerin)

⁸ Ganz allgemein können Ängste, Befürchtungen und Unbehagen festgestellt werden, wenn Briefe von Institutionen wie dem Immobilienunternehmen, dem Jobcenter oder der Ausländerbehörde die Bewohner*innen dieser beiden Nachbarschaften erreichen. Ein Befragter führte dazu im Interview aus: „Ja, genau, die hassen die Post. Die sind froh, wenn nichts im Briefkasten ist, und wir freuen uns, wenn ein Freund eine Postkarte geschrieben hat zum Geburtstag irgendwie. Ich bin ja auch jemand, der Briefe noch schreibt und Postkarten zum Geburtstag oder zu besonderen Anlässen macht. Aber die Menschen, die aus diesen Ecken kommen, hassen die Post. Die hassen Briefe, weil meistens ist es, weil sie zu schnell gefahren sind. Oder das Jobcenter die Kohle kürzt oder ein blauer Brief von der Schule kommt oder weiß der Geier was. Sie haben ja auch keine guten Assoziationen zur Post. Wenn Post kommt, ist das immer Arbeit. Antrag ausfüllen, gekürzt oder sonst was irgendwie.“ (Emre Demirbay, Politiker Landtag NRW). Dass diese Ängste vor den Postsendungen der Behörden wie etwa dem Jobcenter und dem Sozialamt keinesfalls unbegründet und von diesen staatlichen Organisationen durchaus bewusst erzeugt werden, hat die Journalistin Anna Mayr dokumentiert (Mayr 2022: 9).

Eine im Uni-Center tätige Sozialarbeiterin, die sich größtenteils um die alltäglichen Probleme und Belange der Migrant*innen kümmert, erkennt ebenfalls ähnliche Verhaltensweisen im Umgang mit der Briefkommunikation:

„Den Migrant*innen ist diese Problematik nicht bewusst. Diejenigen, die zu mir kommen oder zu dir, dann kommen die mit den Briefen der Vermieter. Viele wollen nicht wissen und wollen es nicht verstehen, warum die Miete steigt, warum der Fahrstuhl nicht funktioniert, warum dies und das gemacht wird. Sie beschäftigen sich mit diesen Fragen kaum bis gar nicht. Was für viele oder für alle wichtig ist, dass die Miete bezahlt wird vom Jobcenter und vom Sozialamt. Und dann kriegen die von den Ämtern Briefe zurück, dass dann der Vermieter falsch berechnet hat, das nicht übernimmt oder zu viel fordert. Das wird alles zum Stress.“
(Galina Kusnezow, Sozialarbeiterin vor Ort)

Eine zur deutschen Mehrheitsgesellschaft gehörende Stakeholder*in, die ebenfalls seit Jahrzehnten ihren Lebensmittelpunkt im Uni-Center besitzt, bietet im Seniorenbüro Süd ehrenamtlich einmal in der Woche einen Literaturzirkel und einen Konversationskurs für russischsprachige Migrantinnen an. Aus den Gesprächen und dem regelmäßigen Kontakt zu dieser Community zieht sie ebenfalls folgende Schlussfolgerungen im Interview:

„Wenn eine Institution die Miete zahlt, ist das für den Mieter bequem. Der Mensch ist bequem. Das läuft. Und wenn er nichts sagt, passiert alles, was passieren muss. Und er hat seine Ruhe. Das ist ein Grund, warum nicht aufgemuckt wird. Der zweite Grund ist, glaube ich, nicht die Sprache. Auch nicht die Sozialisation direkt, sondern es ist die Angst. Also ich bin erschüttert wie diese hoch gebildeten, lebenserfahrenen jüdischen Menschen, aber auch andere, Angst haben. Das liegt natürlich an ihren Erfahrungen im Leben. Und die Angst vor Institutionen und vor Ämtern ist unvorstellbar groß.“ (Sophia Blankenberg, Bewohnerin)

Ganz allgemein haben die interviewten Stakeholder*innen die offensichtliche und intentionale zu Anwendung gebrachte Strategie der Verwaltungsfirmen durchschaut, die gezielt die Schamgefühle, Ängste, Sprachschwierigkeiten und Handlungsunsicherheiten der nur sehr eingeschränkt mündigen, von sozialen Transferleistungen abhängigen und zum Aufbegehren nicht fähigen Migrant*innen im Uni-Center für ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen ausnutzt. Die Ambitionen, konkrete Mieter*innenrechte – hier verstanden als grundlegende und konsensual vereinbarte Rechte zur gesellschaftlichen und chancengleichen Teilhabe aller Menschen an gesellschaftlichen Ressourcen – einzufordern, ist bei den Migrant*innen aus mehreren Gründen ebenfalls nicht zu beobachten. In erster Linie sind die im Rahmen der Sozialisation in den Herkunftsländern gemachten Erfahrungswerte für den fehlenden Willen zum Aufbegehren gegen inakzeptable Wohnverhältnisse ursächlich. Menschen, die sich über Jahre und Jahrzehnte mit politisch gelenkten Repressalien und machtasymmetrischen Unterdrückungsinstrumenten im alltäglichen Leben arrangieren mussten, denken und handeln auch nach der Migration noch unter Einfluss des sozialen Navigationssystems der unlängst verlassenen Unrechtsstaaten und totalitären Regime, weil sie diese Erfahrungen verinnerlicht haben. Für Migrant*innen mit derartigen lebensgeschichtlichen Vorerfahrungen und kulturellen Vorprägungen stellt es eine nahezu nicht zu bewältigende und systemische Hürde dar, wenn sie von ihren in Deutschland

sozialisierten Mitbewohner*innen und Nachbar*innen aufgefordert werden, ihre Rechte als Mieter*innen gegenüber den Haus-Verwaltungen zu artikulieren und einzufordern. Unter anderem sind Verhaltensweisen wie das Aufbegehren, das Empören, das Protestieren und das Auflehnen bei jener Bevölkerungsgruppe mit durchweg negativen Assoziationen und Gefühlen belegt, weil diese sozialen Praxisformen in den totalitären Heimatstaaten eine Ursache für Flucht, Vertreibung und Traumatisierung waren. Protest-, Emanzipations- und Demokratiebewegungen wie etwa der Arabische Frühling, der Euromaidan, die zivilen Proteste in Syrien oder die Russische Verfassungskrise im Oktober 1993 sind Beispiel aus der Vergangenheit, die Menschen aufgrund ihrer Erfahrungswerte eher zu einer zurückhaltenden und die problematischen Wohnverhältnisse erduldenen Position bewegen. Die reziproken Interdependenzen zwischen den Einstellungen bzw. den Denkweisen der gesellschaftlich marginalisierten sowie mit wenigen Handlungskompetenzen ausgestatteten Migrant*innen im Uni-Center und den turbokapitalistischen Verwertungsstrategien der Immobilienverwaltungsunternehmen benennt ein Mitarbeiter des Mietervereins Bochum e.V. im Interview sehr deutlich:

„Eine Barriere ist die Bereitschaft [...]. Das Gros der Menschen möchte einfach in Frieden leben. Ich denke mal, deshalb funktionieren auch die Torturen gut, dass sich die Mieter gut arrangieren können am Ende des Tages. Deshalb funktionieren auch so Geschäftsmodelle. Wenn die Menschen aus Kulturkreisen kommen, wo man es einfach auch nicht kennt. [...] Das Aufbegehren oder zu sagen: ‚Hallo, ihr bekommt Geld für eine Dienstleistung und wenn ihr die nicht erbringt, dann haben wir ein Problem miteinander‘. Das ist aber wirklich sehr sehr weit verbreitet.“ (Hermann Claus, Mieterverein Bochum e.V.)

Folglich erkennen die interviewten Stakeholder*innen ein willentlich herbeigeführtes und politisch geduldetes Ausbeutungsverhältnis, bei dem sowohl die Positionierung der migrantischen Bewohner*innen am Rande der Gesellschaft als auch deren eingeschränkten Handlungs- und Gestaltungsoptionen eine wesentliche Basis für die Aufrechterhaltung eines ausbeuterischen Geschäftssystems ist, das an einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Bereitstellung adäquater Wohnverhältnisse kein Interesse zeigt. Bereits am Ende von Kapitel 6.1.2 wurde angedeutet, dass die Hausverwaltungen der Problem-Immobilien im Vergleich zu der Wohnungsbaugesellschaft VBW größtenteils Mieter*innen in ihren Immobilien präferiert, deren Mietkosten aus Steuergeldern bezahlt werden. Das etablierte kapitalistische System des in den Befragungen oft genannten „Miethais“, das sich durch eine maximale Profitorientierung bei minimaler Investitionsbereitschaft in die wohnbauliche Infrastruktur auszeichnet, diskriminiert, stigmatisiert und marginalisiert nicht nur die Bewohner*innen im Uni-Center und in der Hustadt, sondern bedient sich mit einer ausbeuterischen Vorgehensweise recht ungeniert am Gemeingut der Steuerzahler*innen der Stadt Bochum. Dieses private Investorenmodell generiert mit dem Kauf von ehemals in städtischem oder gemeinnützigem Besitz befindlichen Immobilien einen gesicherten

Cashflow, der durch öffentliche Mittel wie soziale Transferhilfen und Wohngeld aufrechterhalten wird. Die generierten Finanzmittel werden durch den privaten Investor einerseits aus dem System herausgesogen und anderweitig verwendet. Andererseits werden diese finanziellen Wertschöpfungen nicht für Reinvestitionen genutzt, so dass die marode Infrastruktur und die problematischen Wohnverhältnisse über die Jahre unzumutbare Dimensionen angenommen haben. Über die von den Immobilienunternehmen beauftragten Anwaltskanzleien werden die wenigen Bewohner*innen, die ihre Mietrechte proaktiv einfordern, über Hinhaltestrategien – wie beispielsweise auf Dauer gestellte Briefwechsel mit unverbindlichen Absichtsbekundungen und wohlklingenden Bemühungserklärungen – demotiviert und demoralisiert. Die wenigen Mieter*innen, die tatsächlich gegen die unverhältnismäßigen Wohnbedingungen und die eklatanten Mängel in der Bausubstanz juristisch vorgehen bzw. erfolgreich eine Mietminderung herbeiführen können, sind im System „Miethai“ bereits eingepreist. Eine Bewohnerin gibt hierzu Folgendes zu verstehen:

„Dann muss man zum Anwalt. Und irgendwann sagt der Anwalt: ‚Ja, diese Leistung wird nicht übernommen.‘ Und die Firmen setzen das dann als Betriebskosten ab und beschäftigen Anwälte, die sowieso auf so etwas gefasst sind. [...] Also das ist ja wirklich extrem. Die stellen sich das so vor: Das sind 1000 Mieter, als Beispiel. Wenn 950 nicht ihren Mund aufmachen, 50 ihren Mund aufmachen, rentiert sich das trotzdem für die. Dann haben die 950, die ihren Mund nicht aufgemacht haben. Und da haben die nichts investiert. Und mit den 50 legen sie sich an. Und am Ende bleiben fünf übrig vielleicht, die überhaupt die Kraft noch haben.“ (Silke Ludwig, Bewohnerin)

An dieser Stelle muss noch ergänzend hinzugefügt werden, dass Migrant*innen in den seltensten Fällen juristische Wege beschreiten bzw. Hilfe beim Mieterverein Bochum e.V. suchen, um ihre Rechte als Mieter*innen geltend zu machen. Dass die über eingeschränkte finanzielle und zeitliche Ressourcen verfügenden Bewohner*innen nicht zu einer juristischen Interventionsleistung greifen, liegt sicherlich auch am Kostenrisiko des Verfahrens. Über eine Rechtsschutzversicherung oder über Möglichkeiten zur Inanspruchnahme einer Prozesskostenhilfe liegen den Bewohner*innen zumeist keine Informationen vor. Die Kritik der befragten Stakeholder*innen am System „Miethai“, bei dem sich Investoren aus dem Ausland in den bundesdeutschen Wohnungsmarkt einkaufen und Immobilienobjekte als Anlagequellen für kapitalistische Inwertsetzungsstrategien und das unidirektionale Abschöpfen von über Steuergelder generierten Profiten nutzen, wird deutlich formuliert. Politischen Entscheidungsträger*innen hätten im Rahmen der Privatisierung von Wohnraum in Deutschland Möglichkeitsräume geschaffen, die es den Investor*innen leicht machten, solche Rendite-orientierten Marktlogiken zu etablieren. Diese Dynamiken und Tendenzen führen unweigerlich zu Segregationsprozessen und Integrationsschwierigkeiten, weil die lokale migrantische Bevölkerung von diversen Faktoren der

strukturellen Gewalt betroffen ist. Aus einer Community Health Perspektive wirken diese Machenschaften nachhaltig gesundheitsbelastend (Falge 2022). Ihre Behebung sollten Teil einer noch zu entwickelnden strukturellen Gesundheitsprävention einbezogen werden. Somit bleiben Teilhabechancen verwehrt und eine verstärkte Stigmatisierung an den Rändern urbanen Gesellschaften ist weiterhin zu erkennen (Bojadžijev et al. 2014: 133). Ein Mitarbeiter des Mietervereins Bochum e. V. äußert sich über das turbokapitalistische Geschäftsmodell von Grand City Property folgendermaßen:

„Ich habe beobachtet, dass, wenn es Vermieter sind, die ein paar Objekte haben, dass es denen ein Anliegen ist, dass die Gemeinschaft funktioniert und die doch darauf achten, was das für Menschen sind. Aber wenn es halt so Player sind wie Grand City Property, die auch, ich weiß nicht, in Zypern, Luxemburg, wo auch immer ihren Hauptsitz haben und dann über Holdings, Gesellschaften und, und, und ihre Machenschaften hier treiben. Die sehen das natürlich als Anlageobjekt. Die wollen möglichst gar nichts reinstecken und möglichst so viel wie möglich Rendite erzielen. Leider Gottes erlaubt es auch das System in Deutschland, dass solche Machenschaften funktionieren. Es gibt halt, so wie ich weiß, im Moment keine Gesetze, um das zu unterbinden. Deswegen zieht es immer mehr Investoren in den Wohnungsmarkt, Privatinvestoren in den Wohnungsmarkt, die auch entweder so Blockhäuser haben und gezielt solche Menschen suchen, weil die auch im Nachgang keine Probleme haben möchten.“ (Hermann Claus, Mieterverein Bochum e.V.)

Zur Behebung dieser strukturellen Probleme und Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt und bei der wohnräumlichen Segregation, so gaben viele Stakeholder*innen zu verstehen, seien die politischen Entscheidungsträger*innen in der Pflicht, diese so genannten „Machenschaften“ durch die Schließung von Gesetzeslücken ein Ende zu setzen. Insbesondere auf die sorgsame, leistungsadäquate und nachhaltige Verwendung von solidarisch generierten Steuergeldern wurde öfters verwiesen, da von privaten Investoren, die hauptsächlich von Transferleistungen abhängige Menschen als Mieter*innen bevorzugen, enorme Summen aus den Staats- und Kommunalkassen ohne ersichtliche Gegenleistungen abschöpfen. Private Investoren wie etwa Grand City Property verschwenden bei der Praktizierung dieses Geschäftsmodells jedoch keine Energien für die Durchmischung einer lokalen Community sowie für die Vorhaltung adäquater Wohnverhältnisse, die an den Belangen der Mieter*innen orientiert sind.

6.2.3 Vergleichsperspektive

Bei der Zusammenführung der beiden Erkenntnisperspektiven ist zunächst erwähnenswert, dass der Zugang zu adäquaten Wohnungen von Seiten der Migrant*innen durch eine Vielzahl von Faktoren erschwert wird. Hierzu zählen die nur rudimentär ausgebildeten Sprachkenntnisse, die Nichtexistenz diversitätssensibler Beratungs- und Unterstützungsangebote und eine offenkundige Systemunvertrautheit. Die Systemunvertrautheit bei den migrantischen Bewohner*innen geht Hand in Hand mit dem fehlenden Willen zum Aufbegehren und einem multiplen Ohnmachtsgefühl. Protestformen sowohl gegen die marode Infrastruktur als auch gegen die im

Uni-Center und in der Hustadt etablierten Unrechtsregime der beiden großen Immobilienverwaltungen sind daher nicht zu beobachten. Es verwundert daher keinesfalls, dass ausschließlich die in den Interviews befragten Stakeholder*innen das auf maximale finanzielle Wertschöpfung abzielende private Investorenmodell durchschauen und die willentlich herbeigeführten sowie politisch geduldeten Ausbeutungsverhältnisse konkret benennen können, die die Lebensqualität und die Gesundheit sowie die Integrationschancen der Migrant*innen maßgeblich negativ beeinflussen.

6.3 Engagement, Beteiligung und Empowerment in den beiden Quartieren

Dieses Kapitel trägt die zentralen Ergebnisse zur Oberkategorie „Engagement, Beteiligung und Empowerment“ zusammen. Folgende Fragen werden im Rahmen der Analyse tiefergehend zu einer multiperspektivischen Antwort geführt: Warum werden formelle Angebote von den Bewohner*innen der beiden Stadtteile wenig genutzt? Welche Rolle spielt das informelle Engagement unter den Migrant*innen? Sind Migrant*innen von institutionalisierten Strukturen des Engagements schwerer zu erreichen? Mit welchen interventionistischen Konzepten und Strukturen der Beteiligung gelingt das Empowerment der lokalen Bevölkerung hinsichtlich der Themen Wohnen und Integration?

6.3.1 Die Perspektive der Bewohner*innen

Die hier kommunizierten Ergebnisse verweisen auf die Notwendigkeit einer Unterteilung in informelles und formelles Community Engagement. Formales, institutionalisiertes und ehrenamtliches Engagement in Vereinen wird dabei von den Befragten kaum oder gar nicht praktiziert. Ein Großteil der Befragten engagiert sich hingegen informell ehrenamtlich in community-übergreifenden oder ethnischen Nachbarschaften. Dieses Engagement beinhaltet das gemeinsame Organisieren und Feiern religiöser Feste, Moscheebesuche und das Feiern von Hochzeiten, was die Befragte Laila Salh als eine Fortführung ihrer kulturellen Identität bezeichnet und als eine Quelle der Resilienz darstellt:

„Ich kann meine Kultur hier ausleben. Wir treffen uns regelmäßig mit der Familie und gehen kulturell essen. Wir feiern Zuckerfest, gehen auf kurdische Hochzeiten und Moscheen gibt es auch.“ (Laila Salh, Herkunftsland Irak, 11 Jahre in der Gegend)

Insbesondere die somalische Community, die sich sowohl gesamtgesellschaftlich als auch in der nachbarschaftlichen Machthierarchie am unteren Ende vorfindet, investiert viel in Community Zusammenhalt, wie es Samsam Hussein auf den Punkt bringt:

„Wir Somalis versuchen Räume zu bekommen, um zusammenzukommen und uns auszutauschen. [...] Wir versuchen Zuckerfeste oder Opferfeste zusammen zu feiern. Wir versuchen immer einen Raum zu bekommen, um gemeinsam Zeit zu verbringen. So versuche ich ein bisschen meinen Beitrag zu leisten.“ (Samsan Hussein, Herkunftsland Somalia, 8 Jahre in der Gegend)

Ein Großteil der Befragten beschreibt das informelle ehrenamtliche Engagement im Sinne nachbarschaftlicher Solidarität in der Community als kulturelle Praxis, die einen zentralen Wert in der Community darstellt. Dies gilt sowohl für Engagement innerhalb der eigenen z.B. somalischen, russischen oder kurdischen Community als auch communityübergreifend: „In unserem Haus wohnt eine ethnisch gemischte Familie (Iraker und Deutsche). Manchmal können wir Feste zusammen feiern.“ (Olga Ivanov, Russland, 16 Jahre in der Gegend) Die folgenden Ausführungen von Ruba Najie zeigen, dass der Unterstützungsaspekt und nicht notwendigerweise Formen der ethnischen Zugehörigkeit im Vordergrund stehen, denn: „...es gibt immer Gruppen, wo man sich dazu stellt und sagt ‚Was g’bt’s da? Wie kann ich weiterhelfen? Wie kann ich behilflich sein?‘“ (Ruba Najie, Herkunftsland Türkei, 21 Jahre in der Gegend). Auch Amira Khada berichtet über ihr Engagement ab dem langen Sommer der Migration im Jahr 2015, im Rahmen dessen sie sich für afghanische, syrische und iranische Geflüchtete einsetzte und folgende Erzählung darstellte:

„Dann habe ich auch einer Familie geholfen, bin dann immer zu ihr gegangen, freiwillig. Dann habe ich denen immer geholfen, weil die neu nach Deutschland gekommen sind. Dann lernen die auch die Sprache und so auch übersetzen. Syrischen Leuten geholfen und afghanischen Leuten geholfen beim Übersetzen. Ja, da habe ich viel viel gearbeitet. So seit 2015 bis 2018, so drei Jahre lang, und jetzt bin ich auch beschäftigt. Wenn die etwas brauchen, dann ruft mich an, ich kann immer helfen.“ (Amira Khada, Herkunftsland Afghanistan)

Vonseiten der Mehrheitsgesellschaft werden Migrant*innen in marginalisierten Stadtteilen oftmals als schwer erreichbar dargestellt, was im Folgenden als Schwer-Erreichbarkeit These benannt wird. Migrant*innen hingegen nehmen die von der Mehrheitsgesellschaft bereitgestellten Angebote oftmals nicht wahr. Somit sind aus ihrer Perspektive diese Angebote „schwer zu erreichen“. Dies war der Fall bei der in der Hustadt basierten Unterstützungsstelle der Stadt Bochum für Geflüchtete, die bei Geflüchteten nicht bekannt und kaum in Anspruch genommen wurde. Von der Community bereitgestelltes informelles Engagement hingegen wurde sehr wohl wahrgenommen und oftmals als einzig vorhandene Unterstützungsstruktur erkannt, wie die Helferin Amira es darstellt: „Die haben gesagt, die haben niemanden gehabt, außer uns, die helfen können.“ (Amira Khada, Herkunftsland Afghanistan)

Informelles ehrenamtliches Engagement wurde von den Befragten dargestellt in Form von Begleitung bei Behördengängen, Hilfe bei der Arbeitssuche, Dolmetschen und Hilfestellung beim Zugang zu Universitäten. Die Befragten nannten unterschiedliche Gründe für ihr Engagement wie etwa die Schaffung einer Wohlfühlumgebung, das Kennenlernen und Zusammenbringen

für Community Building, der Wunsch, Sicherheit zu geben, etwas zurückzugeben und die Erzeugung von Spaß. Im Vordergrund wurde dabei eine Kultur der Hilfsbereitschaft beschrieben, die teilweise intrinsisch-kulturell und teilweise religiös begründet wurde:

„Weil ich liebe solche Sachen, ich muss das. Wenn ich jemandem helfe, dann ich beruhige mich. Und sagen dann auch, Gott sei Dank, ich habe etwas gemacht. Eine gute Tat getan. Darum werde ich das sehr gerne machen.“ (Amira Khada, Herkunftsland Afghanistan)

In den Erzählungen über informelles Engagement stellt die durch Unterstützungsleistungen häufig erwähnte ausgelöste Freude und die damit einhergehende Anerkennung einen Community Wert dar, wie wiederum von Amira im Folgenden verdeutlicht:

„Als die dann in einem Job waren, als die angefangen haben zu arbeiten, von den iranischen Leuten, die haben sich so sehr gefreut. Und die haben sich dann richtig gefreut, wie die dann gearbeitet haben. Dann haben wir den Leuten ein bisschen geholfen. Und danach, die haben sich gefreut.“ (Amira Khada, Herkunftsland Afghanistan)

Neben diesem informellen Engagement maßen die Befragten institutionalisierten Gemeinschafts- und Nachbarschaftsveranstaltungen wie dem Stadtteilstadt in der Hustadt, afrikanischen und muslimischen Kulturtreffen usw. ein hoher Wert bei. Diese Zusammenkünfte finden jedoch überwiegend in der Hustadt und nicht im Uni-Center mit seinen begrenzten räumlichen und institutionellen Kapazitäten statt. Im Allgemeinen unterscheiden die Befragten zwischen den beiden Stadtteilen Hustadt und Uni-Center in Bezug auf die institutionalisierten Angebote, die in der Hustadt vor allem von den drei Hauptakteuren IFAK e.V., AWO und HUKultur angeboten werden. Auffällig ist, dass sich der Nicht-Erreichbarkeits-Diskurs auf bestimmte Institutionen begrenzt, wie etwa im folgenden Statement von Dagmar Siehlers, Mitglied des weißdeutsch besetzten Fördervereins HUKultur, erkennbar wird:

„Oft erreichen wir nur die Deutschen. [...] Wir haben mal von HUKultur diese Zukunftskonferenz organisiert. Wo also die Leute aus dem Viertel kommen sollten, und sagen, was sie erwarten, wie sie gerne möchten, wie sich die Hustadt entwickelt. Wie sie verbessert werden kann. Und da ist also aus dem ausländischen Bereich fast überhaupt nichts gekommen“ (Dagmar Siehlers, Herkunftsland Deutschland, 33 Jahre in der Gegend)

In Bezug auf AWO und IFAK e.V. hingegen berichten viele der Befragten über eine hohe Inanspruchnahme der als sehr hilfreich wahrgenommenen Angebote:

„Viele können deutsch nicht so gut sprechen. Sie wenden sich an AWO oder andere Organisation. Und wenn AWO das Problem nicht erledigen könnte, wird AWO mit verschiedenen Einrichtungen Kontakt aufnehmen, um der Person zu unterstützen. Es gab eine Dame, die neu in Deutschland ist, hat sich bei AWO gemeldet, und AWO hat ihr geholfen.“ (Suha Khaled, Herkunftsland Irak, 10 Jahre in der Gegend).

Hier scheint einerseits ein Zusammenhang zu bestehen zwischen der Angebotsstruktur und dem Profil des Vorstands bzw. der Mitarbeiter*innen. Bei dem oben erwähnten Angebot von HUKultur ging es eher um partizipative Stadtentwicklung, während die Angebote von AWO und IFAK e.V. unmittelbar Hilfe leisteten, die etwa die Unterstützung beim Ausfüllen von Formularen betreffen. Diese Unterschiede in der Inanspruchnahme von Angeboten beschränken

sich jedoch nicht auf die Angebotsart, denn die weiß-deutsch besetzte Flüchtlingshilfe der Stadt Bochum, die ähnliche Hilfsangebote bei behördlichen Vorgängen anbot, wurde kaum in Anspruch genommen. Hier sah sich die Flüchtlingshilfe mit einer schwererreichbaren Community konfrontiert. Es ist jedoch nicht so, dass die Befragten kein Interesse an Partizipation und Verschönerung des Stadtteils äußerten. So berichtet Olga Ivanov über eine Elterninitiative, die einen Spielplatz eingerichtet hatte sowie über eine private Gruppe, die eine Gartenfläche pflegte. Als Hindernisse für die Beteiligung an institutionalisierten Angeboten werden vor allem eine eingeschränkte Sichtbarkeit und Unwissenheit über bestehende Möglichkeiten und Projekte benannt. Ein Zusammenhang zwischen Nicht-Erreichbarkeit und verfehlten Angeboten oder zu schwacher Diversitätsorientierung der jeweiligen Anbieter*innen ist dabei nicht auszuschließen.

6.3.2 Die Perspektive der Stakeholder*innen

„Es ist viel klüger, wenn ich eine Nachbarschaft so fördere, dass es auch die Menschen zusammenbringt. Zusammenbringen ist bei uns immer über Ehrenamt, deswegen arbeiten wir immer ganz viel mit Sozialdiensten und Ehrenamt zusammen und würden das auch unheimlich gerne weiter befördern. Jetzt nehme ich mal die Hustadt. Wir haben da die HUKultur und die IFAK. Und wir würden da auch gerne weitere Akteure ansiedeln, nicht nur weil wir die Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Und ich kenne zumindest keinen in Bochum, der kostenfrei sagt, ihr könnt die Räume nutzen, aber dafür müsst ihr sie auch da nutzen. Damit bringe ich die Menschen zusammen, damit bringe ich Bildung in ein Quartier. Ich kann auch Probleme präventiv erkennen und kann frühzeitig dann eben auch über präventive Möglichkeiten das soziale Miteinander festigen. [...] Die Hustadt ist kein System, was irgendwann mal alleine läuft. Ich muss da jedes Mal erneut Energie und Mittel einbringen.“ (Klaus Hillmann, Wohnungsbaugesellschaft).

Den Bewohner*innen der Hustadt und des Uni-Centers können in ihrer unmittelbaren sozialen Nahwelt auf unterschiedliche Institutionen zurückgreifen, die Selbstermächtigung, Qualifizierung und Informationen zu den Themenbereichen Integration und Wohnen gewährleisten. Hier erstreckt sich das Spektrum von Wohnungsbaugesellschaften und sozialarbeiterisch tätigen Institutionen (AWO, IFAK e.V.) über das Kommunale Integrationszentrum der Stadt Bochum bis hin zu Migrant*innenselbstorganisationen (Ronahi e.V.). Wie aus dem oben angeführten Eingangszitat ersichtlich wird, sieht sich die lokale Wohnungsbaugesellschaft VBW in der Pflicht, Quartiersarbeit selbst zu leisten und Räumlichkeiten für Stadtteilbüros zur Verfügung zu stellen, in denen die lokale Bevölkerung durch geschultes Personal Beratungs- und Qualifizie-

rungsleistungen in Anspruch nehmen kann. Eins der wesentlichen Probleme beim Empowerment- und Unterstützungsansatz betrifft in den beiden Nachbarschaften die in den Interviews mit den Stakeholder*innen oft genannte Erreichbarkeit der migrantischen Bewohner*innen, die aus diversen Gründen an der zur Verfügung stehenden Angebotspalette nicht teilhaben können oder nicht teilhaben wollen. Die Mitglieder der mit dem Label „schwererreichbar“ versehenen marginalisierten Communities werden oft nicht adäquat adressiert. Forschungen in diesen urbanen Quartieren konnten Determinanten aufzeigen, die eine mangelnde Partizipation dieser Menschen erklären. Die Gründe, so formulieren es Berchem et al., „hängen u.a mit Herrschaftsverhältnissen, Grenzregimen, Sprachbarrieren, mangelndem Vertrauen in staatliche Institutionen und Diskriminierungserfahrungen etc. zusammen“ (Berchem et al. 2022: 329). Diese Problematik in Bezug auf die Herstellung eines Zugangs zu den marginalisierten Gruppen veranschaulichte im Interview ein auf lokaler Ebene tätiger Politiker, der in den letzten Jahren kontinuierlich den Versuch gestartet hat, Austauschtreffen für gemeinschaftliche Strategieentwicklung zu organisieren, die eine Verbesserung der Wohnsituation herbeiführen sollten. An diesen Treffen nahmen ausschließlich Mitglieder der weiß-deutschen Mehrheitsbevölkerung teil. Menschen mit Migrationsgeschichte, die ebenfalls über Postwurfsendungen Einladungen zur Teilnahme an den Veranstaltungen erhalten hatten, blieben diesen Treffen fern (siehe auch Kapitel 6.3). In einem Interview wurde in Bezug auf die so genannte erschwerte Erreichbarkeit Folgendes ausgeführt:

„Das heißt ja nicht, dass die Menschen prinzipiell kein Interesse haben. Vielleicht braucht man andere Zugänge. Ja, aber die haben wir in der Tat nicht gefunden und wir finden sie auch nicht im Uni-Center. Muss man ganz klar sagen. Wir haben zwei bis drei Treffen im letzten Jahr gehabt. Auf der Terrasse oben im Freien und es kam nicht ein einziger Migrant.“
(Hans-Peter Schmitz, Stadt Bochum)

Die Postwurfsendungen, die in den Gebäudekomplexen allen Bewohner*innen zugestellt wurden, waren mehrsprachig (arabisch, kurdisch, russisch) formuliert. Dennoch blieb der erhoffte Erfolg, der auf Partizipation, Mitsprache und einen „Zugewinn[] von Macht und Lebensautonomie“ (Herriger 2020: 13) in Sachen Wohnen und Integration abzielte, aus. In Kapitel 6.2.2 wurde bereits deutlich, dass die Ängste der Bewohner*innen vor den Postsendungen jeglicher Art zu Abwehrreaktionen führen. Insbesondere von Stakeholder*innen mit internationaler Geschichte wurde diese klassische Form der Ansprache und Teilhabeaufforderung kritisch begutachtet und auf ihre Effizienz geprüft. Nach dieser Kritik folgte zumeist ein Plädoyer für eine kultursensible Ansprache, die den sprachlichen, kulturellen, sozialen, zwischenmenschlichen und communityspezifischen Normen, Werten und Bedeutungssystemen der Menschen vor Ort gerecht wird. Eine schlichte Übersetzung der Einladungsschreiben in mehrere Sprachen und der Einwurf dieser in alle Briefkästen der Wohnimmobilien im Uni-Center reiche an dieser

Stelle definitiv nicht aus. Vielmehr, so führten es die Stakeholder*innen weiter aus, benötige es den intensiven Einbezug von lokalem Wissen über Brückenbauer*innen und Multiplikator*innen aus der migrantischen Community, die als Expert*innen ihrer eigenen Lebenserfahrungen über bestehende Vertrauensstrukturen und Netzwerkkompetenzen eine kultursensible Ansprache erfolgsversprechender und effektiver gewährleisten können.⁹ Ein weiterer Politiker äußerte sich dazu wie folgt:

„Also ich glaube, es geht nur um Partizipation. Klappt nur dann, wenn kultursensible Ansprache stattfindet, wenn die Leute das Gefühl haben, sie können in ihrem direkten Umfeld was mitentscheiden und dann passieren die Dinge auch. Dann kann man die Leute auch für so was begeistern. Man muss es aber mit der richtigen Ansprache machen, man muss es sprachlich und kultursensibel tun, damit auch tatsächlich die Bereitschaft da ist, in so einem Prozess sich auch einzubringen.“ (Emre Demirbay, Politiker Landtag NRW)

Varianten der Selbstermächtigung von marginalisierten Communities zeigen nur dann den erwünschten Erfolg, wenn die sozialarbeiterisch tätigen Akteur*innen in den beiden in Rede stehenden Nachbarschaften ihre Angebote, Interventionen und Beratungsleistungen aufsuchend, kontakt- und interaktionsintensiv sowie vertrauensbildend durchführen (Hall 2009: 577). Dass dieser nah an den Menschen und ihren alltäglichen Belangen ausgerichtete Ansatz nicht durchgehend und flächendeckend zu Anwendung kommt, zeigt eine kategoriale Unterscheidung, die von einem Stakeholder in einem Interview vorgenommen wurde. Die befragte Person unterschied bei den sozialarbeiterischen Strategien zwischen „Hingeh-Strukturen“ und „Komm-Strukturen“. Um wirksame, zielgenaue und nachhaltige Partizipationsmöglichkeiten zu offerieren, müssten die Akteur*innen den Weg aus ihren Stadtteilbüros herausfinden, um in enger Abstimmung mit den dort lebenden Menschen aufsuchende Quartiersarbeit zu leisten. Ein passives Abwarten und ein barrierereiches Zurverfügungstellen von Angeboten und Dienstleistungen zur Verbesserung der Wohnsituationen und der Integration, das hier mit „Komm-Strukturen“ in Worte gekleidet wird, sei für die beiden Bochumer Nachbarschaften maximal ungeeignet:

„Und wenn ich dann so sehe, wenn die dann im Stadtbüro so sitzen, das ist ja nach dem Motto: ‚Wir bleiben da mal und wir gucken, wer kommt. Um denen zu erklären, was wir hier vorhaben und machen.‘ Das sind keine Hingeh-Strukturen, sondern Komm-Strukturen. Das ist ja eigentlich ein totgeborenes Kind, muss man ehrlicherweise sagen. Also aus meiner Sicht bräuchte es Hingeh-Strukturen und nicht Komm-Strukturen. Eher so aufsuchende Kooperationen. [...] Sie kriegen ja mit einem Power-Point Vortrag keinen hinter dem Ofen hervorlockt. Und zu sagen: ‚Komm mal her und sag, was für Probleme ihr habt.‘ Ne, die wollen,

⁹ Diesen Ansatz vertritt auch der Soziologe Norbert Herriger im Diskurs über die Strategien und die Gelingensbedingungen von Empowerment im Bereich der Sozialen Arbeit. Ganz konkret steht hier die Anerkennung der Klient*innen in ihrer unmittelbaren Lebenswirklichkeit zur Verfügung stehende Ressourcen und Erfahrungsweisen im Zentrum der Argumentation. Die Stadtteilmforscher*innen werden als Lebensexpert*innen und mündige Interaktionspartner*innen betrachtet, die auf der Basis eines orts- und milieuspezifischen Kontextwissens an der Entwicklung von Handlungsräumen mitwirken und positive Transformationen zur individuellen und kollektiven Selbstermächtigung kollaborativ gestalten (Herriger 2020: 16).

das jemand vorbei komm, anklingelt und konkret sagt, was man machen will, was man verändern will, wo sich etwas verändern soll. Und das mit den Briefen, da kann ich Ihnen sagen, da meldet sich keiner zurück.“ (Emre Demirbay, Politiker Landtag NRW)

Neben diesen Justierungen der Empowermentstrategien in Bezug auf eine zielgenauere Ansprache der lokalen Bevölkerung müssen ferner Strukturen, Maßnahmen und Praxen der Partizipation kritisch begutachtet und nachgeschärft werden. Die Involvierung der Bewohner*innen dieser urbanen Quartiere in konkrete Mitgestaltungsprozesse, bei denen nicht nur Diskussion und Austausch, sondern in erster Linie konkrete und praktischer Veränderungshandlungen im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen, müssten gemäß den Ansichten der befragten Stakeholder*innen forciert werden. Das von der IFAK e.V. koordinierte und von der Hochschule für Gesundheit wissenschaftlich betreute partizipative Präventionsprojekt [QUERgesund](#) ist ein good practice Beispiel für solch interventionsgekoppelte Mitgestaltungsprozesse von Bewohner*innen. Empowerment, verstanden als ein zivilgesellschaftliches Werkzeug zur Selbstermächtigung, Machtumverteilung und Veränderung sozialer Ungleichheit, bei dem Subjekte oder Kollektive strukturelle Gewalterfahrungen, systemische Barrieren, Diskriminierungsstrukturen sowie Chancenungleichheiten bekämpfen und gleichzeitig auf unterschiedlichen Ebenen die ihnen zustehenden Rechte und Ressourcen einer Gesellschaft proaktiv einfordern (Herriger 2020: 13 ff.; Jagusch & Chehata 2020), erfordert somit aber auch ein gewisses Mitspracherecht bei politischen Entscheidungsprozessen, das die Bewältigung der alltäglichen Lebensbelastungen ermöglicht. Das Einmischen von Menschen mit Migrationsgeschichte in politisches Machtgeschehen und das Vordringen dieser Menschen in die Sphären der politischen Entscheidungsträger*innen, so war sich ein im Integrationsausschuss der Stadt Bochum tätiger Politiker sicher, wird strukturell verhindert:

„Ich bin dafür, dass man Kommunalwahlrecht für alle schafft, also für alle Bürger*innen, auch wenn die einen ausländischen Pass haben. Die sollen trotzdem wählen, weil es um das tägliche Leben geht. Ich habe zum Beispiel 19 Jahre lang in Bochum gewohnt und war engagiert und durfte nicht wählen, auch nicht auf der kommunalen Ebene. Ich bin nicht alleine damit. Erstmal muss kommunales Wahlrecht für alle geschaffen werden, damit es direkt rein integriert wird. Und nicht diese Segregation auf politischer Ebene passiert, sondern direkt integrierend einwirken.“ (Dimitri Kasparow, Stadt Bochum Integrationsrat)

Diese Handlungsaufforderung vermischt sich mit Verweisen auf das nur recht eingeschränkt ausgebildete Diversity Mainstreaming in politischen Führungsgremien und in kommunalen Strukturen (Kara & Merx 2016: 366 f.), die wegen der dort vielerorts grassierenden Nicht-Repräsentanz von Menschen mit internationalen Biografien als „eine ziemlich bio-deutsche Angelegenheit“ (Emre Demirbay, Politiker Landtag NRW) definiert werden. Auch die marginalisierte politische Positionierung des Integrationsausschusses der Stadt Bochum, der nur eine beratende Funktion, jedoch keine Entscheidungsgewalt und kein Mitbestimmungsrecht besitzt, wird als struktureller Defizit erkannt. Dass sich sowohl das heutige Verständnis als auch das

Historische-Gewordensein von Empowerment und *Affirmative Action* zu einem großen Teil aus diversen Antidiskriminierungspolitiken und Aktivist*innenbewegungen speist, bei denen sich Menschen in unterschiedlichen Zeitepochen gegen Ungleichheitsverhältnisse, Unterdrückungserfahrungen, Rassismus, Stigmatisierung, politische Unmündigkeit und gesellschaftliche Marginalisierung auflehnten (Fereidooni & Massumi 2016; Herriger 2020: 19), wird auch in den Interviews sehr deutlich. Selbstermächtigung, Partizipation, Teilhabe und Integration können für migrantische Communities in von Mehrfachdiskriminierung betroffenen Stadtteilen nur dann Gelingenspotenziale und Wirkungsweisen entfalten, wenn die politischen und kommunalen Strukturen, Institutionen und deren Organisationskulturen ein Spiegelbild der unlängst hoch diversen Einwanderungsgesellschaft sind. Das hinsichtlich der diversitätsorientierten Ausrichtung weiterhin ein Nachholbedarf herrscht, wird aus den folgenden beiden Interviewpassagen ersichtlich:

„Das heißt, dieses Paternalistische, irgendwie zu sagen: ‚Die Deutschen kümmern sich mal um die Ausländer.‘ Also das ist auch so ein bisschen althergebracht, weil das auch so ein bisschen um Selbstwirksamkeit und Selbstermächtigung der Migrationsgesellschaft auch geht. Also wir müssen auch die Migrationsgesellschaft ermuntern und ermächtigen, auch durchaus mit ihren eigenen Ideen, mit ihren eigenen Entwürfen sich auch in so einem Prozess einzubringen. Und nicht: ‚Wir machen ein Integrationskonzept seitens der Stadt Bochum, wo vier Bio-Deutsche sich darüber Gedanken machen, was man mit der Familie in der Hustadt auch machen soll.‘ [...] Das sage ich bei jeder Gelegenheit. Bezieht die Menschen in solch eine Findung, in solch eine Überlegung, in solch eine Konzeption auch ein, damit sie auch das Gefühl haben, [...] mitgemacht [zu haben und] auch eigene Ideen miteinbringen können.“ (Emre Demirbay, Politiker Landtag NRW)

„Um den strukturellen Rassismus zu bekämpfen, das ist auch der nächste Schritt, dass Menschen mit Migrationshintergrund, ob es bei Behörden und Verwaltungen oder Krankenhäusern, überall sind sie in allen gesellschaftlichen Bereichen beteiligt. Wir leben in einer heterogenen Gesellschaft, wir begegnen uns beim Sport oder im Krankenhaus, genauso wie auf der Arbeit und auch in Behörden. Bei den Behörden müssen wir anfangen. Die aktuelle Zeit zeigt, wie dringend das ist. Die Verwaltung muss sich interkulturell öffnen und an Trainings teilnehmen. Dies würde ihnen die Arbeit erleichtern, die Kommunikation verbessern und die ganze Stadt ändern.“ (Dimitri Kasparow, Stadt Bochum Integrationsrat)

Dieses Kapitel konnte aufzeigen, dass Empowerment, verstanden als eine „*gelingende Mikropolitik des Alltags*“ (Herriger 2020: 15 kursiv. i. Orig.) auf unterschiedlichen Ebenen von Herausforderungen charakterisiert ist. Um die Selbstwirksamkeitspotenziale der in der Hustadt und im Uni-Center lebenden Menschen zu stärken, müssen die oben angeführten Fehleinschätzungen und defizitären Ansätze sowohl auf einer alltäglichen Mikroebene als auch auf einer kommunalpolitischen Makroebene einer Überprüfung unterzogen werden. Wohnverhältnisse und Teilhabeprozesse können nur dann positiv transformiert werden, wenn alle Beteiligten von einer Grundhaltung ausgehen, „die sich durch eine Wertschätzung der Wissensbestände und Kompetenzen“ (von Unger 2018: 167) der lokalen Bewohner*innen auszeichnet.

6.3.3 Vergleichsperspektive

Aus den empirischen Ergebnissen wird zunächst deutlich, dass das informelle bzw. nachbarschaftliche Engagement, mit dem die migrantischen bzw. migrantisierten Mitglieder der beiden Bochumer Quartieren eine solidarische Kultur der Hilfsbereitschaft etablieren, im Vergleich zu den institutionellen Formen des Engagements positiv hervorsteicht. Die „Schwer-Erreichbarkeits-These“, mit der zum Ausdruck gebracht wird, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund diverser Faktoren und Barrieren (Sprache, Systemunvertrautheit, soziale bzw. politische Unmündigkeit, mangelndes Wissen und Diskriminierungserfahrungen) Angebote bzw. Beratungsleistungen nicht nutzen, wird von den Stakeholder*innen zunächst bestätigt, wenngleich auch eine kritische Kontrastierungen der These an den hürdenreichen „Komm-Strukturen“ verschiedener Institutionen vor Ort vorgenommen wird. Als zwingend notwendig wird die Vorphaltung von Beratungsstrukturen und Interventionsangeboten auf lokaler Ebene erachtet, die nicht nur auf Kontakt, Dialog und Interaktion abzielen, sondern ferner Partizipations- und Mitgestaltungsprozesse auf Augenhöhe und auf der Basis gegenseitiger Vertrauensbeziehungen eröffnen. Um sowohl bei den kommunalen Organisationsstrukturen als auch bei den Belegschaftskulturen der sozialen Träger*innen vor Ort diversitäts- und kultursensible Formen des institutionellen Engagements im Sinne eines Empowerment-Ansatzes für strukturell und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen in von intersektionaler Diskriminierung betroffenen Stadtteilen zu realisieren, benötigt es mehr denn je einen nachhaltigen politischen Willen zur Umsetzung von Diversity Mainstreaming. Kurz- und mittelfristig müssen die Pluralisierung und die Diversifizierung der Belegschaften und Organisationsformen das Gebot der Stunde sein, weil die besagten Institutionen den Anspruch besitzen, ein Spiegelbild unserer heterogenisierten Gesellschaft zu sein.

6.4 Pandemischer Alltag: Erfahrungen mit COVID-19

Zu Beginn der Pandemie galt COVID-19 als großer gesellschaftlicher Gleichmacher. Diese anfängliche Annahme hat sich schnell als Trugschluss erwiesen, weil SARS-CoV-2 brennglasartig bestehende soziale Ungleichheitsstrukturen und Benachteiligungseffekt verdeutlichte und diese neuerlich intensiviert. In den nun folgenden Passagen stehen die Erfahrungen des pandemischen Alltags im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Vor dem Hintergrund diese allgegenwertigen Gesellschaftskrise mit all ihren präventiven und repressiven Einschränkungen, Regulatorien und Verboten, die unweigerlich zur Herausbildung einer neuen „Normalität“ führten, müssen auch Teilhabechancen, Wohnbedingungen und Integration einer differenzierten Betrachtung unterzogen werden.

6.4.1 Die Perspektive der Bewohner*innen

Im Rahmen der Auswertung ergaben sich zwei Hauptkategorien zu den Auswirkungen der seit über zwei Jahren vorherrschenden Covid-19 Pandemie. Erste summiert die allgemeinen Erfahrungen der Befragten mit Covid-19. Die zweite Kategorie umfasst die Auswirkungen von Covid-19 auf die täglichen Abläufe der aktuellen Nachbarschaft der Befragten. Zentrale Ergebnisse der Auswertung sind die Verstärkung der bereits bestehenden (Doppel-)Belastungen von Kindern und Frauen, sowie die Zunahme und Verstärkung struktureller Diskriminierung. Im Folgenden werden die Ergebnisse aus den beiden Hauptkategorien präsentiert.

Die zum Teil prekären Wohnverhältnisse führten während der Pandemie zu einer Zunahme an Belastung, da vermehrt Zeit zu Hause verbracht wurde. Yulia Makarenko (Herkunftsland Ukraine, 22 Jahre in der Gegend) äußerte, sie habe den größten Teil ihres Lebens in der Coronazeit zuhause verbracht. Familien, die bereits schlechte Erfahrungen mit Vermieter*innen und Beam*innen gemacht hatten, äußerten eine weitere Verschlechterung der Kommunikation. So berichtete Aischa Derwesch: „Es gab viel Druck auf meiner Psyche und meine Unterlagen für die Wohnung haben lange gebraucht.“ Ruba Najie erzählte, die Pandemie sei als Vorwand genutzt worden, Prozesse noch langsamer zu gestalten:

„Mit der Wohnung ist es so, man hat ja schon davor nicht die Verwaltung erreichen können. Oder die dafür zuständig war. Jetzt in der Pandemie ist es noch schlimmer geworden. Da erreicht man niemanden. Also dann ist man wirklich allein. Da ist man wo man sagt wohin kann ich? Und ich habe auch während der Pandemie mich auch entschieden, zu sagen, ich nehme jetzt einen Rechtsanwalt, der sich dafür kümmert. Weil die Wohnungen am Ende habe ich immer so viel Nachzahlung bekommen von Heiz- und Betriebskosten. Wo ich gesagt habe, es kann nicht sein. Es ist nur Betrug. Es ist nur Betrug. Und deshalb habe ich mir genau in der Pandemie Zeit vorgenommen, dass ich gesagt habe, ich werde jetzt ein Rechtsanwalt anschalten und sagen, der soll sich um das alles kümmern. Weil es wurde ausgenutzt. Genau, in der Pandemie wurde alles, was nicht sein sollte, ausgenutzt. Was man nicht macht. Wo man egal angerufen hat: Pandemie kann ich deshalb nicht. Also die Pandemie wurde auch manchmal auch so Sicht genommen. Wo man denkt, die haben nicht gearbeitet. Jetzt dank der Pandemie wird gar nicht mehr gearbeitet.“ (Ruba Najie, Herkunftsland Türkei, 21 Jahre in der Gegend)

Riem Ramie berichtete von der Schwierigkeit, mit Behörden in den Austausch zu treten und an notwendige Dokumente zu gelangen:

„Glaub mir, das Leben war nicht schön in Corona, es war auch nicht schön für den Staat, wir konnten niemanden erreichen, sie konnten unseren Aufenthalt nicht verlängern, unser Geld haben wir noch nicht erhalten, wir hatten viele Schwierigkeiten in Corona. Sie sagten, dass der Aufenthalt des Kindes im November endet, wir konnten das Geld noch nicht einzahlen. Wir sagten, gib uns unser Geld für sechs Monate, bis wir unseren Aufenthalt verlängern. Sie haben das meine Familie geschickt, aber sie haben mein Geld seit zwei Monate nicht bezahlt. Warum? Sie sagten, dein Ausweis sei abgelaufen, aber ich habe einen gültigen Ausweis. Ich habe einen gültigen Aufenthalt, aber sie haben meinen Ausweis seit sechs Monaten nicht geschickt und sie haben mein Geld nicht bezahlt. Also antwortet Ausländerbehörde nicht, alles mit Schwierigkeiten. Wir schicken ihnen Emails, keine Antwort. Dann schickten sie die Ausweise der Kinder. Sie gaben mir weder einen Termin noch schickten sie mir meinen

Ausweis. Um einen Termin zu vereinbaren, habe ich die Formulare noch einmal ausgefüllt und ihnen zugeschickt.“ (Riem Ramie, Herkunftsland Syrien, 2,5 Jahre in der Gegend)

Riem Ramie äußerte zudem Unsicherheit über die Ursache der Erkrankung ihrer Familie an Covid-19. Sie vermutet, dass das prekäre Arbeitsverhältnis ihres Kindes eine Rolle gespielt haben könnten: „Ich weiß nicht, wie wir Corona bekommen haben. Mein Sohn arbeitete bei Paketzustellungsunternehmen. Er kam zum Mittagsessen zu uns, ich weiß nicht ob wir die Corona von ihm bekommen haben oder als wir einkaufen gegangen sind.“

Die genannten Beispiele stehen sinnbildlich für die bereits bestehende und unter der Covid-19 Pandemie noch verstärkte strukturelle Diskriminierung.

Im Folgenden wird das gestiegene Maß an Belastung von Kindern und die Doppelbelastung der Frauen anhand einiger Beispiele deutlich gemacht. Für die Kinder der Befragten bedeutete die Pandemie eine Zunahme der Nutzung digitaler Endgeräte. Schirin Muhammad äußerte auf die Frage „Als deine Kinder zu Hause online Unterricht hatten, hat sich dadurch dein Alltag auch sehr verändert oder war es wie davor?“ Folgendes:

„Für mich war es schwer, da es die ganze Zeit nur durchs Internet ging. Meistens, als sie am Handy oder Computer waren, haben sie gesagt, wir machen das für die Schule. Aber für uns Eltern war es schwer zu wissen, ob das wirklich für die Schule ist oder eher der eigene Privatnutz. Sie waren dadurch noch viel mehr am Handy und das ist natürlich nicht gut.“ (Schirin Muhammad, Herkunftsland Irak, 21 Jahre in der Gegend)

Nasrin Qasm (Herkunftsland Syrien, 6 Jahre in der Gegend) erzählt, dass es ihren Kindern an Unterstützungsmöglichkeiten fehlte: „Ebenso war das Distanzlernen meiner Kinder sehr schwer, da ich ihnen wirklich nicht sehr viel helfen konnte und nicht viel lernen konnten dadurch.“ Aischa Derwesch berichtet von psychischen Folgen für ihre Kinder: „Um ehrlich zu sein, hat Corona meine Kinder mehr beeinflusst. Meine Kinder mussten zur Schule gehen und irgendwann nicht mehr. Sie waren lange zuhause und das hat ihre Psyche beeinflusst.“ Suha Khaleds Kinder nahmen aufgrund fehlender Bewegung und der vermehrt zu Hause verbrachten Zeit an Gewicht zu:

„Die Kinder haben oft Langeweile. Sie bleiben nur zu Hause. Sie sind übergewichtig geworden, weil sie während Lockdown keine Aktivitäten haben. Mehr essen und sich selten bewegen! [...] Die Kinder besuchen die Schule nicht, haben nur Online. Das war für uns und für die Kinder ganz langweilig. Und nicht so gut für uns alle!“ (Suha Khaled, Herkunftsland Irak, 10 Jahre in der Gegend)

Riem Ramie berichtet, dass der vermehrte Essensverzehr eine finanzielle Notlage für die Familie bedeutete und zwei ihrer Kinder aufgrund der Umstände während der Pandemie die Versetzung in die nächste Klassenstufe nicht erreichen konnten:

„Da wir während der Coronazeit zu Hause waren, aßen wir mehr und konnten uns das nicht leisten. Für die Kinder, wie hat es die Kinder beeinflusst? Ja, es hat sich sehr negativ auf die Kinder ausgewirkt. Meine Tochter musste in der Klasse sitzenbleiben. Also, muss die Schule wiederholen. Ja, sie blieb in Klasse sitzen [...] mein muss auch sitzenbleiben, aber meine

zweite Tochter hat bestanden und ging in die zweite Klasse.“ (Riem Ramie, Herkunftsland Syrien, 2,5 Jahre in der Gegend)

Zwei Beispiele sollen verdeutlichen, welcher zusätzlichen Mehrbelastung Frauen durch die Pandemie ausgesetzt sind. Aasmaa Nazari war selbst erkrankt und berichtete, dass ihr Mann in der Zeit, die sie im Krankenhaus verbringen musste, nicht in der Lage war, den Haushalt zu führen:

„Ich war im Krankenhaus. Und ich war zuerst in Quarantäne. Und dann war ich eine Woche im Krankenhaus. Mein Mann hat sich um die Kinder gekümmert, aber es war alles in einem sehr schlechten Zustand. Ich kam nach Hause und ich musste schreien. Ja, er war überfordert. Ja, er war total überfordert.“ (Aasmaa Nazari, Herkunftsland Afghanistan, 13 Jahre in der Gegend)

Das zweite Beispiel zeigt, dass das Sorgetragen um erkrankte Familienmitglieder den Frauen erteilt wird. Eigene Pläne und Träume müssen aufgrund dieser zusätzlichen Aufgabe zurückgestellt werden. So erzählte Berfin Demir:

„Ich hatte viele Träume, ich wollte viel erreichen, um ehrlich zu sein. Ich wollte arbeiten, ich wollte machen, ich wollte reisen, ich wollte den Welt mal sehen. Aber nachdem mein Vater krank wurde, ich habe alles vergessen.“ (Berfin Demir, Herkunftsland Irak, 12 Jahre in der Gegend)

Letztlich zeigen die Ergebnisse, dass die bis dato bestehenden Ungleichheiten durch die Covid-19 Pandemie noch verstärkt wurden. Ämter und Behörden sind noch schlechter zu erreichen als zuvor, ebenso verhält es sich mit den Vermieter*innen der Befragten. Die Wohnungen mussten während der Pandemie vermehrt aufgesucht werden. Familienmitglieder wohnten zum Teil auf engstem Raum zusammen und nahmen vereinzelt weitere Familienmitglieder in ihre Wohneinheit auf. Im Besonderen Kinder und Frauen litten unter der Pandemie. Kinder verbrachten mehr Zeit vor digitalen Endgeräten, deren Nutzung von Eltern als nicht einsehbar betitelt wurde und litten unter fehlenden Unterstützungsangeboten während der digitalen Abhaltung von Unterricht. Die Doppelbelastung der Frauen gewannen an Deutlichkeit. Pläne der Selbstverwirklichung mussten hintangestellt werden, um Familienmitglieder über die Krankheit hinweg zu helfen. Eigene Erkrankungen offenbarten die Unfähigkeit der männlichen Partner, Care Arbeit in Abwesenheit der Frau zu leisten.

6.4.2 Die Perspektive der Stakeholder*innen

Die Stakeholder*innen verfügten über wenig bis Detail-Wissen über die Alltags-Erfahrungen der Bewohner*innen im Uni-Center und in der Hustadt mit COVID-19. Das Wissen beschränkte sich auf das über Medien und öffentliche Diskurse zirkulierende Wissen auf marginalisierte Communities. So benannten sie in den Interviews folgende Veränderungen im Verlauf der COVID-19 Pandemie: Rückzug und Isolation der Menschen; der Alltag spielt sich

zunehmend in den eigenen vier Wänden ab; psychische und gesundheitliche Folgen; hohe Infektionsraten bei kinderreichen Familien; schulische Defizite bei Kindern, die mangels technischer Ausstattung nicht durchgängig am Hausunterricht teilnehmen können; prekäre Arbeitsbedingungen führen zu erhöhten Infektionsraten; die Abriegelung und die Kontaktbeschränkungen verstärkten die Ladenschließungen, so dass das Angebot an Waren und Dienstleistungen in den beiden Stadtteilen geringer wurde. Gerade die aufsuchende Arbeit lebt vom direkten Kontakt mit den Menschen, die Hilfe benötigen. Die Kontaktbeschränkungen, die Abriegelung, die soziale Distanzierung sowie die bundesweit einheitlichen Hygienekonzepte erschwerten diese Formen der aufsuchenden Sozialarbeit in den beiden Stadtteilen. Die Interventionen, Unterstützungsnetzwerke und Hilfen, die von den Akteur*innen der Einrichtungen des institutionellen Engagements unter normalen Bedingungen angeboten werden, erreichten viele Migrant*innen in der Pandemie nicht. Hier mussten informelle Unterstützungsnetzwerke und Unterstützungsressourcen der Migrant*innen kompensieren. Der Austausch über multimediale Kommunikationskanäle (Zoom, Webex, Skype, Jitsi Meet, Google Meet) scheiterte an der fehlenden technischen Ausstattung vieler Bewohner*innen oder einer schlechten Internetverbindung. Für die aufsuchende Arbeit in den beiden Vierteln hatte die COVID-19 Pandemie negative Folgen. Ganz grundsätzlich waren sich die Stakeholder*innen darüber bewusst, dass die bereits bekannte, erfolgreich erprobte und routinemäßig verrichtete Angebotspalette während der Hochphase der COVID-19 Pandemie nur in sehr ausgedünnter Form den Menschen vor Ort weiterhin zur Verfügung gestellt werden konnte. Einige Stakeholder*innen überprüften ihre Arbeitsprozesse und Handlungskonzepte, jedoch brachte die Neue Realität auch neue Herausforderungen mit sich. Kontaktbeschränkungen, der Lockdown, Social Distancing sowie die national einheitlichen Hygienekonzepte sind Phänomene, die auch zu einer Art Entfremdungsprozess geführt haben, so dass der Kontakt zwischen den Migrant*innen und den Akteur*innen der Sozialen Arbeit an Intensität verlor. Das hatte ebenfalls Auswirkungen auf die Quantität und die Qualität der Angebote und Interventionsmöglichkeiten, was sich wiederum negativ auf Partizipations- und Integrationsmöglichkeiten auswirkte.

6.4.3 Vergleichsperspektive

Ganz grundsätzlich lassen sich bei den Perspektiven der Bewohner*innen und der Stakeholder*innen auf die Herausforderungen und Veränderungen, die der pandemische Alltag für zahlreiche Bevölkerungsschichten mit sich brachte, eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten erkennen. Es muss jedoch deutlich herausgestellt werden, dass die negativen lebensweltlichen Beeinträch-

tigungen (Psychische Belastung von Kindern und Eltern, Leben in beengten Wohnverhältnissen, prekäre Anstellungsverhältnisse, strukturelle Diskriminierung, erschwerte Lernmöglichkeiten durch Fernunterricht, eingeschränkter Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen etc.) überproportional hart jene Menschen im Uni-Center und in der Hustadt trafen, die bereits in einer präpandemischen Gesellschaft von Ungleichheitsrisiken betroffen waren. Zudem wird deutlich, dass die Stakeholder*innen, die im privaten Umfeld aufgrund ihrer wirtschaftlichen und sozialen Stellung innerhalb der Gesellschaft vergleichsweise resilienter mit dieser Krisensituation umgehen konnten, nicht die gleichen Erfahrungswerte mit den Bewohner*innen der Stadtquartiere teilen. Für die Stakeholder*innen existieren ausschließlich im beruflichen Kontext Überschneidungen mit den Lebenswirklichkeiten der Bewohner*innen. Dies hat zur Folge, dass die Stakeholder*innen in ihren Erzählungen in erster Linie über die Auswirkungen der Pandemie auf ihre Arbeitsprozesse reflektieren.

6.5 Integrationserfahrungen: Ankunftsquartiere zwischen Segregation und Teilhabe

Das Leben und Wohnen in urbanen Nachbarschaften, in denen vermehrt migrantische oder migrantisierte Communities einer Vielzahl von Varianten der systemischen, strukturellen und alltäglichen Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind, geht unweigerlich mit der Frage einher, wie Integration und Teilhabe ermöglicht bzw. durch Segregationsmechanismen verhindert wird. Die nun folgenden Abschnitte analysieren neben den allgemeinen Integrationserfahrungen zunächst die Determinanten und Bedingungskonstellationen des Zustandekommens so genannter Ankunftsquartiere für Migrant*innen. Des Weiteren werden die Rollen der Frauen im Integrationsprozess innerhalb dieser beiden Bochumer Nachbarschaften intensiver beleuchtet. Narrative, Positionierungen und Einsichten zum Thema Integration wurden ebenfalls in den Interviews mit den Bewohner*innen der beiden Stadtteile aufgegriffen und vertieft.

6.5.1 Die Perspektive der Bewohner*innen

Die Hustadt und das Uni-Center offenbaren als Ankunftsquartiere für Migrant*innen und Geflüchtete sowohl Chancen als auch Herausforderungen. Die befragten Anwohner*innen hoben zunächst im ganz Allgemeinen die in den beiden Nachbarschaften vorherrschende Kultur der Solidarität hervor, die es Neuankömmlingen und Personen mit Sprachbarrieren ermögliche, in-

formelle Unterstützung zu erhalten, Integration unter Mithilfe von formellen staatlichen Institutionen zu fördern, Arbeitsplätze zu finden und Zugang zu Bildung zu erhalten. Der stets zugewandte und gesellige Umgang der Menschen innerhalb und zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen wurde insbesondere für die Hustadt unterstrichen. Die Bewohner*innen verwiesen in der Regel auch auf die Geselligkeit des Viertels und die Möglichkeit, mit Menschen unterschiedlicher Herkunft und mit Menschen mit ähnlichem Hintergrund in Kontakt zu treten. In den Interviews wiesen die Migrant*innen auch auf die Bedeutung von Festen, kulturellen Veranstaltungen und informeller Gegenseitigkeit zwischen verschiedenen Personen hin, die die Bindung an den Ort und das Zugehörigkeitsgefühl unterstützen. Die räumliche Gestaltung der beiden Quartiere könne außerdem die Entwicklung von Verbindungen zwischen verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen fördern. So wurde beispielsweise für die Hustadt festgestellt, dass sich dort regelmäßig Menschen am zentralen Brunnenplatz treffen, während im Uni-Center das Einkaufszentrum als Treffpunkt dient. Die Befragten stellten jedoch auch fest, dass es in der Nachbarschaft „ethnische Hierarchien“ zwischen den diversen Bevölkerungsgruppen gibt. Erklärt wird dieser Sachverhalt mit sprachlichen Barrieren, die ein Hauptgrund dafür sind, dass intraethnische Bindungen gepflegt werden. Während sich die befragten Bewohner*innen in den Bochumer Nachbarschaften nicht unbedingt unsicher fühlten, gab es unterschiedliche Ansichten über die Verbundenheit mit ihren jeweiligen Vierteln und die Entwicklung eines Zugehörigkeitsgefühls. Einerseits waren die bereits erwähnte Kultur der Solidarität und der Geselligkeit zwischen verschiedenen Personen sowie die Erschwinglichkeit des Wohnens Schlüsselfaktoren für die Bindung an das Viertel und die Zugehörigkeit in der Hustadt und im Uni-Center. Insbesondere zeigten die befragten Bewohner*innen ein stärkeres Gefühl der Verbundenheit und Zugehörigkeit zur Hustadt aufgrund lokaler gemeinschaftlicher Unterstützungsstrukturen. Solche Strukturen wurden als wichtig erachtet, um ein Gefühl der Zugehörigkeit innerhalb und zwischen Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund zu fördern. Einige an den Befragungen partizipierende Migrant*innen wiesen außerdem darauf hin, dass sie in der Vergangenheit in anderen Stadtvierteln diskriminiert worden seien, was einen enormen Einfluss auf ihrer Identifikation mit ihrem derzeitigen Wohngebiet hat. Andere gaben jedoch an, dass dieses Zugehörigkeitsgefühl je nach Beschäftigungsstatus unterschiedlich ausgeprägt ist und dass Arbeitslose sowie Transferleistungsbezieher*innen sich weniger positiv über das Leben in diesen beiden Quartieren äußern. Einige Befragte sorgten sich über die Zukunft ihrer Kinder, weil es ihnen an Vorbildern in der Nachbarschaft mangelt, sie sich aber aufgrund der bereits erwähnten Herausforderungen, den ein Umzug in einen anderen Bochumer Stadtteil mit sich bringt, festgefahren fühlen. Andere äußerten die Befürchtung, dass jegliches Gefühl der Verbundenheit und

Zugehörigkeit im Handumdrehen verschwinden könnte, wenn sie gezwungen wären, umzuziehen, sobald ihre Kinder das arbeitsfähige Alter erreicht hätten und ihre Wohnbeihilfe gekürzt würde. Zudem macht die territoriale Reputation der beiden Bochumer Stadtquartiere den Zuzug von Mitgliedern der deutschen Mehrheitsgesellschaft weniger attraktiv. Dieser Sachverhalt mündet bei den befragten Migrant*innen im oft verbalisierten Wunsch, zur Verbesserung der Integrationschancen und Partizipationsmöglichkeiten mehr Kontakte zu den Menschen aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu erhalten.

6.5.2 Die Perspektive der Stakeholder*innen

„Und man bekommt auch, wenn man zum Beispiel einen migrantischen Hintergrund hat, ne, wenn man seines gleichen ist, das ist ja leider so. Was heißt leider, es ist so, ne. Da bekomme ich Hilfe, da werde ich verstanden, da spricht man meine Sprache. Und dann ziehe ich nicht irgendwo alleine irgendwo in eine bessere Wohngegend, wo ich ganz alleine bin.“ (Silke Ludwig, Bewohnerin).

In den mit den Stakeholder*innen geführten Interviews kam das gesellschaftlich stets heterogen diskutierte Phänomen der Integration des Öfteren zur Sprache. Gerade weil das multikomplexe Gesellschaftsphänomen der Integration am Beispiel von segregierten Wohnquartieren nicht selten vor dem Hintergrund einer medialen Aufmerksamkeits- und Empörungsindustrie und zu meist ohne die nötige Differenzierung debattiert wird (siehe dazu Kapitel 3), war es den befragten Expert*innen ein Anliegen, eine „Kultur des genauen Hinsehens“ (Schiffauer 2008: 15) zu pflegen. Im Rahmen der Datenanalyse kristallisierten sich zwei Oberkategorien heraus. Zum einen standen wiederholt die Bedingungen, Motive und Herausforderungen im Zentrum der Auseinandersetzung, die mit der Ansiedlung von Migrant*innen und Menschen mit Migrationshintergrund in der Hustadt und im Uni-Center einhergehen. Wie das Eingangszitat zu Beginn des Kapitels zeigt, werden die im Fokus der Forschung stehenden beiden Bochumer Nachbarschaften als urbane *Ankunftsquartiere* bezeichnet, die für die Neuzuzügler*innen spezifische materielle sowie immaterielle Ressourcen und Gelegenheitsstrukturen zum Ankommen und Einleben bereitstellen. Die zweite Oberkategorie thematisiert die Herausforderungen der *Integration bei Frauen*, die in diesen von Mehrfachdiskriminierung betroffenen urbanen Quartieren von internen sowie externen Barrieren und Schließungstendenzen charakterisiert ist. In den Formen der diasporischen Kettenansiedlung, die bereits in Kapitel 3 und Kapitel 6.1 ausführlich diskutiert wurden, sehen die befragten Stakeholder*innen ebenfalls Gründe, die zur Herausbildung von mehrheitlich migrantisch geprägten Urbanräumen führen, die in der eng-

lischsprachigen Forschungsliteratur zum Thema Migration und Integration als *arrival neighborhoods*¹⁰ bezeichnet werden. Diese räumlichen und sozialen Integrationsschleusen sowie Knotenpunkte für Teilhabe, die muttersprachliche Kommunikationsmöglichkeiten, kultursensible Netzwerk- und Solidaritätsstrukturen, ethnische Ökonomien sowie kulturelle Wärme spendende Vertrauensmuster offerieren, sind ein Produkt jahrzehntelanger Anstrengung (vgl. Dogramaci et al. 2020; Hanhörster & Franz 2020; Hans et al. 2019; Saunders 2010; Meeus et al. 2019). Von diesen Integrationsleistungen profitieren nicht nur die Neuankömmlinge in den beiden Bochumer Quartieren, sondern ebenfalls die sozialarbeiterisch tätigen Expert*innen der Sozialträger und der Kommune sehen in den Gelegenheitsstrukturen der *Ankunftsquartiere* recht viele das Einleben, die Integration und das Teilhaben begünstigende Kriterien. Ein Mitarbeiter des Kommunalen Integrationszentrums der Stadt Bochum führt wie folgt aus:

„Einige Vorteile, die haben die Neuzugewanderten jetzt natürlich. Es bestehen schon gewisse Strukturen und sie können sich den Strukturen anschließen und müssen keine neuen Strukturen aufbauen. Und insbesondere Erfahrungen werden da weitergeleitet. Die Menschen, die vor Ort sind und in den 1990er Jahren nach Deutschland gekommen sind, haben gewisse Sachen durchgemacht. Und das müssen andere, weil die Sachen vielleicht identisch sind, vielleicht nicht durchmachen und kriegen vielleicht Tipps. Das ist ein Vorteil. [...] Die Menschen, die jetzt neu dazugekommen sind, haben ihre Community vor Ort gefunden. Kriegen auch von den jeweiligen Communities Tipps und Unterstützung. [...] Und irgendwie fühlen sich auch die Menschen, die schon länger hier leben und aus dem eigenen Kulturkreis kommen, dazu auch berufen, diesen Menschen zu helfen. Und dann gibt es halt ein Hilfesystem in ehrenamtlicher Form, das halt nicht immer sichtbar ist, was ich persönlich auch gut finde und wertschätze.“ (Enver Kerem, Stadt Bochum)

Hand in Hand gehen diese diasporischen Unterstützungsressourcen innerhalb der ethnischen Gemeinschaft oder der Sprachgruppe mit solidarischgemeinschaftlichen Nachbarschaftshilfen, bei denen auch Mitglieder der deutschen Mehrheitsgesellschaft den Teilhabeprozess von Menschen mit Migrationsgeschichte mit Rat und Tat unterstützen. Eine seit mehreren Jahrzehnten im Uni-Center wohnende Stakeholderin berichtete im Interview von ihrer jesidischen Nachbarin im Alter von Mitte 30, die in ihrem Herkunftsland keine formale Schulbildung erhalten hat und nun als Mutter von vier Kindern nicht nur ihren von multiplen Knappheiten geprägten Alltag bewältigen, sondern darüber hinaus einen Schulabschluss in Deutschland nachholen muss, um nach der Ausbildung über eine gesicherte Existenz fernab von sozialen Transferleistungen,

¹⁰ Heike Hanhörster und Susanne Wessendorf führen zum Konzept der *arrival neighborhoods* aus: „Providing resources such as services for newcomers (e.g., international money transfers), casual work in non-knowledge sectors [...], and access to affordable housing, arrival neighbourhoods offer important opportunities for migrants to gain a foothold in their new country. [...] The area is characterised by informal structures, offering migrants – in addition to access to housing – a range of arrival resources such as access to employment. Often, the brokering of jobs and housing goes beyond co-ethnic networks, occurring between long-established migrants and newcomers. [...] Immigrants in such neighbourhoods often enjoy the support of long-established migrants in the form of social networks and local infrastructures (e.g., migrant-run businesses). Such networks sometimes also facilitate access to resources (such as jobs, advice centres or religious institutions) located outside the neighbourhood.“ (Hanhörster & Wessendorf 2020: 5)

Unterschichtung¹¹, Dequalifizierung, Fremdbestimmung, Minijobs und Aushilfstätigkeiten zu verfügen. Die Stakeholderin bezeichnet ihre Nachbarin als starke, lebenserfahrene, lebenskluge und selbstbewusste Frau, die jedoch bei der Bewältigung formaler bürokratischer Hürden, bei der Bearbeitung von Anträgen und bei Behördengängen eine Hilfestellung benötige. Dieser Systemunvertrautheit, die insbesondere bei migrantischen Bewohner*innen zu beobachten sei, wird durch aktive Nachbarschaftshilfe und Empowermentarbeit entgegengewirkt. In der Vergangenheit konnte die befragte Person einer aus Russland eingewanderten Migrantin bei der Anerkennung ihres Schul- und Universitätsabschluss behilflich sein. Eine Äthiopierin ermutigte sie zur Beantragung einer Mutter-Kind-Kur, in der die besagte Person Kräfte regenerieren konnte, um zeitlich später eine Ausbildung als Arzthelferin bei der Diakonie zu beginnen. Aus den regelmäßig stattfindenden Austauschtreffen zwischen den deutschstämmigen Bewohner*innen und den Migrant*innen im Uni-Center schöpfen in erster Linie Migrantinnen lebensbejahende Ressourcen, Mut und Selbstbewusstsein für eine selbstbestimmte, emanzipierte und progressive Lebensführung, die in einem durch Männer dominierten kulturellen Kontext keine Selbstverständlichkeit ist (vgl. Cöster 2016). Die oben bereits erwähnte Stakeholderin führte diesen Sachverhalt im Interview folgendermaßen aus:

„Man kann nicht sagen, dass diese Frauen nicht in der Lage sind, zu beschreiben, was ihre Probleme sind. [...] Und beide Frauen sind starke und selbstbewusste Frauen. Wobei die Muslimin von ihrem ersten Mann davongelaufen ist, der hat sie geprügelt, und der zweite Mann drangsaliert sie psychisch. Sie hat aber von den Kindergärtnerinnen so viel Rückhalt, dass sie sich da jetzt zur Wehr gesetzt hat. Sie hat sozusagen mit mir geprobt und hat gesagt, die Kindergärtnerinnen haben gesagt, ich muss mir das nicht alles gefallen lassen. ‚Und ich habe ja schon mal eine Ehescheidung durchgesetzt. Und jetzt habe ich mir vorgenommen, meinem gegenwärtigen Mann, ich will mich eigentlich nicht scheiden lassen. Aber wenn er sich so benimmt, werde ich ihm sagen, ich gehe und wenn dir das nicht passt. Du kannst die Kinder alle haben. Ich gehe auch ohne die Kinder.‘ Das hat sie also richtig so geprobt mit mir auf Deutsch und hat das offensichtlich dann durchgezogen. Irgendwann sagte ich: ‚Sie sehen aber heute gut aus. Haben Sie heute gut geschlafen?‘ Und dann hat sie gesagt: ‚Ich bringe gerade die Kinder in den Kindergarten. Gehen wir dann durch den Wald zurück?‘ Und dann hat sie gesagt: ‚So, ich hab ihm gesagt, du weist ich, du bist mein zweiter Mann. Ich bin schon einmal gegangen, und das lasse ich mir nicht mehr gefallen.‘ Und seitdem geht es besser. Ich habe ihr gesagt: ‚Es wird auch wieder Rückfälle geben, sind sie nicht zu optimistisch. Aber bleiben sie dabei. Und das geht wohl auf einem guten Weg.‘ Also, die Frauen sind stark.“ (Sophia Blankenberg, Bewohnerin)

¹¹ Mit dem Terminus Unterschichtung wird in der Integrationsforschung ein Schichtenbildungsvorgang beschrieben, bei dem Migrant*innen Arbeitsverhältnisse in den so genannten 3-D-Jobs (dirty, dangerous, demanding) annehmen müssen, die in der untersten Hierarchieebene zu verorten sind und die von den Mitgliedern der Hegemonialgesellschaft aus diversen Gründen gemieden werden. Der Soziologe Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny führt dazu folgende Aspekte aus: „Auf der Statuslinie »ethnischer Zugehörigkeit« besetzen die Einheimischen nach ihrer eigenen Definition die hohen Positionen und schreiben den ethnisch fremden Gruppen die tiefen Positionen zu. Aus der Sicht der Einheimischen rechtfertigt diese Konstellation die niedrigen Ränge der Einwanderer auf der Einkommens- und Berufslinie sowie die Versagung von Aufstiegsmöglichkeiten.“ (Hoffmann-Nowotny 1973: 240)

Dass Frauen in den beiden Quartieren insbesondere vor dem Hintergrund der Dimensionen Vulnerabilität, Respektabilität, Nicht-Teilhabe, Diskriminierung und Benachteiligung im Vergleich zu den männlichen Bewohnern besonders betroffen sind, klingt in dieser Aussage bereits an. Die befragten Stakeholder*innen gingen unisono mit der These d'accord, dass Frauen mit Migrationserfahrung in diesen beiden Stadtquartieren aufgrund diverser Faktoren einen erschweren Zugang zu gesellschaftlichen Teilhaberesourcen und Integrationspotenzialen besitzen. Auch wenn in der akademischen Debatte zur „Feminisierung der Migration“ (Castles & Miller 2003: 9) die Bedeutung der Frau im globalen Wanderungsgeschehen durch eine kritische Neubetrachtung deutlich aufgewertet wurde, sind es doch die sozial, kulturell und religiös determinierten Strukturen in der Alltagswirklichkeit, die exkludierende Wirkkräfte besitzen und eine chancengleiche Integration teilweise verlangsamen bzw. partiell verhindern. Diese Hürden, Herausforderungen und Barrieren, die es im Folgenden noch genauer zu skizzieren gilt, lassen sich in ähnlich gelagerten Ausprägungen ebenfalls in anderen *arrival neighborhoods* im Ruhrgebiet erkennen (vgl. Cöster 2010/ Cöster 2012). Nicht selten ist die patriarchal dominierte Lebenswirklichkeit der Frauen im Uni-Center und in der Hustadt geprägt von zeitintensiven familiären Verpflichtungen und Care Arbeit, die alleinig im Verantwortungsbereich der weiblichen Familienmitglieder liegen. Klassische weibliche Rollenbilder, die daraus hervorgehenden repressiven Verhaltensweisen sowie das Zurückgeworfensein auf einen häuslich-privaten Interaktions- und Kommunikationsradius beeinträchtigen sowohl die Bildungsaspirationen als auch die Integrationswünsche durch systematischen Spracherwerb¹² nachhaltig negativ. Das Thema Gewalt und Unterdrückung sowie religiös motivierte Zwangs- oder Mehrfachverheiraten werden in den Interviews ebenfalls angesprochen. Der soziale Status und die habituelle Prägung der Frauen, die die Alltagswirklichkeiten der Frauen in den beiden Nachbarschaften bedingen, wirken sich zudem auf die Bildungschancen und die damit verbundene soziale Aufwärtsmobilität aus (vgl. Treibel 2015: 100 ff./ Schneider et al: 2015, El-Mafaalami 2020: 153 ff). Dies wird auch aus den folgenden Aussagen eines Politikers ersichtlich:

„Auch Frauen mit ihren spezifischen Problemen auch in ihrem familiären und kulturellen Umfeld dort zu stützen, da kommt aus meiner Sicht den Kitas und den Schulen und dem Stadtteilmanagement auch aus meiner Sicht wirklich eine besondere Bedeutung noch mal zu.“

¹² Dass der systematische Spracherwerb und die intergenerationalen Bildungsdefizite auch Probleme für die in Deutschland geborene Kinder von Migrant*innen (2. Generation) darstellen, hat Anna Caroline Cöster im Rahmen ihrer empirischen Studie über die Frauen in Duisburg-Marxloh herausgearbeitet: „Ein großer Teil dieser Kinder (37 Prozent) spricht zuhause mit den Eltern vorrangig eine andere Sprache als Deutsch. Die deutsche Sprache wird von diesen Kindern erst in der Kindertagesstätte erlernt, aber aufgrund fehlender Kontakte zu Deutschen wenig erprobt. Zuwandererkinder stellen in den Kindertagesstätten bereit die Mehrheit und sprechen untereinander meist in der Sprache des Elternhauses. [...] Ein weiterer Faktor ist in der sozialen Herkunft der Personen zu sehen und somit in der Bereitschaft, der Sprachvermittlung an die Kinder Priorität einzuräumen. Das Weitergeben von Sprachkompetenzen, die man selbst nur unter Mühen erlangt hat, verlangt nach gezielter Anstrengung, wozu sich viele der Zugewanderten im Stadtteil nicht in der Lage sehen.“ (Cöster 2012: 228 f.)

Und das ist so, dass viele Frauen nach wie vor, das kriegt man auch mit in der Hustadt, im traditionell tradierten Frauenverständnis sind. Das sehen sie an der Kleidung, das sehen sie auch durchaus, wenn sie sich mit denen unterhalten, dass die Sprache nicht gut gesprochen wird, obwohl sie schon 30 oder 35 Jahre da sind. Weil der Ehemann oder die Söhne immer, oder die Töchter, alles organisiert haben. Wenn sie dann zum Arzt gehen oder zu Behörden, brauchen die nach wie vor einen Dolmetscher. Die haben die Integration der letzten dreieinhalb Jahrzehnte, so kann ich das zumindest über die Hustadt sagen, auch eben die Integration von Menschen mit Migration, die dort hingekommen sind, insbesondere der Frauen, durch nicht vorhandene Angebote auch nicht gut hinbekommen. [...] Viele Jugendliche sind auch mit einem Gewaltphänomen innerhalb der eigenen Familie groß geworden. Und ich weiß auch von vielen Frauen und Ehefrauen, dass sie auch im familiären Umfeld auch mit massiver Gewalt zu kämpfen haben. Deshalb braucht es auch wirklich niedrigschwellige Angebote im Sinne von Integration und Sprachkursen.“ (Emre Demirbay, Politiker Landtag NRW)

Ein Mitarbeiter des Kommunalen Integrationszentrums der Stadt Bochum, der die lokalen Verhältnisse sowie die Lebensumstände der Migrantinnen vor Ort durch seine aufsuchende Arbeit ebenfalls kennt, berichtete im Interview über teilweise ähnlich gelagerte Phänomene, die das Ableiten von kohärenten Mustern und Strukturen bei der Benachteiligung der Frauen im Integrationsprozess zulassen:

„Ja, eine andere Herausforderung ist natürlich in Sachen Bildung. Insbesondere bei den Integrationskursen ist zu beobachten, dass der Zugang zu diesen Kursen für Frauen halt nicht so einfach ist wie für die Männer. Weil es oft damit begründet wird, ja, Kind ist zuhause. Sie muss auf das Kind aufpassen. Und die Frau ihr Kind nicht irgendwo abgeben will, weil das Kind auch nicht in die Kita kann. Und dadurch der Mann natürlich einen Fortschritt hat, was Bildung angeht, zumindest weil man da nicht so konkrete Lösungen hat. Dann steigt die Frau halt viel später ein. Und dann ist es wiederum vielleicht nicht immer so einfach. Aufgrund der klassischen Rollenverteilung gibt es natürlich nach wie vor Nachteile und gesonderte Herausforderungen.“ (Enver Kerem, Stadt Bochum)

Die Gedankenkurzschlüsse bei der ferndiagnostischen Bewertung der praktischen Herausforderungen und Schwierigkeiten bei der Integration von Menschen aus einem in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung als „Problemviertel“ verschrienen Stadtquartier verweisen stets auf die vorschnelle Verknüpfung der beiden Phänomene „Armut“ und „Migration“, die als *self fulfilling prophecy* wiederum als eine Art Marginalisierungsbeschleuniger wirkt (vgl. Hill 2016: 44 ff.). Vielmehr verbergen sich hinter den „ethnisch“ markierten und „migrantisch“ gelabelten Problemlagen dieser prekären Milieus soziale Schließungstendenzen, Formen des gesellschaftlichen und räumlichen Ausschlusses, Ungleichheitserfahrungen, Varianten der systematisch-institutionellen Mehrfachdiskriminierung (Treibel 2015: 106 ff.) und antimuslimischer Rassismus (vgl. Shooman 2011). Von diesen Dynamiken sind Frauen im Uni-Center und in der Hustadt überproportional stark betroffen. Diese Tendenzen der Mehrfachdiskriminierung von Frauen, die sich im Rahmen ihrer individuellen Bewältigungsstrategien gesellschaftlich zurückziehen, in der „eigenen Blase“ (Elke Meier, Sozialarbeiterin vor Ort) verharren und die innerfamiliäre Care Arbeit als zentralen Lebensinhalt definieren (müssen), werden von sozialarbeiterisch tätigen Institutionen und sozialen Träger*innen erkannt. Wie wichtig Integriertsein, Teilhabe, Mitgestaltung und das Erfahren von Selbstwirksamkeit für Frauen mit

Migrationserfahrung in benachteiligten Stadtquartieren ist, wird im Interview mit den Mitarbeiterinnen des Seniorenbüros Süd im Uni-Center deutlich. In dieser Beratungsstelle besitzen Frauen mit der Unterstützung des Jobcenter die Möglichkeit, auf einem finanziell recht geringen Niveau einer geregelten Arbeit nachzugehen, die ihrem Alltag Strukturen, Orientierungen und Routinen verleiht, der vorher ausschließlich durch einen Überschuss an freier Zeit (vgl. Jahoda et al. 2015) oder durch Care Arbeit charakterisiert war. Die eigeninitiative und kreative Mitgestaltung der hausinternen Arbeitsschritte, das niedrigschwellige Involviertsein in Projektabläufe und bürokratisch-administrative Problemlösungsverläufe sowie die allmähliche Aneignung einer Systemvertrautheit lässt die Leiterinnen des Seniorenbüros Süd zu der Erkenntnis gelangen, dass die Integrationsbemühungen nachhaltige Transformationsprozesse bei den Frauen auslösen. Diese Veränderungen, herbeigeführt durch die alltägliche Kommunikation in der deutschen Sprache, die zwischenmenschlichen und durch wechselseitige Wertschätzung geprägten Interaktionsformen und nicht zuletzt durch das ausgebildete Bewusstsein, „ein Teil dieser Gesellschaft zu sein“ (Galina Kusnezow, Sozialarbeiterin vor Ort), kleidet eine Mitarbeiterin des Seniorenbüros Süd folgendermaßen in Worte:

„Auf jeden Fall die Erfahrung, dass ich als Frau da wirklich eine Rolle spiele, für eine Arbeit Geld bekomme und Leistung abgefragt wird. Nicht so: ‚Schön, dass du da bist, machen musst du eh nichts. Bist ja so eine Arme, du kannst ja auch kein richtiges Deutsch. Und du bist ja gar nicht von hier und finden wir ja ganz niedlich deswegen.‘ Nein, wir erwarten Pünktlichkeit, dass du deinen Jobs machst, dass du klare Strukturen hast, du hast Urlaub, du hast Tage, wo du dir freinehmen kannst, wenn du irgendetwas hast. Dann musst du dich abmelden. Also klare Arbeitsstrukturen, die jede Arbeitnehmerin hat. Was das macht? Erst mal eine Irritation zu Beginn und auch Lernprozess. Aber letztendlich, wenn es lange genug dauern kann, also ein bisschen länger als ein halbes Jahr, oder zwei drei. Wie sich dann die Persönlichkeit entwickelt, die dann ganz anders auftritt und dann mal das Wort ergreift und sagt, was sie richtig findet und nicht. Das finde ich eine tolle Entwicklung. Und nur so geht es. Oder das ist ein Weg, wie es gehen kann. [...] Das ist eben eine Erfahrung, da kann ich nur sagen, das sollte man weiter fördern.“ (Elke Meier, Sozialarbeiterin vor Ort)

Mitarbeitende und beteiligte Frauen mit Migrationserfahrung, die aber auch Besucher*innen und Ehrenamtliche sein können, kommen durch ihre aktive Beteiligung in den Genuss von Anerkennung und Wertschätzung, die in ihrer Lebenswelt nur bedingt zuteilwird und primär im Kontext von Care Arbeit. Die Frauen schaffen sich eine „Insel im Alltag“, die als dialogischer und interaktiver Begegnungsort ein in Kontakt kommen mit Mitgliedern der deutschen Mehrheitsgesellschaft ermöglicht. Auf einer emotionalen Ebene sind diese interkulturellen und diversitätsorientierten Begegnungsorte, bei denen soziale Interaktionen und Austausch eine wichtige Rolle spielen, relevante Multiplikatoren für die Identitätsstiftung der Frauen in der neuen Heimat. Mit ihnen gehen ein Zugewinn an Selbstvertrauen, Selbstsicherheit und Gefühlen der sozialen sowie räumlichen Zugehörigkeit einher. Vor dem Hintergrund des Sachverhaltes, dass zahlreiche Frauen in ihren Herkunftsländern berufstätig waren, hohe Bildungsab-

schlüsse erzielen konnten und nach ihrer Ankunft in Deutschland eine Entwicklung der Dequalifizierung, Nichtanerkennung und Entwertung ihrer bisherigen Lebensleistungen durchlaufen mussten (Treibel 2015: 98 f.), ist die Erfahrung von Anerkennung, Wertschätzung und Statuszugewinn über die Mitarbeit in sozialarbeiterischen Einrichtungen umso wichtiger, da hier wichtige Fähigkeiten und Kompetenzen für die Integration in den ersten Arbeitsmarkt erlangt werden können. Trotz dieser positiven Aspekte sei hier bemerkt, dass die Frauen der ersten Einwanderer-Generation im Uni-Center und in der Hustadt auf Grund struktureller Barrieren oftmals in prekären Niedriglohnbeschäftigungen wie Ein-Euro-Jobs beschäftigt sind. Die Mitarbeiterinnen des Seniorenbüros Süd rekurren jedoch auf die Zentralstellung der Niederschwelligkeit dieser Empowerment-Angebote, die dazu führt, dass Frauen ihre anfängliche Skepsis, ihre Unsicherheiten und ihre Vorbehalte im Umgang mit einer „deutsch“ kategorisierten Institution sukzessive ablegen und die positiven Erfahrungswerte nutzen, um proaktiv, selbstbewusst und gestärkt zukünftige Herausforderungen im Integrationsprozess lösungsorientiert anzugehen.

6.5.3 Vergleichsperspektive

Die analysierten Erkenntnisse zu den Themenbereichen Teilhabe und Segregation verdeutlichen einmal mehr die Zentralstellung und die Wichtigkeit einer dauerhaften Etablierung von Kontakt- und Interaktionsräumen, in denen Menschen aus migrantischen sowie migrantisierten Communities mit Mitgliedern aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft gemeinschaftlich, kollaborativ und partizipativ an der gesamtgesellschaftlichen Querschnittsaufgabe Integration arbeiten. Auch wenn die urbanen Ankunftsquartiere für Migrant*innen in einem nicht unerheblichen Maße ein Resultat von strukturellen und institutionellen Mehrfachdiskriminierungen sind, können diese *arrival neighborhoods* auch als Integrationsschleusen fungieren, die den Weg in die Mehrheitsgesellschaft bahnen. Veranschaulicht werden konnte dieser Teilhabeprozess an der Rolle der Frau. Ohne Zweifel besitzen Frauen in den beiden Nachbarschaften durch ein die Alltagswirklichkeit determinierendes traditionelles Geschlechterverständnis erschwerte Startbedingungen bei der Integration. Dennoch lässt sich teilweise eine positive Diskursverschiebung erkennen: Immer mehr Migrantinnen lösen sich von den vorgezeichneten Erwartungshaltungen, lassen Bildungsaspirationen erkennen, streben soziale Aufwärtsmobilität an sowie Emanzipation und Autonomie. Insbesondere diversitäts- und kultursensible Empowerment-Offerten, in denen Zugewanderte mit Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft auf Augenhöhe interagieren sowie kollaborativ und lösungsorientiert Teilhabechancen schaffen, können den Zugang der Migrant*innen zu zentralen gesellschaftlichen Ressourcen wie Arbeit, Ausbildung,

Erziehung, Wohnen, Gesundheit und Recht ermöglichen. De facto bleibt den Frauen der 1. Einwanderergeneration in den beiden untersuchten Nachbarschaften die soziale Aufwärtsmobilität jedoch auf Grund struktureller Barrieren überwiegend verwehrt.

7. Analysen und Handlungsempfehlungen

In diesem Kapitel des Abschlussberichtes steht die zusammenführende Analyse der Erkenntnisse des einjährigen Projektes „PARTSINT. Migrationsstädte ermächtigen“ im Zentrum der Argumentation, die im Rahmen der Untersuchung zu den Phänomenen Wohnverhältnisse und Integration in den beiden Bochumer Nachbarschaften Uni-Center und Hustadt eruiert werden konnten. Ebenfalls gilt es, Handlungsempfehlungen zu entwickeln, die aus den empirischen Daten abgeleitet werden konnten. Die hier präsentierten Schlussfolgerungen, die ebenfalls die im Dialog erzeugten Ergebnisse der beiden durchgeführten Policy Cafés berücksichtigen, gelten für das Gesamtprojekt PARTSINT. Diese Handlungsempfehlungen wurden sowohl bei dem an der Hochschule für Gesundheit in Bochum am 13.06.2022 unter Beteiligung der in das Projekt involvierten Stakeholder*innen, Stadtteilmforscher*innen, Politiker*innen, kommunalen Entscheidungsträger*innen, Vertreter*innen der vor Ort tätigen Sozialträger*innen und dem wissenschaftlichen Projektteam durchgeführten 1. Policy Café als auch bei dem am 01.12.2022 vom Kommunalen Integrationszentrum der Stadt Bochum organisierten 2. Policy Café erarbeitet. Die Ambition des Projektes, der Ko-Produktion von Wissen eine Zentralstellung beizumessen, wurde mit diesen Foren neuerlich unterstrichen. Bei diesen beiden Veranstaltungen konnten nicht nur die wichtigsten Ergebnisse der empirischen Untersuchung einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert werden. Vielmehr ging es um einen Austausch, einen Dialog und eine kritische Diskussion über praxistaugliche Konzepte und Strategien, die den multikomplexen Problemlagen der lokalen Bevölkerung bedarfsorientiert, diversitätssensibel, passgenau und nachhaltig Rechnung tragen.

In der Folge werden nun die aus den empirischen Ergebnissen abgeleiteten und während den beiden Policy Cafés diskutierten konkreten Handlungsfelder identifiziert, die eine Verbesserung der Wohnverhältnisse in den beiden Bochumer Quartieren bewirken können. Ein Handlungsfeld wird hier als ein Interventionsbereich verstanden, innerhalb dessen die im Projekt beteiligten Akteur*innen einen Beitrag leisten, um die Wohnverhältnisse und die damit einhergehenden Integrationschancen der Bewohner*innen zu optimieren.

7.1 Infopoint Integration & Beratung erreichbar machen (digital, diversitätssensibel, antidiskriminierend)

In diesem Handlungsfeld steht die Konzeption, Etablierung und Verstetigung eines Informationsstandes im Uni-Center im Mittelpunkt, der die lokale Bevölkerung in regelmäßigen Abständen über Rechte und Pflichten von Mieter*innen und Vermieter*innen in Kenntnis setzt. Dieser Infopoint kann als „Wohn-Kiosk“, „Gutes Leben Kiosk“ oder „Mobile Infobar“ betitelt werden. Das Beratungsteam wird multiprofessionell aufgestellt werden. Es umfasst Vertreter*innen von den lokal agierenden Sozialträger*innen, Personal des Kommunalen Integrationszentrums der Stadt Bochum, die für Bochum Süd zu Beginn des Jahres 2022 für den Bereich Integration neu eingestellte Case-Managerin, Vertreter*innen der Kirche, Mitarbeiter*innen des Gesundheitsamtes der Stadt Bochum sowie Jurist*innen, die mit ihrem Wissen in Sachen Mietrecht Hilfestellung leisten können. Die in den Wohnquartieren anfallenden Missstände und baulichen Mängel werden systematisch dokumentiert. Um in einer breiten Öffentlichkeit ein Bewusstsein für die multikomplexen Problemlagen der lokalen Bevölkerung zu schaffen, werden ebenfalls internetmediatisierte Dienste genutzt. Eine personelle Aufstockung soll im Uni-Center das von der IFAK e.V. und der Stadt Bochum gemeinsam betriebene Seniorenbüro Süd erhalten. Insgesamt herrscht eine Notwendigkeit, finanzielle Ressourcen einzusetzen, um Wandlungsprozesse im Bereich Wohnen und Integration in den beiden Bochumer Nachbarschaften zu intensivieren. Dies würde ebenfalls die verstärkte Einbindung des Expert*innenwissens der Stadtteilmforscher*innen betreffen, die wichtig Arbeit bei der Community-Bildung leisten.

7.2 Community Sprachrohr & Partizipation

Das Handlungsfeld „Community Sprachrohr & Partizipation“ sieht die Etablierung einer institutionsübergreifenden Taskforce vor, in der unterschiedliche Akteur*innen Ressourcen, Kompetenzen, Qualifikationen und Know-how zusammenführen, die Fäden des kollaborativ generierten Engagements bündeln und Potenziale der Selbstermächtigung fördern. Hierbei wird eine differenzierte Betrachtung dieser beiden recht unterschiedlichen urbanen Sozialräume notwendig sein, die spezifische Bedarfe aufweisen und daran ausgerichtete Unterstützungsstrukturen benötigen. Die neu zu etablierende Taskforce wird sich schwerpunktmäßig um die Erarbeitung einer juristisch unterfütterten und kommunal umsetzbaren Hebelwirkung bemühen, die bei Strategien gegen die Ausbeutung von migrantischen Mieter*innen Hilfestellung liefert. Das aus Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen zusammengesetzte Gremium muss sich um die Konsolidierung einer durchsetzungsfähigen „Kultur der Verantwortlichkeit“ im Uni-Center kümmern,

die schonungslos Probleme benennt und Lösungen in Absprache mit allen Betroffenen erarbeitet. Der Zugang zu Entscheidungsträger*innen aus den privatwirtschaftlich betriebenen Wohnkomplexen stellt hierbei eine große Herausforderung dar, da eine Beendigung der ausbeuterischen sowie unverhältnismäßigen Miet- und Wohnverhältnisse der Menschen im Uni-Center und in der Hustadt auch im Interesse dieser am initiierten Wandlungsprozess gar nicht beteiligten Akteur*innen sein sollte.

Aus dem 2. Policy Café entstand in diesem Zusammenhang die AG Gemeinsam sind wir stark, die sich aus der zivilgesellschaftlichen Organisation „Stadt für Alle“, Mieter*innen und dem Stadteillabor Bochum (PARTSINT Projektleitung) mit zehn Stadteilmforscher*innen zusammensetzte. Insgesamt fanden von Oktober 2022 bis August 2023 20 Treffen statt und wurden verschiedene Aktionen zur Mobilisierung der Mieter*innen durchgeführt. Hierfür führten die Stadteilmforscher*innen gemeinsam mit der Projektleitung Tür-zu-Tür Gespräche durch, ließen sich belastenden Wohnraum der Mieter*innen zeigen und luden zu den monatlichen Treffen der AG ein. Als Ergebnis dieser Tür-zu-Tür Mobilisierung fanden Mieter*innen Treffen in den kostenlos zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten des Evangelischen Gemeindezentrums statt. Insgesamt fanden vier Mieter*innen Treffen statt, die anfangs von 50, dann 30, 20 und schließlich 8 Mieter*innen besucht wurden. Auf Grund der geringen Teilnahme der Mieter*innen wurden die AG Aktivitäten Ende August 2023 zunächst eingestellt. Sobald sich eine Mindestzahl von 10 Mieter*innen zusammenschließen wird die AG wieder aktiv. Ende September plant das Stadteillabor mit den Stadteilmforscher*innen auf dem Stadteilmfest in der Hustadt einen Informationsstand zum Thema Belastendes Wohnen/Problemimmobilien in der Hustadt und im Uni-Center zur weiteren Mobilisierung von Mieter*innen. Die fehlgeschlagene Mobilisierung durch ausschließlich ehrenamtlich durchgeführten Mobilisierungsaktionen der AG Gemeinsam sind wir stark zeigt, dass es zur Aktivierung marginalisierter Mieter*innen deutlich mehr Ressourcen und vor allem auch eine strukturelle Verankerung bei den sozialen Einrichtungen im Stadtteil benötigt, um die mangelnde Kultur des Aufbegehrens effektiv zu begegnen.

7.3 Ämter- & organisationsübergreifende Zusammenarbeit

Die Vernetzung und die inter- sowie transprofessionelle Zusammenarbeit bei der Lösung der multikomplexen Herausforderungen der Mieter*innen zwischen dem Kommunalen Integrationszentrum der Stadt Bochum, dem Jobcenter, dem Stadtplanungsamt, dem Ordnungsamt und

dem Gesundheitsamt steht im Fokus der Interventionsmöglichkeiten des dritten Handlungsfeldes. Insbesondere für die Transformation der Lebens- und Wohnverhältnisse im Uni-Center ist die Durchführung einer „Konzertierten Aktion“ vonnöten, bei der auch die am Rahmenplan „Campus Bochum“ beteiligten Akteur*innen einbezogen werden. Auch in diesem Handlungsfeld könnte die Einrichtung eines Stadtteilgesundheitszentrums mit Verweis auf die Verpflichtungen der sozialarbeiterischen Sorgearbeit der Stadt Bochum realisiert werden. Diese Anlaufstelle könnte nicht nur Informationen zur wohnräumlichen, mietrechtlichen und gesundheitsbezogenen Verbesserung der Lebenswirklichkeiten in den Nachbarschaften zur Verfügung stellen, sondern ebenfalls kollaborativ erzeugte und über die Stadtteilmforscher*innen an die lokale Bevölkerung kommunizierte Wissensressourcen zur Selbstermächtigung offerieren.

Im Anschluss an das 2. Policy gründete sich zur Erreichung dieser Ziele die AG Pro-Unicenter, eine Plattform, deren gemeinsames Ziel es ist, die Situation im Unicenter zu verbessern; gut gepflegte Wohnungen, umfassende Sanierungen, verbessertes Wohnumfeld und aktivierte Gewerbeflächen anzustreben. Ziel ist es, den Mieter*innen Visionen einer Revitalisierung des Uni-Center als lebenswerten Ort zu vermitteln. Daher adressiert sie in ihren Aktivitäten Mieter*innen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Geschäftsleute unter Einbeziehung der Kommunalpolitik als entscheidendem Akteur, der Verwaltung als umsetzenden und dem Mieterverein als juristisch beratendem Akteur. Mitglieder der AG sind Repräsentant*innen des Mietervereins Bochum e.V. des Kommunale Integrationszentrums Bochum, lokale Politiker (Grüne) und als passives Mitglied die PARTSINT Projektleitung. Bisher hat die AG einen Stadtrundgang durchgeführt und beteiligen sich einzelne Mitglieder an der Organisation eines Sommerfestes im Uni-Center Anfang September 2009.

7.4 Verbesserung der Miet- und Wohnverhältnisse durch eine kontinuierliche juristische Beratung & Stärkung eines „Willens des Aufbegehrens“

Das Wissen über die Rechte der Mieter*innen, die in unzumutbaren und desolaten Wohnverhältnissen leben und aus diversen Gründen gegen diese Formen der Ungleichbehandlung nicht aufbegehren, muss den Migrant*innen mithilfe juristischer Beratungsstrukturen zur Verfügung gestellt werden. Besonders der Mieterverein Bochum e.V. verfügt hierbei über eine ausgewiesene Expertise. Benötigt wird eine Selbstermächtigung der Mieter*innen, die in die Lage versetzt werden müssen, ihre Rechte als Mieter*innen gegenüber den Eigentümern der Problemimmobilien zu artikulieren und einzufordern. Die auf Diskriminierung basierende und durch

kapitalistische Interessen der privatwirtschaftlich betriebenen Immobilienkonzerne willentlich herbeigeführte Ausbeutung von Bewohner*innen, die als Transferleistungsbezieher*innen zu den schwächsten Gliedern der Gesellschaft gehören, muss politisches Handeln nach sich ziehen. Dies geht auch mit der nachhaltigen Stärkung eines „Willens des Aufbegehrens“ einher. Dieses Vorgehen ist insofern zielführend und folgerichtig, weil sich das kapitalistische Geschäftsmodell in erster Linie aus dem Gemeingut der Steuerzahler*innen speist. Juristische Interventionen und eine enge Abstimmung zwischen kommunalen bzw. städtischen Institutionen (Jobcenter, Amt für Soziales, Amt für Stadtplanung und Wohnen etc.) sind eine Voraussetzung für die Gewährleistung einer sorgsam, leistungsadäquaten und nachhaltigen Verwendung von solidarisch generierten Steuergeldern. Die Bezahlung der Mieten (Wohngeld oder Anspruch auf Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung bei ALG II) durch die oben genannten Institutionen der Stadt Bochum muss gekoppelt sein an die Vorhaltung akzeptabler Wohnverhältnisse. Dass die problematischen Wohn- und Lebenskontexte in Uni-Center und in der Hustadt sowohl zu einer Stigmatisierung von Migrant*innen führen als auch Segregationsprozesse und Integrationschwierigkeiten intensivieren, konnten die empirischen Daten aufschlussreich verdeutlichen.

7.5 Empowerment beim Integrationsprozess von Frauen

Frauen mit Migrations- und Fluchterfahrung sind im Uni-Center und in der Hustadt aufgrund vielschichtiger Determinanten mit einem vergleichsweise erschwerten Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen der Teilhabe und der Integration konfrontiert. Care Arbeit, patriarchale Ungleichheitsverhältnisse, Gewalt, tradierte klassische Rollenbilder und von multiplen Knappheiten charakterisierte soziale Lebenswelten erschweren und verhindern einen systematischen Spracherwerb und ein damit verbundenes in Kontakt treten mit Mitgliedern der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Bildungsaufstiege, soziale Aufwärtsmobilität und die Herausbildung eines Bewusstseins der Dazugehörigkeit sind vor dem Hintergrund dieser Faktoren nur schwerlich realisierbar. Zur Behebung dieser Problemkonstellationen benötigt es einerseits einen weiteren Ausbau von niederschweligen Bildungs- und Qualifizierungsangeboten, die gezielt auf die Situation der Migrantinnen eingehen. Um die oben skizzierten Familienstrukturen aufzubrechen, sind andererseits Offerten von Institutionen zur Kinderbetreuung erforderlich, die den Frauen mehr Freiräume zur persönlichen Entwicklung und zur beruflichen Selbstverwirklichung garantieren. Angesichts der erhöhten Vulnerabilität von Frauen, die in benachteiligten

Stadtteilen von Formen der intersektionalen Diskriminierung und von Dequalifizierungsprozessen betroffen sind, benötigt es bei der Empowerment-Arbeit eine feinfällige und von Empathie geprägte Sensibilität für die Lebensumstände von und für die unterschiedlichen Zugangsbarrieren mit denen Migrantinnen konfrontiert sind. Insbesondere Stadtteilmforschung mit ihrem transformativen Potential und das Expert*innenwissen der multiplikatorisch wirkenden Stadtteilmforscher*innen, die als Grenzgänger*innen zwischen den unterschiedlichen sozialen und kulturellen Milieus eine vermittelnde Instanz einnehmen können, muss bei diesen Teilhabeverwirklichungsvorgängen verstärkt inwertgesetzt werden.

7.6. Sozialer Status vs. ethnisch etikettierte Urbanprobleme der Segregation

Die Ergebnisauswertung der Forschung in Kapitel 6 förderte zutage, dass die territoriale Reputation der beiden Bochumer Quartiere durchweg negativ konnotiert ist. Die Ursachen hierfür sind zu suchen in kommunalen und wohnungsmarktspezifischen Segregationsmechanismen sowie in einer diasporischen Kettenansiedlung, bei der Urbanviertel bevorzugt werden, die sowohl kostengünstiges Wohnen als auch die Nähe zu Mitgliedern der eigenen ethnischen Community gewährleisten. Mittels holzschnittartige und komplexitätsreduzierender Gedankenkurzschlüsse wird vorschnell ein Bild von Parallelgesellschaften, ethnischer Verkapselung, Ghettos, städtischen Konfliktherden und „sozialräumlichen Polarisierungsprozessen“ (Ronneberger & Tsianos 2009: 143) gezeichnet, die eins zu eins adaptiert werden aus Diskursen der medial weit verbreiteten Aufmerksamkeits- und Empörungswirtschaft über „Migration“, „Armut“, „Arbeitslosigkeit“ und „Kriminalität“. Diese polarisierenden und stigmatisierenden Vorstellungen über das Zustandekommen, die Verfestigung und die Auswirkungen von benachteiligten und von Mehrfachdiskriminierung gekennzeichneten Stadtquartieren muss eine rationale, nüchterne und evidenzbasierte Betrachtungsweise entgegengestellt werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit Integrationsarbeit, Desintegration und dem Zusammenwachsen einer offenen Einwanderungsgesellschaft (Czollek: 2018, El-Mafaalani 2018: 17 ff.) zieht unweigerlich eine Diskussion nach sich, die hegemoniale, politische und wohnungsmarktspezifische Schließungstendenzen genauer in den Blick nimmt. Bei dieser Diskussion muss ungeschönt zur Kenntnis genommen werden, dass sich hinter vermeintlich „ethnisch“ etikettierten und „migrantisch“ gelabelten Problemen des urbanen Zusammenlebens nicht nur rassistische Denk- und Handlungsweisen verbergen, sondern ebenfalls willentlich herbeigeführte und gesellschaftlich konsensfähige Varianten der sozialen und räumlichen Ausschließung sowie systematische Diskriminierung, die

Migrant*innen in armutssegregierten Sozialmilieus gefangen halten (Cöster 2016: 346 ff.; Bukow 2015). Die Ergebnisse verweisen auch darauf, dass Bochum von einer Gesellschaft der radikalen Diversität (Czollek 2019) noch weit entfernt ist. Ein Diskussionsanstoß, der bereits beim 1. Policy Café verbalisiert wurde, befasste sich mit der Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle, die Varianten der Ungleichbehandlung auf dem Wohnungsmarkt systematisch dokumentiert, auswertet und auf der Grundlage der eingehenden Meldungen juristische und bürokratische Unterstützungsangebote bereitstellt.

7.7. Strategien zur Beteiligung von vermeintlich „schwererreichbaren“ Migrant*innen

Der Abschlussbericht des Forschungsprojektes hat in unterschiedlichen Passagen die mangelnde Partizipation von vermeintlich „schwererreichbaren“ Bevölkerungsgruppen thematisiert. Es handelt sich hierbei um eine Herausforderung, mit der das Quartiersmanagement sowie die sozialarbeiterisch tätigen Institutionen bei der alltäglichen Integrationsarbeit im Uni-Center und in der Hustadt konfrontiert sind. Auch wenn ein Spektrum an Empowerment-Angeboten für Migrant*innen auf lokaler Ebene zur Verfügung gestellt wird, ist die tatsächliche Nutzung dieser nur eingeschränkt gegeben. Um einen nachhaltigen Erfolg bei der Involvierung von Bewohner*innen mit Migrationserfahrung zu gewährleisten, muss sich die Art und Weise der Adressierung ändern. Hier sei darauf verwiesen, dass viele der in der Hustadt und im Uni-Center verorteten sozialen Einrichtungen über ein hohes Maß an Diversitätssensibilität verfügen und in dieser Hinsicht kein Handlungsbedarf besteht. Allerdings werden die Themen Partizipation und Empowerment im Kontext Belastendes Wohnen von diesen Einrichtungen bisher nicht adressiert. Für die Stadt Bochum, die ihre Ämter überwiegend von Vertreter*innen einer weiß-deutschen Dominanzkultur besetzt, besteht hier hingegen großer Handlungsbedarf in Bezug auf Adressierungsstrategien und Repräsentationsformen. Eine kultursensible und diversitätsbewusste Ansprache wird den sprachlichen, kulturellen, sozialen und communityspezifischen Normen, Werten und Bedeutungssystemen der Menschen vor Ort gerecht, nutzt die informellen Strukturen des ehrenamtlichen und nachbarschaftlichen Engagements und wertschätzt die Wissensressourcen, Vertrauenskapazitäten und Netzwerkkompetenzen der Communitymitglieder (Jünger et al. 2022: 87). Neben so genannten „Komm-Strukturen“, bei denen die in den Stadtquartieren tätige Akteur*innen Informationen, Angebote und Beratung oftmals eher passiv zur Verfügung stellen, benötigt es vor allem aufsuchende, kontakt- und interaktionsintensive sowie

vertrauensbildende „Hingeh-Strukturen“, die die Bewohner*innen vor Ort nicht nur mitnehmen, sondern ebenfalls involvieren in konkrete partizipative Mitgestaltungsprozesse. Ein weiterer wichtiger Interventionsaspekt ist in diesem letzten Handlungsfeld das Diversity Mainstreaming von Institutionen. Kurz gefasst: die Stakeholder*innen, die sich um die Themenfelder Integration und Wohnen bemühen, müssen in der Personalstruktur diverser aufgestellt sein. Das bedeutete für die Praxis ganz konkret: Selbstermächtigung, Teilhabe und Integration können für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nur dann Gelingenspotenziale entfalten, wenn die politischen und kommunalen Strukturen, Institutionen und deren Organisationskulturen die Multidiversität sowie die Vielfaltsdimensionen der pluralistischen Einwanderungsgesellschaft in Deutschland abbilden.

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen des kollaborativen Projektes „PARTSINT. Migrationsstädte ermächtigen“, die involvierten Stadtteilmforscher*innen und die diversen Stakeholder*innen sind sich darüber im Klaren, dass eine zukunftsfähige und die gewünschten Wirkungseffekte entfaltende Verbesserung der Wohnverhältnisse und der Integrationsbedingungen in den beiden Bochumer Quartieren ausschließlich durch die Implementierung eines nachhaltigen Strukturprozesses möglich ist, an dem alle Beteiligten aktiv, engagiert und über einen längeren Zeitraum partizipieren. Um das Zukunftsnarrativ und die im Rahmen des internationalen EMPOWER Berichtes entwickelte „Theorie des Wandels“ im Rahmen weiterer „Konzertierter Aktionen“ anzureichern und zu pluralisieren, werden in den Folgejahren weitere interventionistische Policy Cafés ausgerichtet. Dieses kollaborativ initiierte und auf Dauer gestellte Dialogforum wird sowohl die empirischen Forschungsergebnisse der Studie „PARTSINT. Migrationsstädte ermächtigen“ der Hochschule für Gesundheit in Bochum als auch die im Zuge der ersten beiden Policy Cafés zusammengetragenen Erkenntnisse, Herausforderungen und Lösungspotenziale aufgreifen, weiterentwickeln und verstetigen. Ein institutionenübergreifender, multiprofessioneller, interdisziplinärer, transsektoraler und um Transferleistungen bemühter Denkprozess, der weiterhin kollaborative Synergieeffekte bei der Wissensgenerierung nutzt, seine Forschungsmaxime an den Bedarfsstrukturen der lokalen Bevölkerung ausrichtet und an der Etablierung zukunftsorientierter Infrastrukturen sowie Partnerschaften interessiert ist, wird als langfristiges Projektziel angestrebt.

8. Fazit & Ausblick

Während das PARTSINT-Projekt an zahlreichen Stellen einige der Hindernisse für die Stärkung der Selbstbestimmung von Bewohnerinnen, die in superdiversen Gebieten leben, aufgezeigt hat, wurde deutlich, dass auch Einzelpersonen durch die Entwicklung und Nutzung einer Vielzahl von Strategien zur Gestaltung von Orten gestärkt wurden, um das Leben in superdiversen Nachbarschaften zu verhandeln und zu steuern. Es gab beträchtliche Belege für Versuche, die Stadt „zurückzuerobern“, und zwar durch den Einsatz verschiedener gemeinschaftlich geführter Infrastrukturen wie der *AG Gemeinsam sind wir stark* (Stadt für Alle, Stadtteillabor der Hochschule für Gesundheit und Stadtteilmforscher*innen) und der *AG Pro-Uni-Center* (Kommunales Integrationszentrum Stadt Bochum, Mieterverein e.V., IFAK e.V., Hochschule für Gesundheit) als lokale Praktiken der Mobilisierung und des informellen Engagements sowie durch Beteiligungspraktiken und mikropolitische Strategien. Das anfängliche große Interesse der Mieter*innen nach der aktiven Mobilisierung durch die *AG Gemeinsam sind wir* ist vorerst wieder abgeebbt. Aus Sicht der Mieter*innen geschah dies mangels konkreter Veränderungen ihrer Wohnverhältnisse. Dies verweist auf den Tatbestand, dass die im Forschungsgebiet bestehende Kultur des Nicht-Aufbegehrens im Rahmen der Projektlaufzeit und des einjährigen Aktivismus der *AG Gemeinsam sind wir stark* für ein die Lebensverhältnisse nachhaltiges Community Organizing nicht ausreicht. Vielmehr bedarf es einer kontinuierlichen Empowerment Strategie in der Community, die ggfs. durch eine Finanzierung von Community Organizing Strukturen erreicht werden könnte. Zudem bedarf es einer kommunalpolitischen Verankerung, um eine auf das Thema Wohnen bezogene Beteiligung durch Empowerment bei den Bewohner*innen zu erzielen.

Darüber hinaus – und grundsätzlich – war PARTSINT sehr stark darauf ausgerichtet, neue Methoden der Wissensproduktion zu entwickeln und mitzugestalten, um einen neuen demokratischen Dialog zu schaffen, das Engagement bei der Entscheidungsfindung zu verbessern und die geschlechtsspezifische Integration und Ermächtigung zu erleichtern. Zu diesem Zweck war der Einsatz von Stadtteilmforscher*innen unerlässlich. Das Stadtteilmforscher*innen-Modell bezog Bewohner*innen in den Forschungsprozess ein und gab denjenigen eine Stimme und Einfluss, deren Fähigkeiten und Erfahrungen von der Mainstream-Forschung oft übersehen werden. Dennoch war dies nicht immer einfach. Um diese Art von Aktivitäten ordnungsgemäß durchzuführen, sind beträchtliche Ressourcen und Zeit erforderlich, insbesondere angesichts des kollaborativen Forschungsdesigns, der Koproduktionsmethodik und des sequenziellen For-

schungsansatzes, der auf internationaler Ebene in drei verschiedenen Ländern und in unterschiedlichen lokalen Kontexten der Superdiversität angewandt wurde. Dies muss berücksichtigt werden, wenn es darum geht, einige der Schlüsselbotschaften, die sich aus der Forschung ergeben, zu untermauern und die Notwendigkeit einer weiteren Betrachtung des Forschungsmaterials – sowie potenzieller zukünftiger Folgeprojekte – und einige der ursprünglich vorgebrachten Argumente zu vertiefen.

Die empirischen, theoretischen und konzeptionellen Implikationen des PARTSINT-Projekts spiegeln im Großen und Ganzen den Schwerpunkt auf die Entwicklung neuer gemeinschaftsgeführter Infrastrukturen und neuer Modelle des Engagements wider. Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden sowohl Möglichkeiten des Empowerment der Community durch Stadtteilmforscher*innen als auch neue Erkenntnisse über die Herausforderungen im Zusammenhang mit Wohnraum, Nachbarschaftsdiensten und -infrastrukturen sowie Vertrauen, Gegenseitigkeit, Sicherheit und Zugehörigkeit gewonnen und untersucht, wie diese durch neue Engagement- und Partizipationstechniken überwunden werden können. Die Verwendung einer geschlechtsspezifischen Perspektive in PARTSINT war ebenfalls von entscheidender Bedeutung, da sie die Aufmerksamkeit auf soziale Normen, Hierarchien und ungleiche Machtstrukturen lenkte, die sich erheblich auf die Integration, Eingliederung und das Empowerment des Einzelnen auswirken können. Eine Diversitätsperspektive half außerdem dabei, die Intersektionalität von Aspekten wie Rechtsstatus, Geschlecht, Geburtsland, Beschäftigungsstatus, Dauer des Aufenthalts in der Nachbarschaft usw. bei der Gestaltung von Prozessen der Integration und des Empowerments zu erkennen.

Das PARTSINT-Projekt hob insbesondere die Bedeutung struktureller Ungleichheiten und diskriminierender Praktiken von Wohnungseigentümer*innen in Bezug auf Mieten, Wohnbedingungen, unsichere Mietverhältnisse und Wohnungszugang hervor, die die sozialräumliche Segregation verstärken und aufrechterhalten. Daher sind neue partizipative Forschungsansätze erforderlich, um solche Fragen anzugehen und Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund direkt in die Politikgestaltung einzubeziehen.

Durch die Anwendung von Techniken der „digitalen partizipativen Raumanalyse“ auf neue Kontexte der Vielfalt verknüpfte PARTSINT auch die Wahrnehmungen und Erfahrungen der Anwohner*innen mit den politischen Interventionen. Die Ergebnisse dieser Analyse wurden vergleichend ausgewertet und werden im internationalen Bericht diskutiert. Sie trugen im Kontext des internationalen Vergleichs dazu bei, den neuen Rahmen für die „Theorie des Wandels“

zu gestalten, um zu ermitteln, wie Integration und Empowerment in superdiversen Nachbarschaften Realität werden können. Der internationale Bericht wird in Kürze veröffentlicht und frei zugänglich sein.

In dieser Hinsicht gab es einige Hinweise darauf, dass einige der Bochumer Akteure, die die Community in der Hustadt und im Uni-Center im weitesten Sinne in dem Bereich menschengerechtes Wohnen unterstützen bereits diversitätssensible Beteiligungsstrukturen bereitstellen. Die Mehrheit verfügt diesbezüglich jedoch über sehr begrenzte oder gar keine Strukturen. Diese fehlende Öffnung der politischen und kommunalen Strukturen, Institutionen und deren Organisationskulturen für gesellschaftliche Heterogenität verhindern Partizipation, Teilhabe und Integration. Um die Beteiligung migrantischer Communities in von Mehrfachdiskriminierung betroffenen Stadtteilen zu erreichen müssen kommunale Strukturen ein Spiegelbild der unlängst hoch diversen Einwanderungsgesellschaft sein. Insbesondere Empowerment und die Förderung von Beteiligung finden auf Stadtteilebene nur sehr geringfügig statt. Ungleichheit, fehlende Integration und die Aufrechterhaltung ausbeuterischer, gesundheitsgefährdender Wohnstrukturen sind die Folge eines solchen Systems. Insgesamt müssen sie daher mehr Vertrauen bei den Anwohner*innen schaffen, indem sie aufzeigen, wie die Beteiligung der Anwohner*innen einen positiven Unterschied machen wird, indem sie Unterstützung für die grundlegenden Lebensbedürfnisse bereitstellen, um eine spätere Beteiligung zu fördern, indem sie neue Arten von Engagementstrukturen schaffen, indem sie eine angemessene Kinderbetreuung anbieten, indem sie Informationen in einer Reihe von geeigneten Sprachen bereitstellen, indem sie neue Begegnungsräume bereitstellen und indem sie sich bemühen, ihre eigene Belegschaft so zu diversifizieren, dass sie die Bevölkerungsgruppen widerspiegelt, die sie bedienen.

Schließlich lieferte PARTSINT neue Einblicke in die Art und Weise, wie zivilgesellschaftliche Organisationen dazu beitragen, Integration und Empowerment in gefährdeten Gebieten zu gewährleisten. Solche Organisationen wurden bisher weniger beachtet, spielen jedoch eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, i) „vertrauenswürdige“ Treffpunkte für Menschen mit unterschiedlichem Hintergrund bereitzustellen, an denen sie sich treffen und Kontakte knüpfen können, sowie eine Reihe von sozialen Unterstützungsdiensten anzubieten; ii) Berufspraktika anzubieten, die es dem Einzelnen ermöglichen, vorhandene Fähigkeiten zu nutzen oder neue zu entwickeln; und iii) als „Anker“ und „Brückenbauer“ für die Zusammenarbeit mit den Bewohner*innen zu fungieren. Diese Fragen sowie andere Aspekte der Gestaltung von Orten, der Mobilisierung und der gemeinschaftsgeführten Infrastrukturen müssen daher weiter untersucht

werden und bilden die Grundlage für künftige Programme der geschlechtsspezifischen Forschung und der Empowerment-Aktivitäten in einer Reihe von verschiedenen Nachbarschaftssituationen.

9. Literaturverzeichnis

Berchem, David Johannes et al.: Community Health in der Bochumer Hustadt: Wider einer vermeintlichen Kultur der Schwer-Erreichbarkeit und der Nicht-Partizipation marginalisierter Communities. In: Department of Community Health (Hg.): Community Health. Grundlagen, Methoden, Praxis. Weinheim 2022, S. 326-336.

Bednaschewsky, R., & Supik, L.. Vielfältig Deutschsein. Von Deutschen of Colour und Deutschen mit Migrationshintergrund in der Statistik. In M. Gomolla, E. Kollender, & M. Menk (Eds.), Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland. figurationen und Interventionen in Gesellschaft und staatlichen Institutionen. Weinheim Basel: Beltz Juventa. 2018, S. 179-195.

Binder, Beate: Heimat als Begriff der Gegenwartsanalyse? Gefühle der Zugehörigkeit und sozialen Imagination in der Auseinandersetzung um Einwanderung. In: Zeitschrift für Volkskunde 104 (2008), S. 1-17.

Bochumer Statistisches Informations – System (BOStatIS) 2021: Daten für die Hochschule Gesundheit Bochum

Bock, Jan-Jonathan/ Macdonald, Sharon (Eds.): Refugees Welcome? Differences and Diversity in a Changing Germany. New York 2019.

Bojadžijev, Manuela et al.: Ein Angebot, das wir nicht ausschlagen können. Stellungnahme zum Protest der Berliner Mieterinitiative Kotti & Co. In: Labor Migration (Hg.): Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung. Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge. Heft 65. Berlin 2014, S. 130-135.

Brah, Avtar: Cartographies of Diaspora. Contesting Identities. London/New York 1996.

Bukow, Wolf-Dietrich et al. (Hg.): Was heißt hier Parallelgesellschaft? Zum Umgang mit Differenz. Wiesbaden 2007.

Bukow, Wolf-Dietrich: „Ethnische Segregation“. In: El-Mafaalani, Aladin/ Strohmeier, Klaus Peter & Kurtenbach, Sebastian (Hg.): Auf die Adresse kommt es an... Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen. Weinheim 2015, S. 266-293.

Castles, Stephen/ Miller, Marc J.: The Age of Migration. International Population Movements in the Modern World. Third Edition. Basingstoke 2003.

Cöster, Anna Caroline: Duisburg-Marxloh. Das kulturelle Mit- und Nebeneinander seit der Gastarbeiteranwerbung 1961 bis heute: interethnischer Austausch und subjektive Wahrnehmung. In: Oltmer, Jochen u. a. (Hg.): Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa. München 2012, S. 217-231.

Cöster, Anna Caroline: Frauen in Duisburg-Marxloh. Eine ethnografische Studie über Bewohnerinnen eines deutschen »Problemviertels«. Bielefeld 2016.

Cöster, Anna Caroline: »Importehe« und »Verheiratung für ein Einwanderungsticket«. Hintergründe und Auswirkungen zweier Formen von Heiratsmigration am Beispiel von Zuwanderinnen aus der Türkei. In: Grosch, Nils & Zinn-Thomas, Sabine (Hg.): Fremdheit – Migration – Musik. Kulturwissenschaftliche Essays für Max Matter. Münster 2010, S. 123-139.

Czollek, C. L., Perko, G., Kaszner, C., & Czollek, M.: Praxishandbuch Social Justice and Diversity. Theorien, Training, Methoden, Übungen. Weinheim: 2019.

Czollek, M.: Desintegrier Euch! München: 2018.

Diakonie Deutschland, D. (2019). Vielfaltscheck Diakonie und Kirchen. Berlin, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.

Dogramaci, Burcu et al. (Eds.): Arrival Cities: Migrating Artists and New Metropolitan Topographies in the 20th Century. Leuven 2020.

Dracklé, Dorle: Jenseits von Verbinden und Trennen: Migration und Medien. In: Schmidt-Lauber, Brigitta (Hg.): Ethnizität und Migration. Einführung in Wissenschaft und Arbeitsfelder. Berlin 2007, S. 195-220.

Elgenius, G., Phillimore, J., Borkowska, M., & Kawalerowicz, J. (2022). Problematising concepts and methods for civil society research in superdiverse neighbourhoods. *Voluntary Sector Review*, 1-18.

El-Mafaalani, Aladin: Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt. 2. Auflage. Köln 2018.

El-Mafaalani, Aladin: Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund. In: Scherr, Albert et al. (Hg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden 2017, S. 465-478.

El-Mafaalani, Aladin: Mythos Bildung. Die ungerechte Gesellschaft, ihr Bildungssystem und seine Zukunft. Köln 2020.

El-Mafaalani, Aladin & Strohmeier, Klaus Peter: Segregation und Lebenswelt. Die räumliche Dimension sozialer Ungleichheit. In: El-Mafaalani, Aladin/ Strohmeier, Klaus Peter & Kurtenbach, Sebastian (Hg.): Auf die Adresse kommt es an... Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen. Weinheim 2015, S. 18-42.

El-Mafaalani, Aladin: Wozu Rassismus? Von der Erfindung der Menschenrassen bis zum rassistuskritischen Widerstand. Köln 2021.

Falge, C., & Dilger, H.: Kollaboratives Forschen und Wissen für die Öffentlichkeit: Gesellschaftlicher Interventionen der Medizinethnologie. In S. Klocke-Daffa (Hg.), Angewandte Ethnologie - Perspektiven einer anwendungsorientierten Wissenschaft. Wiesbaden: 2019, S. 479-498.

Falge, C.: Migrating bodies in the context of health and racialization in Germany. Intimacy and mobility in the era of hardening borders: Gender, reproduction,

regulation H. Haukanes and F. Pine. Manchester 2021, S.105-122.

Falge, C., & Betscher, S.: Community Health als postmigrantische Perspektive auf Migration und Gesundheit. In DoCH (Ed.), Community Health. Frankfurt: 2022.

Fereidooni, Karim/ Massumi, Mona: Affirmative Action. In: Fereidooni, Karim & Zeoli, Antonietta P. (Hg.): Managing Diversity. Die diversitätsbewusste Ausrichtung des Bildungs- und Kulturwesens, der Wirtschaft und der Verwaltung. Wiesbaden 2016, S. 1-21.

Fereidooni, Karim/ Zeoli, Antonietta P. (Hg.): Managing Diversity. Die diversitätsbewusste Ausrichtung des Bildungs- und Kulturwesens, der Wirtschaft und der Verwaltung. Wiesbaden 2016.

Fontanari, Elena et al.: »Kollaboratives Forschen« als Methode im Handlungsfeld Flucht und Migration. In: Labor Migration (Hg.): Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung. Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge, Heft 65. Berlin 2014, S. 111-129.

Girtler, Roland: Methoden der Feldforschung. 4. Auflage. Wien 2001.

Goodson, L., & Phillimore, J. (2008). Social Capital and Integration: The Importance of Social Relationships and Social Space to Refugee Women. *The International Journal of Diversity in Organizations, Communities, and Nations: Annual Review*, 7, 181-194.

Greveus, Ina-Maria: Der territoriale Mensch. Ein literaturanthropologischer Versuch zum Heimatphänomen. Frankfurt a. M. 1972.

Hall, Tom: Footwork. Moving and knowing in local space(s). In: *Qualitative Research* 9/5 (2009), pp. 571-585.

Hanhörster, Heike/ Franz, Yvonne (Eds.): Urban Arrival Spaces: Social Co-Existence in Times of Changing Mobilities and Local Diversity. Lisbon 2020.

Hanhörster, Heike/ Wessendorf, Susanne: The Role of Arrival Areas for Migrant Integration and Resource Access. In: *Urban Planning* 5/3 (2020), pp. 1-10.

Hannerz, Ulf: Exploring the City. Inquiries toward an urban anthropology. New York 1980.

Hans, Nils et al.: Die Rolle von Ankunftsräumen für die Integration Zugewanderter. Eine kritische Diskussion des Forschungsstandes. The role of arrival spaces in integrating immigrants. A critical literature review. In: *Raumforschung und Raumordnung / Spatial Research and Planning*, 77/5 2019: S. 1-14

Herriger, Norbert: Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 6. Auflage. Stuttgart 2020.

Hess, Sabine: Jenseits des Kulturalismus. Ein Plädoyer für post-kulturalistische Ansätze in der kulturalanthropologischen Migrationsforschung. In: Matthias Klückmann/ Felicia Sparacio (Hg.): *Spektrum Migration. Zugänge zur Vielfalt des Alltags*. Tübingen 2015, S. 37-63

Hess Sabine et al. (Hg.): No Integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld 2009.

Hill, Marc: Nach der Parallelgesellschaft. Neue Perspektiven auf Stadt und Migration. Bielefeld 2016.

Hinz, Thomas/ Auspurg, Katrin: Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. In: Scherr, Albert et al. (Hg.): Handbuch Diskriminierung. Wiesbaden 2017, S. 387-406.

Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim: Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Eine theoretische und empirische Analyse am Beispiel der Schweiz. Stuttgart 1973.

Horn, Michael et al.: Ausländer in Mannheim. Migration und Integration im Wandel. Mannheim 1999.

Hutson, Christiane mehrdimensional verletzbar. Eine Schwarze Perspektive auf Verwobenheiten zwischen Ableism und Sexismus. In: Gendering Disability. Bielefeld 2022, S. 61-72.

Jagus, Birgit/ Chehata, Yasmine (Hg.): Empowerment und Powersharing. Ankerpunkte – Positionierungen – Arenen. Weinheim 2020.

Jahoda, Marie et al.: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. 25. Auflage. Frankfurt am Main 2015.

Jenkinson, R., Edwards, B., De Maio, J., Silbert, M., Stathopoulos, M., & Rioseco, P. (2017). *Empowering migrant and refugee women: Supporting and empowering women beyond five-year post-settlement*. Australian Institute of Family Studies.

Jünger, Saskia et al.: Forschen mit und für Communities. Wissenschaft diversitätssensibel gestalten. In: Department of Community Health (Hg.): Community Health. Grundlagen, Methoden, Praxis. Weinheim 2022, S. 84-97.

Kara, Sibel/ Merx, Andreas: Integration, Gender und Vielfältiges mehr. Wie kommunale Verwaltungen Diversitätspolitiken gestalten und nutzen können. Fereidooni, Karim/ Zeoli, Antonietta P. (Hg.): *Managing Diversity*. Die diversitätsbewusste Ausrichtung des Bildungs- und Kulturwesens, der Wirtschaft und der Verwaltung. Wiesbaden 2016, S. 351-372.

Kaschuba, Wolfgang: Ethnische Parallelgesellschaften? Zur kulturellen Konstruktion des Fremden in der europäischen Migration. In: Zeitschrift für Volkskunde 103 (2007), S. 65-85.

Kemmis, Stephen/ Mc Taggart, Robin: Participatory Action Research. Communicative Action and the Public Sphere. In: Denzin, Norman K./ Lincoln, Yvonna S. (Eds.): *The Sage Handbook of Qualitative Research*. Third Edition. Thousand Oaks, Cal. 2005, pp. 559-603.

Köckler, H.; Simon D. Digitale Methoden der partizipativen Sozialraumanalyse. In: Posenau, A; Deiters, W.; Sommer, S. (Hrsg.). *Nutzerorientierte Gesundheitstechnologie*. Hogrefe. Göttingen, 2019.

Köckler, H.; Simon, D.; Vittinghoff, M. Online Survey on housing conditions in super-diverse neighbourhoods. Report to the Empower Project. Empowering Cities of Migration: new methods for citizen involvement and socio-spatial integration. JPI-Urban Europe Project. DiPS_Lab

of HS Gesundheit. Bochum. 2022 online available: https://www.hs-gesundheit.de/fileadmin/user_upload/DiPS /DiPS Empower Report.pdf

Koshy, Elizabeth et al. (Eds.): Action Research in Healthcare. Los Angeles, Cal. 2011.

Lassiter, Luke Eric: The Chicago Guide to Collaborative Ethnography. Chicago, Ill. 2005.

Lindner, Rolf: Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage. Frankfurt am Main 1990.

Lindner, Rolf: Walks on the wild side. Die Geschichte der Stadtforschung. Frankfurt am Main 2004.

Mannitz, Sabine/ Schneider, Jens: Vom „Ausländer“ zum „Migrationshintergrund“: Die Modernisierung des deutschen Integrationsdiskurses und seine neuen Verwerfungen. In: Nieswand, Boris/ Drotbohm, Heike (Hg.): Kultur, Gesellschaft, Migration. Die reflexive Wende in der Migrationsforschung. Wiesbaden 2014, S 69-96.

Mayr, Anna: Sendungsverfolgung. In: Die Zeit, No. 13, 24.02.2022, S. 9.

Meeus, Bruno et al.: Arrival Infrastructures. Migration and Urban Social Mobilities. Cham 2019.

Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike: Experteninterview. In: Bohnsack, Ralf et al. (Hg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. 4 Auflage. Opladen & Toronto 2018, S. 76-78.

Meyer, Thomas: Parallelgesellschaft und Demokratie. In: Meyer, Thomas/ Weil, Reinhard (Hg.): Die Bürgergesellschaft. Perspektiven für Bürgerbeteiligung und Bürgerkommunikation. Bonn 2002, S. 343-372.

Penninx, R. (2005) Integration of Migrants. Economic, Social, Cultural and Political Dimensions. In M. Macura, A. L. Haug and W. MacDonald (Eds). The New Demographic Regime. Population Challenges and Policy Responses, pp.137–152. New York: United Nations.

Phillimore, J. (2015). Delivering maternity services in an era of superdiversity: the challenges of novelty and newness. *Ethnic and Racial Studies*, 38(4), 568-582.

Ronneberger, Klaus/ Tsianos, Vassilis: Panische Räume. Das Ghetto und die »Parallelgesellschaft«. In: Hess, Sabine et al. (Hg.): No Integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa. Bielefeld 2009, S. 137-152.

Saunders, Doug: Arrival City: How the largest migration in history is reshaping our world. New York 2010.

Schiffauer, Werner: Parallelgesellschaften. Wie viel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft. Für eine kluge Politik der Differenz. Bielefeld 2008.

Schmidt-Lauber, Brigitta: Das qualitative Interview oder: Die Kunst des Reden-Lassens. In: Götsch, Silke/ Lehmann, Albrecht (Hg.): Methoden der Volkskunde. Positionen, Quellen, Arbeitsweisen der Europäischen Ethnologie. 2. Auflage. Berlin 2007, S. 169-188.

Schneider, J.: Bildung ist der Schlüssel zur Emanzipation. In J. Schneider, M. Crul, & F. Lelie (Hg.), generation mix Münster: 2015, S. 48-65.

Schütze, Fritz: Biographieforschung und narratives Interview. In: Neue Praxis 13/3 (1983), S. 283-293.

Shooman, Yasemin: Keine Frage des Glaubens. Zur Rassifizierung von >Kultur< und >Religion< im antimuslimischen Rassismus. In: Friedrich, Sebastian (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazindebatte«. Münster 2011, S. 59-76.

Spradley, James: The ethnographic interview. Holt 1979.

Sprung, Annette: Wissenschaft „auf Augenhöhe“. Partizipatives Forschen in der Erwachsenenbildung zwischen Affirmation und Kritik. In: Magazin Erwachsenenbildung. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs 27 (2016), S. 33-41.

Stadt Bochum (2017a). Masterplan Einzelhandel Stadt Bochum. Bochum, Amt für Stadtplanung und Wohnen, Abteilung Stadtentwicklung.

Stadt Bochum (2017b). Basisgesundheitsbericht Bochum 2017. Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit, Britta Anger. Gesundheitsamt Stabsstelle Gesundheitsberichterstattung/Gesunde Stadt Bochum Dr. Ralf Winter/Michael Sprünken.

Treibel, Annette: Integriert Euch! Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland. Frankfurt am Main 2015.

Vertovec, Steven: Super-diversity and its implications. In: Ethnic and Racial Studies 30/6 (2007), pp. 1024-1054.

Willigen, John van: Applied Anthropology. An Introduction. Third Edition. Westport, Conn. 2002.

Wulff, Robert M./ Fiske, Shirley J. (Eds.): Anthropological Praxis: Translating Knowledge into Action. Boulder, Col. 1987.

Unger, Hella von: Partizipative Forschung. In: Akremi, Leila et al. (Hg.): Handbuch Interpretativ Forschen. Weinheim 2018, S. 161-183.

10. Anhang

10.1 Vorfragebogen Stadtteilmforscher*innen

Personen ID _____
Interviewer ID _____

VFB.1 Demografische Daten

VFB.1.1 [Interviewer, bitte das Geschlecht notieren]

- weiblich
- männlich
- anderes

VFB.1.2 Wo wurdest Du geboren?

Antwort: _____

- Möchte ich nicht sagen

VFB.1.3 In welchem Land sind deine Eltern geboren?

Vater: _____

Mutter: _____

- Möchte ich nicht sagen

VFB.1.4 Zu welcher Gruppe von Menschen fühlst Du dich zugehörig?

- Hustadt
- Kurden
- Afrikaner
- Araber
- Deutsche
- Andere Herkunfts-
gruppe:
- Möchte ich nicht sagen

VFB.2 Persönliche Daten

VFB.2.1 Wie groß bist Du, wenn du keine Schuhe trägst?

Antwort: _____

- Möchte ich nicht sagen

VFB.2.2 Wie alt bist Du?

Antwort: _____

- Möchte ich nicht sagen

VFB.2.3 Wie viel wiegst Du, wenn du keine Kleidung und Schuhe trägst?

Antwort: _____

- Möchte ich nicht sagen

VFB.2.4. Leidest du an einer Krankheit?

- Ja
- Nein
- Möchte ich nicht sagen

- Falls ja, an welcher?

VFB.3 Haushalt

VFB.3.1 Falls du nicht hier geboren bist: Wie lange lebst Du schon außerhalb deines Geburtslandes?

Antwort: _____

- Möchte ich nicht sagen

VFB.3.2 Wie alt warst Du, als Du von zuhause weggezogen bist?

Antwort: _____

- Möchte ich nicht sagen

VFB.3.3 Lebst du in der Hustadt?

- Ja

- Nein

- Möchte ich nicht sagen

VFB.3.4 Lebst Du mit anderen Menschen im Haushalt/ in der Wohnung zusammen?

- Ja Nein Möchte ich nicht sagen

[Interviewer, bitte die Anzahl der Menschen in der nächsten Spalte festhalten (wenn es geht)]

(Ehe) Partner*in

Eltern

Minderjährige/Kinder

Freunde

Kollegen

Erweiterte

Andere

VFB.4 Beschäftigung und Ausbildung

VFB.4.1 Arbeitest du zur Zeit?

- Ja

- Nein

- Möchte ich nicht sagen

VFB.4.2 Welche (Schul-/Hochschul-/Berufs-)Ausbildung hast Du absolviert?

- Grundschule Klasse 1-4

- Klasse 5-10

- Klasse 11-13

- Universität

- Möchte ich nicht sagen

VFB.4.3 Welcher ist Dein höchster Abschluss?

Antwort: _____

- Möchte ich nicht sagen

VFB.5 Mobilität

VFB.5. Wie bewegst du dich fort?

- Auto

- Laufen
- Fahrrad
- Mitfahrgelegenheit/Fahrgemeinschaft
- Taxi
- Bus/ÖPNV
- Keines davon / kein Zugang zu Mobilität
- Möchte ich nicht sagen

VFB.6 Hilfe und Unterstützung

- VFB.6. Bekommst Du momentan (finanzielle) Hilfen für Dich oder Deine Familie, wie z.B. Sozialleistungen?
- Ja
 - Nein
 - Möchte ich nicht sagen

10.2 Leitfaden Stadtteilmforscher*innen

1. Öffnungsfragen – Gesund bleiben

- 1.1 Wann fühlst du dich gesund oder würdest du dich gesund fühlen?
- 1.3 Wie würdest du deine Gesundheit beschreiben? Wie geht es Dir zur Zeit?
- 1.4 Was tust du für deine Gesundheit (oder die deiner Kinder)?
- 1.5 Was beeinflusst deine Gesundheit (und die Gesundheit deiner Kinder) am meisten?
- 1.6 Was benötigst du/was benötigen deine Kinder, um gesund zu bleiben? Welche Art von Unterstützung, welche Art von Angeboten?

Zeitplan fragen

2 Handlungsfeld Bewegung

- 2.1 Bewegst du dich/ deine Kinder sich regelmäßig?
- 2.2 Welche Arten von Bewegungen gibt es in Deinem Alltag?

2.3 Wie oft machst du/deine Kinder Sport im Verein?

2.4 Wie oft machst du/ machen deine Kinder Sport außerhalb eines Vereines?

[Nach der Beantwortung eine Checkliste mit Bewegungsangeboten vorlegen und abfragen, welche Angebote, Institutionen, Bewegungsorte (Turnhallen, Schwimmhallen, Sportplätze etc.) bekannt sind und aufgesucht wurden.]

[Nachfragen:

Was hast du gemacht? Wie lange hast du an einem Angebot teilgenommen?

Uns interessiert alles, was du gemacht hast. Mit wem hast du dich bewegt oder an Bewegungsangeboten teilgenommen? Wer hat dir geholfen, dich unterstützt das Angebot zu finden, dich anzumelden etc.? Was hat dir gefehlt? Was hat nicht gut funktioniert? Was hast du nicht gemacht, was du gerne gemacht hättest?

Was hätte anders gemacht werden sollen (von dir oder einer der Bewegungsangebote)? Hier Checkliste nutzen, um sicher zu gehen, dass alle möglichen Bewegungstätigkeiten erfasst werden – formale, informelle, vor dem Fernsehen etc.]

2.5 Wo bekommst du Informationen über Verhalten, dass hilft gesund zu sein wie Bewegung und gesunde Ernährung?

2.6 Wie einfach/schwierig ist es einem Sportverein beizutreten oder einen Sportkurs zu belegen, wenn du das willst?

2.7 Welche Sportart wünschst du dir im Stadtteil?

2.8 Wenn du (oder deine Kinder) nicht regelmäßig an Bewegungsangeboten teilgenommen haben: Aus welchen Gründen ging das nicht?

[Nachfragen: z.B.

- Finanzielle Gründe?
- Fehlende Kinderbetreuung?
- Pflege von Angehörigen
- Kulturelle/Familiäre/Religiöse/Sonstige Gründe?
- Was hat an den Angeboten gefehlt?
- Was hättest du gebraucht, um teilzunehmen?]

3 Handlungsfeld Ernährung

- 3.1. Brauchst du Informationen darüber, wie du dich gesund ernähren kannst?
- 3.2. Falls du keine Informationen darüber brauchst, hast du schon Wissen und woher kommt dein Wissen?
- 3.3. Ist es leicht/schwierig für dich an Informationen über gesundes Essen zu kommen?
- 3.4. Lebensmittelangebot: Wo kaufst du ein und warum dort?
- 3.5. Kochst du oder hast du Speisen aus deiner Heimat gekocht? Was hast du gekocht?
- 3.6. Hat sich dies verändert seit du in Deutschland lebst, und falls ja, warum?

4. Handlungsfeld Diskriminierung

- 4.1. Manche Menschen werden in Deutschland diskriminiert, weil sie anders aussehen, (z.B. fremd, behindert oder übergewichtig) oder anders sprechen.
- 4.2. Bist du schon mal diskriminiert worden, weil du ‚fremd‘ aussiehst, übergewichtig bist (z.B. beim Jobcenter oder anderen Einrichtungen) oder weil du in der Hustadt wohnst? (z.B. Schwierigkeiten einen Kindergartenplatz/eine bestimmte Schule für deine Kinder, einen Arbeitsplatz zu bekommen oder eine Wohnung oder ein Haus zu mieten.)
- 4.3. Bist du in der Hustadt schon mal diskriminiert worden, weil du zu einer bestimmten Gruppe dazu gehörst oder nicht dazu gehörst?
- 4.4. Wie gehst du damit um, wenn du diskriminiert wirst?
- 4.5. Wie fühlte es sich an, wenn du diskriminiert wurdest? Hat es deine Gesundheit beeinflusst? Bist du oder ist ein Mitglied deiner Familie davon krank geworden?

5. Handlungsfeld Sucht

- 5.1. Es gibt verschiedene Arten von Sucht. z.B. Computer/Handysucht, Medikamentensucht, Drogensucht (Marihuana etc.). Hast du oder haben deine Kinder schon einmal Probleme mit Sucht gehabt? (Erzähle uns, wer in deiner Familie damit Probleme hatte, warum und wie lange und wie ihr damit umgegangen seid.)

5.2. Falls du oder ein Familienmitglied von dir ein Suchtproblem hatte/st: gab es Unterstützung oder Hilfe in der Situation?

6. Handlungsfeld Energie und psychisches Wohlbefinden

6.1 Weißt du, was gut für dein psychisches Wohlbefinden ist?
Falls ja, woher weißt du das?

6.2 Wie einfach/schwierig ist es, Informationen darüber zu bekommen und/oder zu verstehen, wie du psychisch gesund bleiben kannst?

6.3 Wie häufig fühlst du dich müde?

6.4 Wie häufig bist du körperlich erschöpft?

6.5 Wie häufig bist du emotional erschöpft?

[Nachfragen:

- Warum fühlst du dich emotional erschöpft?
- Was tust du, wenn du dich so fühlst?]

6.6. Wie fühlt sich Stress für dich an? Wie würdest du das beschreiben? Welches Wort benutzt du in deiner Heimatsprache? Was heißt das?

6.7 Wenn du nichts gegen Stress getan hast, warum nicht?

[Nachfragen:

- Finanzielle Gründe?
- Fehlende Kinderbetreuung?
- Andere Gründe?
- Was hat an den Angeboten gefehlt

Was hättest du gebraucht, um teilzunehmen?]

6.8 Seit du in der Hustadt lebst, wann hast du das letzte Mal etwas gegen Stress getan?

[Checkliste vorlegen mit Stressmanagement Angeboten in Hustadt/Bochum]

[Nachfragen: Was hast du gemacht? Wie lange hast du etwas getan/an einem Angebot teilgenommen, bei Freunden/Familie Unterstützung geholt, spazieren gegangen, in die Kirche oder Moschee gegangen, shoppen gegangen etc.? Uns interessiert alles, was du gemacht hast. Mit wem hast du gesprochen, oder an einem Stressmanagement Angebot teilgenommen? Wer hat dir geholfen, dich unterstützt das Angebot zu finden, dich anzumelden etc.?

Was hat dir gefehlt? Was hat nicht gut funktioniert? Was hast du nicht gemacht, was du gerne gemacht hättest? Was hätte anders gemacht werden sollen (von dir oder einem der Stressmanagement Angebote)
Aus welchen Gründen bist du gestresst? **Zum Beispiel:** Arbeitsbedingungen oder Arbeitslosigkeit, Pflege eines Familienmitglieds, Sorge um ein behindertes Kind? Geldsorgen / bestimmte kostenpflichtige Therapien oder Maßnahmen können nicht bezahlt werden?
[Bei all diesen Fragen immer zum Erzählen motivieren]

- 6.9 Kennst du Depressionen? Falls ja, weisst du, wie sie sich anfühlen?
- 6.10 Weißt du was gegen Stress oder Depressionen hilft?
7. Allgemeine Abschlussfragen
- 7.1 Was hilft dir und deiner Familie dabei, gesund zu bleiben?
[Zum Beispiel: Hilfe oder Beratung durch Familie, Freunde, Nachbarn oder Andere Hier frei erzählen lassen.]
- 7.2 Es gibt ungesundes Verhalten wie Rauchen, wenig Bewegung oder hoher Alkoholkonsum. Wie einfach oder kompliziert ist es, Unterstützung zu finden, wenn man sich auf diese Weise ungesund verhält?
- 7.3 Es gibt Warnungen vor Rauchen, wenig Bewegung oder übermäßigem Trinken. Wie einfach/schwierig ist es, diese Warnungen zu verstehen?
- 7.4 Bei manchen Krankheiten gibt es Vorsorge-Untersuchungen. (z.B. Krebsvorsorge an der Brust/Mammografie). Kennst du Vorsorge Untersuchungen? Weißt du, wozu Vorsorgeuntersuchungen gut sind?
- 7.5 Helfen dir Ratschläge von Familie und Freunden zu entscheiden, wie du dich vor Krankheiten schützen kannst?
- 7.6 Gibt es Alltagsgewohnheiten, die mit deiner Gesundheit zusammenhängen?
- 7.7 Wie einfach/schwierig ist es, deine Lebensverhältnisse (Arbeit, Bildung, Diskriminierung), die Auswirkungen auf deine Gesundheit und dein Wohlbefinden haben, zu beeinflussen?

Vielen Dank für deine Zeit! Wir hoffen, dass deine Antworten den Menschen in der Hustadt helfen, ihre Gesundheit zu verbessern.

10.3 Leitfaden Stakeholder

Name	Alter	Beruf	Organisation	Bezug zu Integration von Migranten

1. Welche Rolle spielen Sie/Ihre Organisation in Bezug auf die Wohnraumbereitstellung oder Integration von Migrant:innen?
2. Aus welchen Gründen ziehen diese Migrant:innen in den Stadtteil/in das Viertel (Kontext)
a. Wer kommt und Woher? (Gibt es Muster/bestimmte Gruppen?)
b. Inwieweit waren Sie/bestimmte Akteure in der Lage, den Zuzug in das Viertel zu beeinflussen?
3. Erfahrungen, Herausforderungen und Chancen im Bereich Wohnen/Unterkunft
a. Was sind die wichtigsten Herausforderungen im Zusammenhang mit der Wohnraumbereitstellung/ Integration von Migrant:innen in der Hustadt/Uni-Center (Platz? Qualität? Kosten? Diskriminierungserfahrungen, Kontakt mit dem Vermieter)
b. Spielt Diskriminierung eine Rolle?
c. Besondere Herausforderungen migrantischer Frauen mit Kindern?
d. Welche Methoden werden zur Wohnungsraumversorgung/Integration von Migrant:innen genutzt?
e. Mit wem Arbeiten Sie zusammen, um den Wohnungsbedarf von Migrant:innen zu decken?
f. Was muss i.M.n. getan werden, um die Wohnungsraumsituation von Migrant:innen (insbesondere Frauen) zu verbessern?
g. Welche Strukturen verhindern die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen zu gesundem Wohnraum in Bochum?
h. Wie haben Sie die Veränderungen für die Menschen in Hustadt/Uni-Center bedingt durch die Pandemie erlebt? Was hat sich für die Leute verändert?
i. Welche Auswirkungen hat Covid-19 auf die Verfügbarkeit, Bezahlbarkeit und Lage von Wohnraum für Migrant*innen, insb. von migrantischen Frauen in Bochum?

4. Integrationserfahrungen, Herausforderungen und Chancen
a. Gab es Herausforderungen bei der Integration/Segregation zwischen verschiedenen Gruppen in der Hustadt/Unicenter?
b. Wenn ja, wo / in Bezug auf wen war dies am deutlichsten?
c. Wie haben Sie versucht/Wie wurde versucht, diese Probleme zu begegnen?
d. Glauben Sie, dass dies gelungen ist? Warum? Warum nicht?
e. Welche Angebote müssten in der Zukunft umgesetzt werden, damit die Teilhabemöglichkeiten von Frauen im Uni-Center sowie in der Hustadt verbessert werden?
f. Welche (politischen und zivilgesellschaftlichen) Hebel müssten bewegt werden, damit für die dort lebenden Menschen Selbstermächtigung stattfindet und Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen ermöglicht wird ?
g. Gibt es Muster der Zusammenarbeit zur Förderung der Integration von Migrant:innen und falls ja warum?
h. Welche Auswirkungen hat COVID-19 (wenn überhaupt) auf die Erfahrungen von Migrant:innen mit dem Leben in der Nachbarschaft? (Anforderungen an die soziale Distanzierung? Zugang zu Dienstleistungen? Überbelegung?)
f
i. Hat dies zu Veränderungen in der Art und Weise geführt, wie Sie/wie Politiker:innen/Entscheidungsträger:innen auf die Bedürfnisse von Migrant:innen reagieren?

5. Erfahrungen mit Empowerment, Herausforderungen und Chancen
a. Setzen Sie sich/setzen sich Politiker:innen/Entscheidungsträger:innen in Bezug auf die Wohnraumbereitstellung/Integration mit Migrant*innen auseinander?/Wer setzt sich in Bochum in Bezug auf die Wohnraumbereitstellung/Integration mit Migrant:innen auseinander?
b. Wenn ja, wie und wo?
c. Was ist der Zweck einer solchen Auseinandersetzung?
d. Hat dies funktioniert?
e. Was könnte getan werden, um die Prozesse der Zusammenarbeit zu verbessern?

f. Haben Sie /haben best. Politiker:innen/Entscheidungsträger:innen versucht, Migrant*innen bei der Befriedigung ihrer Wohnbedürfnisse oder der allgemeinen Integration in der Nachbarschaft zu unterstützen?
g. Wie haben Sie/ haben Politiker:innen/Entscheidungsträger:innen versucht, dies zu tun?
h. Hat dies funktioniert oder nicht?
i. Was waren die wichtigsten Verbesserungen?
j. Was waren die größten Hindernisse?
k. Wären Sie bereit/sind Bochumer Politiker:innen/Entscheidungsträger:innen bereit, mit anderen (wem?) zusammenzuarbeiten, um einige der von Ihnen hervorgehobenen Probleme (welche) anzugehen?

